

DIE VERHÄLTNISSE IM BAYERISCHEN SUDETENLAND IM JAHR 1940 NACH REGENSBURGER SD-BERICHTEN

Von Walter Ziegler

Seit im Herbst 1938 die Frage der Deutschen in Böhmen und Mähren zum zweiten Mal eine gewaltsame Lösung gefunden hatte, befaßte sich das tagespolitische und bald auch das historische Schrifttum in fast unübersehbarer Menge mit diesem Ereignis und seinen Folgen. Der Münchner Vertrag vom 29. September 1938, die Besetzung des Sudetenlandes, die Errichtung des Sudetengaus, die Zerschlagung der Resttschechei, das Protektorat Böhmen und Mähren sowie die unabhängige Slowakei, schließlich die tschechische Selbstregierung vor und nach dem Attentat auf Heydrich bis zur allseitigen Katastrophe bei Kriegsende sind die wichtigsten und trotz vielfach unzulänglicher Quellenbasis immer neu betrachteten Abschnitte der letzten Phase des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen im böhmischen Raum¹. Weitgehend unbeachtet blieben dagegen bisher jene Gebiete, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Oktober 1938 nicht zum neuen Sudetengau kamen, sondern an die umliegenden deutschen Länder angeschlossen wurden: Das Hultschiner Ländchen, das an die preußische Provinz Schlesien kam, die südmährischen (um Znaim) und südböhmischen Teile (um Krumau), die an Nieder- bzw. Oberösterreich (Reichsgau Nieder- bzw. Oberdonau) fielen, und der westböhmische Gebietsstreifen von Prachatitz bis zur Further Senke, der dem Land Bayern zugeschlagen wurde. Mit diesem „sudetenbayerischen“ Gebiet, wie es bald genannt wurde, befaßt sich der folgende Beitrag, der dazu einen aus mehreren Einzelmeldungen bestehenden SD-Bericht aus dem Jahr 1940 vorlegt².

¹ Vgl. Bosl, Karl (Hrsg.): Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Stuttgart 1970.

² Material zu Sudetenbayern findet sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, Abteilung I: Allgemeines Staatsarchiv, MInn 74033/4 (zitiert: MInn); Abt. II: Geheimen Staatsarchiv, MA 105171/3, 105878 und 105947/8 (zitiert: MA) sowie Reichstatthalterakten 28, 29 (zitiert: RStA); im Staatsarchiv Bamberg M 30 Nr. 675 (zitiert: StaB). Von den Akten des ehemaligen Landkreises Waldmünchen existieren nur noch geringe Reste, die freundlicherweise vom Landratsamt Cham zur Verfügung gestellt wurden; die übrigen Landratsakten wurden nach dem Krieg an die Tschechoslowakei abgegeben, versprengte, hier nicht einschlägige Reste befinden sich in den Staatsarchiven Landshut und Amberg. Allgemein wichtig sind die Regierungspräsidentenberichte von Niederbayern und Oberpfalz ab 1938 (MA 106674 und 106696), daneben die Berichte im Völkischen Beobachter, Münchener Ausgabe, und in der Gauzeitung der NSDAP „Bayerische Ostmark“ (Bayreuth, Kopfblatt mit Lokalausgaben, darunter Regensburg). Vgl. auch Wipplinger, Hans: Bevölkerung und Wirtschaft im Böhmerwald und im Egerland. Zeitschrift des bayerischen Statistischen Landesamts 70 (1938) 480–491.

Der südliche Teil des Böhmerwaldes gehörte zur Okkupationszone I, die als erste am 1. und 2. Oktober 1938 von deutschen Truppen besetzt wurde³. Zur gleichen Zeit stellte Hitler für den Zeitpunkt des Erlöschens der Militärverwaltung — das war am 21. Oktober der Fall — als Reichskommissar an die Spitze der deutschen Verwaltung im Sudetenland Konrad Henlein⁴, den Führer der Sudetendeutschen Partei (SdP)⁵. Dieser sprach schon am 8. Oktober, bei seiner Rückkehr nach Reichenberg, öffentlich davon, daß u. a. die südwestlichen Teile Deutschböhmens an das Land Bayern kommen würden, die Gebiete von Krumau und Znaim an Österreich⁶. Diese Aufteilung des Sudetenlandes war fast selbstverständlich. Sie entsprach nicht nur den geographischen Gegebenheiten, die eine gemeinsame Verwaltung der deutschbesiedelten Gebiete von einem Ort aus vereiteln mußten; sie war vor allem bei dem Versuch Ende 1918, Deutschböhmen als Teil Deutschösterreichs zu konstituieren, bereits ins Leben getreten. Damals sollte dieser neue Teil Österreichs aus den Selbstverwaltungskörpern Deutschböhmen (Reichenberg-Karlsbad), Sudetenland (Troppau) und Deutschsüdmähren (Znaim) bestehen, der Böhmerwald und der Gebietsstreifen um Neubistritz Ober- bzw. Niederösterreich angeschlossen werden⁷. Nun, da seit März 1938 Österreich dem Deutschen Reich einverleibt war, sollte der Böhmerwald den anliegenden Ländern, rein dem geographischen Kartenbild entsprechend, zugeteilt werden⁸. So verfügte schon am 13. Oktober Reichsinnenminister Frick in einem Schnellbrief, der die Verwaltung des Sudetenlandes vorläufig ordnete⁹: „Der Regierungspräsident in Regensburg und die Landeshauptmänner in Linz und Wien führen als Treuhänder die Auftragsgeschäfte unter der Leitung und nach den Weisungen des Reichskommissars.“ Das Gebiet, auf das sich die Regensburger Auftragsverwaltung bezog — die endgültige Grenzziehung am 21. November 1938 brachte durch Gebietsaustausch geringfügige, durch die Einbeziehung des Chodenlandes eine größere Veränderung — umfaßte „das sudetendeutsche Gebiet zwischen der bisherigen Reichsgrenze, der Demarkationslinie, der Grenze der unteren Verwaltungsbezirke

³ Vgl. dazu: Mit dem VII. Korps ins Sudetenland. Erinnerungsbilder aus großer Zeit. Hrsg. vom Generalkommando VII. A. K. München. München 1939.

⁴ Konrad Henlein, geb. 6. Mai 1898 in Maffersdorf, Lehrer, 1938—45 Gauleiter und Reichsstatthalter in Reichenberg, 10. Mai 1945 Selbstmord.

⁵ Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1938, I, S. 1331; vgl. e b e n d a I, S. 1641.

⁶ Bayerische Ostmark 1938, Nr. 236 vom 10. Oktober.

⁷ Vgl. Rabl, Kurt: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19. München 1958, S. 16 ff. — Sudetendeutscher Atlas. Hrsg. von E. M e y n e n. München 1954, Blatt 26.

⁸ Damit war freilich die geographische Einheit des Böhmerwaldes, der von Furth i. Wald bis südlich Krumau reicht, auf zwei oder drei Länder (falls der Ausläufer bis Gratzen hin zu Niederdonau gefallen wäre) aufgeteilt. Diese Regelung ging direkt auf Henlein selbst zurück, wie man in München dem Abgeordneten Adolf Jobst, der dagegen Stellung nahm, mitteilte; gleichzeitig riet man ihm (am 23. Dezember 1938), sich mit seinem Anliegen direkt an den Reichskommissar zu wenden (MInn 74033).

⁹ I s 170/38 — 1300 (MA 105947).

Taus (einschließlich) und Bischofteinitz und der Grenze der unteren Verwaltungsbezirke Prachatitz (einschließlich) und Böhmisches-Krumau“¹⁰. Gleichzeitig wies der Reichsinnenminister das bayerische Innenministerium an, den Regensburger Regierungspräsidenten aufzufordern, er solle sich mit dem Reichskommissar bis spätestens 21. Oktober in Verbindung setzen, um die Verwaltung zu übernehmen¹¹. Angesichts der Tatsache, daß damit eine bayerische Mittelbehörde dem allseits bekannten Führer der Sudetendeutschen unterstellt wurde, mehr noch durch den ausdrücklichen Hinweis von Frick, daß dem Reichsstatthalter in Bayern gegenüber der Regensburger Verwaltung der neuen Gebiete kein Weisungsrecht zustehe, war die Staatsregierung in München zum Handeln aufgerufen¹².

In München hatte man von dem neuen Landesteil Bayerns offensichtlich erst aus der Zeitung erfahren: Ein Zeitungsausschnitt der Münchener Neuesten Nachrichten über Henleins Reichenberger Rede in den Akten des Reichsstatthalters Franz von Epp trägt den Vermerk „besprochen am 11. Oktober vormittag“¹³; dem Ministerpräsidenten Ludwig Siebert wurde ein Zeitungsausschnitt vorgelegt, welcher von der Übernahme des süd-mährischen Gebietes um Znaim am 10. Oktober durch General List und den Wiener Reichsstatthalter Seyß-Inquart berichtete¹⁴. Während also in Österreich die oberste Staatsbehörde die neuen Gebiete für so wichtig hielt, daß sich der Reichsstatthalter sofort, noch beim militärischen Einmarsch, dort zeigte, reagierte man in München auf die neue Lage bis 10 Tage nach Beginn des Einmarsches überhaupt nicht. Erst am 11. Oktober wies Rudolf Bezold von der bayerischen Staatskanzlei Regierungsrat Rehm bei der Berliner Vertretung des bayerischen Wirtschaftsministeriums an, sich nach dem neuen Gebiet, das gemäß Henleins Rede an Bayern

¹⁰ E b e n d a. Die genannten Verwaltungseinheiten, die nicht in ihrem ganzen Ausmaß ans Reich kamen, waren die tschechoslowakischen Politischen Bezirke (unterteilt in Gerichtsbezirke), die in der Größe etwa den preußischen Landkreisen entsprachen. Vgl. Urban, Rudolf: Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945. Frankfurt-Berlin 1964, S. 1 ff. und Karte.

¹¹ MA 105947.

¹² Als Grund für diese die Einheit des Sudetenlandes hervorhebende Zuständigkeitsregelung hat nach einer Notiz in den Akten des Bayerischen Innenministeriums vom April 1939 Staatssekretär Stuckart im Oktober 1938 dem Regensburger Regierungspräsidenten angegeben, man habe auf diese Weise sicherstellen wollen, daß die für diese Gebiete ausgeworfenen tschechischen Staatsmittel schnellstens in das Land gebracht werden könnten (MInn 74 033). Das war jedoch offensichtlich ein Vorwand für den Wunsch des Reichsinnenministeriums, die alleinige Zuständigkeit für die Verwaltung im Sudetenland in der Hand zu behalten; schon am 8. Oktober 1938 forderte man von dort die Landesregierungen auf, beim Einmarsch „von örtlichen Verhandlungen mit militärischen Dienststellen in Personalangelegenheiten grundsätzlich abzusehen“, da der Neuaufbau zentral geleitet werden müsse (II a9020/38—4000, MA 105171). Ähnlich wies Bormann vom Braunen Haus aus die interessierten Stellen darauf hin: „Die Absendung von Telegrammen, welche die organisatorische Neuordnung im Sudetenland beeinflussen sollen, ist zu unterlassen“ (Nr. 153/38 vom 20. Oktober 1938, RStA 28).

¹³ Münchener Neueste Nachrichten 1938, Nr. 283 vom 10. Oktober (RStA 28).

¹⁴ MA 105171.

kommen sollte, zu erkundigen. Im Reichsinnenministerium teilte ihm darauf Regierungsrat Hufnagel mit, es sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach welchem der Böhmerwald von der Further Senke bis Krumau an Bayern angeschlossen werden solle; da sich das Gesetz noch im Stadium des Referentenentwurfs befinde, könne vor Ablauf von acht bis 14 Tagen nichts Näheres darüber bekannt gegeben werden. Siebert zeichnete die Note als „mit Interesse gelesen“ ab und forderte evtl. weitere aus Berlin eintreffende Berichte an¹⁵. Damit war die Aktivität der Münchner Staatskanzlei vorerst erschöpft. Doch ließ Siebert zwei Ministerialräte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums an der Reise teilnehmen, die der Regensburger Regierungspräsident Holzschuher¹⁶ vom 24. bis 29. Oktober 1938 als Oberhaupt der treuhänderischen Verwaltung in den Böhmerwald unternahm¹⁷. Das Desinteresse der bayerischen Regierung am Gebietszuwachs im Böhmerwald hielt auch weiter an; es zeigte sich besonders deutlich bei zwei Gelegenheiten. Am 19. Oktober fuhr der Reichsstatthalter, General Epp, nach Winterberg im Böhmerwald, weil ihm dort das Infanterieregiment Nr. 61 übergeben wurde (zum 70. Geburtstag). Bei seiner Ansprache hieß er nach dem Pressebericht zwar die Brüder östlich des Böhmerwaldes herzlich willkommen, fand aber kein Wort über den neuen Landesteil und sprach nur von Deutschland¹⁸. Und Ministerpräsident Siebert, von der Reichspropagandaleitung am 12. November aufgefordert, für Wahlreden zur Sudetenwahl Terminwünsche (für die Zeit vom 20. November bis 3. Dezember) anzugeben, antwortete am 25. (!) November, daß er aus Gesundheitsrücksichten, wegen äußerst wichtiger Angelegenheiten im Finanz- und Wirtschaftsministerium und weil ja genügend Redner zur Verfügung stünden, von einer Terminbezeichnung absehe; er fügte hinzu: „Ich werde nach Angliederung des Bayern zugeteilten mährischen [!] Gebietes dort sprechen¹⁹.“ Erst am 8. Dezember 1938 beschloß der bayerische Ministerrat, „daß schleunigst die Unterstellung der an Bayern gelangten sudetendeutschen Gebiete unter die volle Regierungsgewalt der bayerischen Landesregierung angestrebt werden müsse und daß der jetzige Zustand der Verwaltung durch den Regierungspräsi-

¹⁵ E b e n d a.

¹⁶ Wilhelm Freiherr von Holzschuher, geb. 2. September 1893 in Almoshof bei Nürnberg, SS-Gruppenführer, seit 1. Dezember 1934 Regierungspräsident in Regensburg; 9. November 1938 beurlaubt, erneute Übernahme der Geschäfte am 20. Januar 1939, seit 27. Februar 1939 im Reichsinnenministerium, seit 8. April 1941 im Wartestand; gestorben 31. März 1965.

¹⁷ Der Bericht über die Reise, aufgezeichnet von den Ministerialräten Traßl und Sommer, bringt wertvolles Material, vor allem für den wirtschaftlichen Bereich, und ist in MA 105172 erhalten. Vgl. auch: Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933—1943. Bd. 4: Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz 1933 bis 1945. Bearb. von Walter Ziegler. Mainz 1973, S. 214 f. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen, Band 16).

¹⁸ Vgl. Völkischer Beobachter 1938, Nr. 295 vom 22. Oktober. — Mit dem VII. Korps (s. Anm. 3) 118 f. — Im Tagebuch Epps findet sich zum 19. Oktober der Eintrag „Fahrt nach Prachtitz“ [!] (RStA 81).

¹⁹ MA 105171.

ten von Niederbayern und Oberpfalz nicht mehr tragbar erscheine“²⁰, und am 21. Dezember trug Siebert diesen Wunsch Berlin vor und begründete ihn damit, daß sich Holzschuher Eigenmächtigkeiten geleistet habe — so seien von ihm im Böhmerwald ohne Kontakte mit München Schulen, ja sogar ein Gymnasium gegründet worden — und überdies seit 9. November in Urlaub sei²¹. Als aber Frick am 11. Januar 1939 antwortete, daß in Kürze die endgültige Regelung zu erwarten sei, welche die Auftragsverwaltung sowieso beenden würde²², gab man sich in München damit zufrieden.

Sucht man nach Gründen für die abwartende, ja fast ablehnende Haltung der bayerischen Regierung, so sind sowohl allgemeine als auch persönliche Ursachen anzuführen. Nicht nur, daß die Ereignisse, die zum Münchner Vertrag führten, sich überstürzt hatten²³, Bayern hatte auch am sudetendeutschen Volkstumskampf keinerlei Anteil genommen, der Böhmerwald hatte, trotz stammesmäßiger Verwandtschaft der Bevölkerung, auch nie zu Bayern gehört. Keiner der politischen Führer in München stammte aus Ostbayern²⁴, und Holzschuher, der die Erweiterung seines Verwaltungsgebietes begrüßte, hatte sich seit langem mit dem zuständigen Gauleiter, Fritz Wächtler²⁵ in Bayreuth, überworfen, war auch in München suspekt und seit Anfang November beurlaubt. Wichtig war aber auch die persönliche Einstellung des Ministerpräsidenten Ludwig Siebert. Dieser ausgezeichnete Verwaltungsfachmann, dem „Bienenfleiß“ selbst sein größter Konkurrent, Gauleiter Adolf Wagner in München, bescheinigte²⁶, sah den Landzuwachs vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft und der Finanzen — Ressorts, denen er in der Regierung selbst vorstand. Gewohnt daran, daß in politischen Fragen sowieso Berlin und nicht München entschied, und wenn, dann die Gauleitung oder das Braune Haus, vermochte er in dem neuen Gebiet nur ein weiteres, fast unlösbares finanzielles Problem zu sehen. So zögerte er nicht, noch am 24. März 1939, kurz vor der gesetzlichen Angliederung des Gebietes an Bayern, an das Reichsinnenministerium zu schreiben, als er erfahren hatte, daß Göring die dortigen großen Wälder zu Reichsforsten machen wollte, für die Bayern nur die Auftragsverwaltung haben sollte: „Zum Schluß erlaube ich mir noch die Bemerkung, daß . . . die Übernahme des anzugliedernden Gebietes dem Lande Bayern nur un-

²⁰ MA 105172.

²¹ Nr. II Mpr. 23014 (MA 105947).

²² I s 1368/38—1300 (MA 105947).

²³ Epp und Siebert waren noch am 20. September 1938 zusammengekommen, wobei sie über die Abtrennung der Pfalz von Bayern sprachen — vom Sudetenland wurde dabei nichts vermerkt (Tagebuch Epp, RStA 81).

²⁴ Reichsstatthalter Franz Ritter von Epp (1868—1946) stammte aus München, Ministerpräsident Ludwig Siebert (1874—1942) aus Ludwigshafen, Innenminister (seit 1936 auch mit dem Kultusministerium beauftragt) Adolf Wagner (1890—1944) aus Algringen/Lothringen.

²⁵ Fritz Wächtler, geb. am 7. Januar 1891 in Triebes/Thüringen, Lehrer, 1932—45 thüringischer Minister für Volksbildung, 1935—45 Gauleiter der Bayerischen Ostmark, am 19. April 1945 auf Befehl Hitlers wegen Feigheit vor dem Feind erschossen.

²⁶ Wagner an Siebert, 7. August 1941 (Stadtarchiv Burghausen, Nachlaß Wagner).

ter der Voraussetzung möglich ist, daß die dadurch entstandene Mehrung seiner Reinausgabe nach § 8 des Entwurfs eines Gesetzes über die Gliederung der sudetendeutschen Gebiete wieder ausgeglichen wird²⁷.“ Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die wirkliche Entscheidungsbefugnis in Bayern weder beim Ministerpräsidenten noch beim Reichsstatthalter lag, sondern bei Gauleiter Adolf Wagner, der ein Jahr später, am 4. November 1939, seine Stellung völlig zu Recht mit folgenden Worten umriß: „1.) bin ich *Gauleiter der NSDAP* im Traditionsgau. Dieser Gau hat wohl von allen Gauen Deutschlands die meisten Aufgaben; 2.) bin ich *zweimal Minister* und leite als solcher die beiden größten Ministerien des zweitgrößten Landes im Reich; 3.) bin ich *zweimal Reichsverteidigungskommissar*, darunter im Wehrkreis XIII, in dem bekanntlich eine Reihe außerordentlicher personeller und sachlicher Schwierigkeiten vorliegt²⁸.“ Wagner, der lange Zeit in der Oberpfalz gelebt hatte, kannte zwar das Land und seine Probleme, seine Ziele aber, bei seiner persönlichen Verbundenheit mit Hitler ganz auf Partei und Reich ausgerichtet, waren der Aufrechterhaltung bayerischer Staatlichkeit wenn nicht entgegengesetzt, so doch wenigstens nicht förderlich. Der Böhmerwald war für ihn erst in letzter Linie ein bayerisches Problem, im übrigen eine Randfrage der Verwaltung.

Angesichts dieser Lage gingen Initiativen für den bayerischen Böhmerwald, seine Abgrenzung und seine Organisation vornehmlich von zwei Kräften aus: von lokalen Wünschen und von der Partei. Schon am 28. November 1938 übte man im Münchner Innenministerium Kritik an detaillierten Organisationsplänen, die die Gauleitung in Bayreuth ohne jede Rücksprache vorbereitete²⁹. Solche Kritik war nichts Außergewöhnliches. Seit Fritz Wächtler den Gau Bayerische Ostmark, der neben Niederbayern und Oberpfalz auch Oberfranken umfaßte und als Bollwerk gegen die Slawengefahr von Hans Schemm (gest. 1935) geschaffen und von Hitler sanktioniert worden war³⁰, übernommen hatte, war sein Verhältnis zu München laufend schlechter geworden. Wächtler war der einzige Gauleiter in Bayern ohne Staatsamt oder sonstigen starken Rückhalt im Land und lag darum in einem ständigen Kleinkrieg mit den Verwaltungsstellen seines Gaues, besonders mit dem Regensburger Regierungspräsidenten von Holzschuher, der ihm 1939 schließlich auch geopfert werden mußte; seine Beziehungen zur Staatsregierung können nur als feindselig bezeichnet werden. Während aber die Position der Münchner Führer dabei unangreifbar blieb, flüchtete man sich in der Gauleitung in Bayreuth in eine planlose Aktivität, die vieles anpackte und wenig vollenden konnte: ein Engagement für den Böhmerwald war daher von vorneherein zu erwarten. Freilich war mittlerweile, seit dem Münchner Vertrag und den dann offiziell freundlichen Beziehungen zur Resttschechei, die Position des Gaues als Slawenbollwerk zu einem schmalen Rest zusammengeschmolzen, nämlich der Erhaltung

²⁷ Finanzministerium Nr. 8834¹ (MA 105171).

²⁸ Nr. 1356/46 (RStA 154).

²⁹ 1003 ae 30 (MA 105947).

³⁰ Vgl. Die kirchliche Lage (s. Anm. 17), Einleitung.

der Volkstumsgrenze³¹, und selbst der Name des Gaues, schon durch den Anschluß Österreichs als „Ostmark“ fraglich geworden, verlor seit der Protektoratserrichtung seinen Sinn, so daß er am 1. August 1942 auch offiziell aufgegeben werden mußte (fortan Gau Bayreuth). Obwohl damit die Stellung des Gaues und des Gauleiters nicht als stark bezeichnet werden konnte, brachten es doch das Desinteresse der bayerischen Regierung, die Parteiorganisation als solche und die vorwärtsdrängende Aktivität der Bayreuther Gauleitung mit sich, daß für den Böhmerwald ihr Wille von Bedeutung wurde. Besonders fiel dabei ins Gewicht, daß der Grenzgau 1938 auf Grund seines bisherigen Programmes wesentlich besser mit den Problemen der Deutschen jenseits der Grenze vertraut war, auch Wächtler selbst hatte häufig auf die dortigen Probleme hingewiesen. Als dann die Angliederung erfolgte, wandten sich schon Anfang Oktober 1938 und noch lange vor der Übernahme der SdP in die NSDAP (2. November) viele Personen und Gruppen an die Partei: Zuerst ging es um Übernahme in die Deutsche Arbeitsfront (DAF), dann um Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben, um die Versorgung der teilweise geplünderten Gebiete durch die NSV, um Bitten und Anträge, um Löhne und Preise³². Überall war der Parteivertreter für den einzelnen die erste und meist ausschlaggebende Autorität. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, möglichst schnell Ortsgruppen und Kreise der Partei zu bilden, da diese Grundlage für die Tätigkeit von DAF, NSV usw. waren. Die Partei war damit im Böhmerwald oft die erste Kraft, die sich nach der Beendigung der Militärverwaltung konstituierte.

Im Gegensatz zur Tätigkeit der Partei liefen die Ziele der lokalen Kräfte — zu ihnen zählen auch die ersten, noch ganz auf sich gestellten unteren Behörden — einander vielfach zuwider. Bürgermeister forderten für ihren Ort den zukünftigen Landkreissitz (so schon am 19. Oktober 1938 für Neuern, dem Henlein alsbald zustimmte³³); in Prachatitz suchte Gauinspekteur Ganning, in zweifacher Autorität als „Gebietsbeauftragter des Stillhaltekommissars“ (zuständig für die Übernahme aller Organisationen und Vereine) und als „Gebietsbeauftragter des Reichskommissars für das an den Gau Bayerische Ostmark fallende Gebiet“, eine Zentralstelle für die Partei³⁴ zu errichten; in Markt Eisenstein behauptete Landrat Lippert aus München, auf Befehl von Innenminister Wagner für das ganze Umland zuständig zu sein³⁵. Es war eine

³¹ Bayerische Ostmark 1938, Nr. 256 vom 2. November: „Schon heute aber ergibt sich, daß wir wiederum Brücke sein werden. Denn nach der Neuordnung der Tschechoslowakei finden sich keinerlei Gegensätze mehr zu Prag.“ Vgl. dazu die frühere Einstellung in: Wächtler, Fritz: Bayerische Ostmark. Vier Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit in einem deutschen Grenzgau. Bayreuth 1938, S. 59.

³² StAB, M 30 Nr. 675. — Die DAF war offenbar die erste Organisation, die sich eingehend mit dem neuen Gebiet befaßte. Schon zur Jahreswende 1938/39 legte sie eine umfangreiche, detaillierte Beschreibung des angeschlossenen Landesteils vor unter dem Titel: „Lage und Struktur des übernommenen sudetendeutschen Gebietsteils“ (e b e n d a).

³³ Stadtamt Neuern an Innenministerium, 19. Oktober 1938. — Reichskommissar in Reichenberg an Reichsinnenministerium, 25. Oktober 1938 (MInn 74033).

³⁴ MInn 74033.

³⁵ Lippert an Wagner, 3. Januar 1939 (MInn 74033).

Zeit, in der, wie Ganninger sich gegenüber Reichenberg rechtfertigte, „die Zuständigkeit der einzelnen Behörden schlechterdings nicht festzustellen war“³⁶, die aber doch Entscheidungen von Bedeutung mit sich brachte. Unter den vielen Gesuchen, Anträgen und Aktionen an für maßgeblich gehaltene Stellen war auch ein Schreiben des Bürgermeisters Josef Hörmann aus Furth im Wald an den Internationalen Ausschuß³⁷ in Berlin, der auf Grund des Münchener Vertrages die neue deutsch-tschechoslowakische Grenze festzulegen hatte. Darin wurde die Verlegung der vorgesehenen Reichsgrenze gegenüber der Tschechei um ca. 15 km nach Osten verlangt (von Furth bis Hawlowitz), weil dadurch die Bahnlinie Furth — Abzweigung vor Hawlowitz nach Ronsperg (und von da ins Egerland) — für Deutschland gesichert werde. In einem Schreiben an Gauleiter Wagner unterstützte Ing. Franz Vogl, Generalarbeitsführer im Gau Innsbruck, der aus Furth stammte, den Plan und wies auch darauf hin, daß z. B. das dort gelegene Dorf Vollmau bis ins 18. Jahrhundert zu Bayern gehört habe³⁸ (zugleich — das war das Lokalkolorit — sprachen sich beide für die Errichtung eines Landratsamtes in Furth aus). Dieser Vorschlag, der sich bei den deutschen Forderungen zur Neuregulierung der Grenzen schon am 3. November findet, bedeutete freilich die Angliederung des sog. Chodenlandes, eines Gebietes von sieben fast rein tschechischen Dörfern — Einwohner 1930: 5 615 Tschechen, 539 Deutsche — nördlich des Böhmerwaldes, gegen dessen Abtretung als „ältester tschechischer Stammessiedlung“ mit einer „im Superlativ tschechischen Bevölkerung“ Prag ausdauernd, aber vergebens Stellung nahm³⁹. Der damit mögliche Zuschlag des Chodenlandes an Bayern stieß in München nicht auf Gegenliebe — man wollte keine Minderheiten in Bayern⁴⁰ —, in Reichenberg jedoch auf erbitterten Widerstand, da man sich dort allein für fähig hielt, mit Tschechen umgehen zu können⁴¹; die Bürgermeister des Chodenlandes selbst befürworteten, offensichtlich aus dem gleichen Grund, den Anschluß an den reichsdeutschen Partner. Die Besetzung des Chodenlandes durch deutsche Truppen erfolgte noch im November, die endgültige Zuteilung an Bayern freilich erst durch einen Machtspruch Hitlers, der am 21. März 1939 alle strittigen Gebietsfragen (u. a. die Zuteilung von Gratzen nach Oberdonau) zusammen

³⁶ Ganninger an Reichskommissar, 7. Februar 1939 (MInn 74033). Das Kompetenzchaos ist anschaulich geschildert bei Groscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehr-offiziers 1938—1940. Hrsg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch. Stuttgart 1970, S. 12 und 129 ff. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 19).

³⁷ Vgl. Spengler, Erhard: Zur Frage des völkerrechtlich gültigen Zustandekommens der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregulierung von 1938. Berlin 1967, S. 65 ff. und Karten im Anhang (Schriften zum Völkerrecht 3).

³⁸ Hörmann an Wagner, 3. Dezember 1938. — Vogl an Wagner, 7. November 1938 (beide MInn 74033).

³⁹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945. Serie D (1937—1945), Bd. 4: Die Nachwirkungen von München. Oktober 1938 — März 1939. Baden-Baden 1951, S. 116 ff., 127 f., 149 f.

⁴⁰ Innenministerium an Siebert, 27. Januar 1939 (MA 105171).

⁴¹ K. H. Frank (im Auftrag Henleins) an Reichsinnenministerium, 24. Januar 1939 (MA 105171).

mit der parteimäßigen Aufteilung des Protektorats auf die Nachbargaue im Sinne der bekannten konkurrierenden Gewaltenteilung entschied⁴².

*

Am 14. April 1939 wurde das „Gesetz über die Gliederung der sudetendeutschen Gebiete“ vom 25. März 1939⁴³ veröffentlicht; damit fiel im wesentlichen das Gebiet der Auftragsverwaltung, erweitert um einige Teile aus den Gerichtsbezirken Oberplan und Ronsperg, an Bayern, und zwar an den seit 1. April 1932 vereinigten Regierungsbezirk „Niederbayern und Oberpfalz“ (Sitz Regensburg)⁴⁴. Das übernommene Gebiet umfaßte, wie das bayerische Innenministerium im August 1939 nach Berlin meldete⁴⁵, 124 Gemeinden mit 1 722 qkm und 87 897 Einwohnern⁴⁶, und zwar — von Süden nach Norden — zwei Gemeinden aus dem Politischen Bezirk Böhmisches-Krumau (Gerichtsbezirk Oberplan), den größten Teil der Pol. Bezirke Prachatitz (Gerichtsbez. Wallern, Prachatitz, Winterberg) und Schüttenhofen (Gerichtsbez. Bergreichenstein, Hartmanitz und Schüttenhofen, ohne die gleichnamige Stadt selbst), Teile der Pol. Bezirke Klattau (Gerichtsbez. Neuern, Klattau, ebenfalls ohne die Stadt Klattau) und Taus (Gerichtsbez. Neugedein, Taus, ebenso) sowie 2 Gemeinden aus dem Pol. Bezirk Bischofteinitz (Gerichtsbez. Ronsperg). Da mit Ausnahme von Prachatitz jeweils die früheren Zentralorte nicht zum bayerischen Sudetenland gehörten, mußte die Verwaltung neu geordnet werden. Dabei übernahm man bei der Landkreiseinteilung schon bestehende Verwaltungen in den Gerichtsbezirken und dehnte sie auf das restliche Gebiet aus: eine vorläufige Organisation, auf längere Zeit schon deshalb zuerst von niemand gedacht, weil in Bayern die Vorarbeiten für eine durchgehende Landkreisneugliederung zum 1. April 1940 bereits vorlagen. In drei Landkreise⁴⁷ wurde der bayerische Böhmerwald beim Anschluß somit eingeteilt: Im Süden Prachatitz, in welchem

⁴² Verfügung des Führers Nr. 59/39 (nicht zur Veröffentlichung), 21. März 1939 (RStA 29). Der Vorgang ist hier dargestellt nach den Akten des bayerischen Innenministeriums; diese enthalten auch einen Brief des Regensburger Regierungspräsidenten vom 19. Januar 1939, in dem es heißt: „Den Anregungen des Ingenieurs Franz Vogl in Innsbruck wurde durch die Grenzziehung vom 24. 11. 1938 entsprochen“ (MInn 74033). Da jedoch die deutsche Forderung nach dem Chodenland schon vom 3. November datiert, zudem kaum anzunehmen ist, daß eine so exzeptionelle und schwerwiegende Sache nur durch einen lokalen Brief und nicht primär durch militärische Überlegungen vorgebracht wurde, muß die Einbeziehung des Chodenlandes in die sudetendeutschen Gebiete sowie dessen Zuteilung an Bayern, was die Hintergründe betrifft, vorläufig ungeklärt bleiben.

⁴³ RGBl. 1939, I, S. 745.

⁴⁴ Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern (GVBl.) 1932, S. 177. Nach der späteren Gliederung wurden Prachatitz, Bergreichenstein und Markt Eisenstein zu Niederbayern, Waldmünchen zur Oberpfalz gezählt.

⁴⁵ Nr. 1003 ae 53, 71 b (MA 105171).

⁴⁶ Geringfügig abweichende Zahlen in „Lage und Struktur“ (s. Anm. 32); ebenso in Bohmann, Alfred: Das Sudetendeutschtum in Zahlen. München 1959, S. 125 ff. — Sudetendeutsches Ortsnamenverzeichnis. 2. Aufl. Bad Godesberg 1965, S. 102 ff.; die Zahlen des Ministeriums waren die der Volkszählung vom 17. Mai 1939; vgl. Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamtes 71 (1939) 18—21.

⁴⁷ Karte in StaB, M 30 Nr. 675. — Atlas československých dějin. Prag 1965, Karte 37 b.

Landkreis drei etwa gleich große Städte (4 000 Einwohner), nämlich Wallern, Prachatitz und Winterberg, lagen; daran anschließend Bergreichenstein (2 500), das den kleinen Gerichtssitz Hartmanitz (800) klar überragte; im Norden jedoch blieb problematisch die Erhebung von Markt Eisenstein (3 300) zum Landkreissitz, da der größere alte Gerichtssitz Neuern (3 400), der zudem zentraler gelegen war, seine Degradierung nicht verschmerzte. Zu diesem Landkreis gehörten anfangs auch die sieben Chodengemeinden um Klentsch. Da sie von Markt Eisenstein aus (über 50 km) kaum zugänglich waren, wurden sie am 1. Juli 1940 zusammen mit 4 deutschen Orten (Haselbach, Wassersuppen, Grafenried, Mauthaus) zum Landkreis Waldmünchen (Oberpfalz) geschlagen. Weitere Veränderungen unterblieben ebenso wie die geplante Landkreisreform wegen des Krieges⁴⁸.

Die Landkreisgliederung zeigt eine weitere Komponente der Verwaltung des bayerischen Sudetenlandes: Die Schwerkraft einmal vollzogener Entscheidungen angesichts des Auseinanderstrebens der Kräfte. Befragt man nämlich die Akten über diese etwas merkwürdige Verwaltungseinteilung, die den Betroffenen nicht geringe Schwierigkeiten brachte, so zeigt sich dort ein monatelanges erbittertes Ringen zwischen der Gauleitung in Bayreuth und der Regierung in München, die wiederum mit zwei Stimmen, der des Ministerpräsidenten und der des Innenministers, sprach; Verhandlungspartner für beide Kontrahenten und in wechselnden Situationen Mitstreiter waren das Reichsinnenministerium in Berlin und der Reichskommissar in Reichenberg; alle aber waren darauf bedacht, faktisch durch Errichtung von Verwaltungsstellen an Boden zu gewinnen⁴⁹. In Bayreuth verlangte man Großkreise, die die alte Reichsgrenze überlappen sollten (Cham, Zwiesel, Wolfstein-Prachatitz), dazu den Parteikreisen deckungsgleich zu sein hatten⁵⁰. In München verwies man auf die sowieso anstehende Kreisreform und war allenfalls zu kleinen Korrekturen bereit, etwa zur Verlegung des Landkreissitzes von Markt Eisenstein nach Neuern⁵¹; bald

⁴⁸ GVBl. 1940, S. 136. — Die Regelung geht offensichtlich auf Bayreuther Wunsch zurück: am 3. Februar 1940 hatte der stellvertretende Gauleiter Ruckdeschel (Aktenzeichen R/K 01/00) die Angliederung der 11 Gemeinden an Waldmünchen vom Innenministerium gefordert (MA 105171); das Reichsinnenministerium entsprach dem am 6. Mai 1940 (I s 273/40 — 1056, Minn 74034).

⁴⁹ Vgl. MA 105171. — Minn 74033.

⁵⁰ Schon in einem Schnellbrief aus dem Büro des Reichskommissars vom 16. November 1938 hatte es geheißen: „Ich weise schon heute darauf hin, daß Überschneidungen zwischen den Kreisen der Partei und den unteren Verwaltungsbezirken unerwünscht sind und nicht in Kauf genommen werden können“ (MA 105171). Im gleichen Schreiben war für den 23. November 1938 zu einer Konferenz in Linz eingeladen worden, auf der die Gliederung der neuen Gebiete besprochen werden sollte. An dieser Konferenz nahmen Dr. Schmitt vom Innenministerium zusammen mit Landrat Lippert teil, ein Bericht darüber vom 28. November liegt vor (1003 ae 30, MA 105171).

⁵¹ Dr. Schmitt stellte den Standpunkt des Innenministeriums so dar: „Für eine gewisse Übergangszeit, d. h. bis zur Durchführung der Rechtsangleichung und der Angleichung der Verwaltung wie überhaupt der in den neu hinzukommenden Gebieten bestehenden Verhältnisse müsse es vom Standpunkt der Verwaltung aus vermieden werden, neu hinzukommende Gebiete mit bayerischen Bezirksämtern zu vereinigen ...“ (MA 105171).

war man durch den Kriegausbruch in der allgemein zuwartenden Haltung neu bestärkt. Schließlich setzte sich bei einer Konferenz in Herzogau am 26. Juni 1939 zwar die Gauleitung grundsätzlich durch — Wächtler ließ nicht mit sich reden, sondern wollte sich nur einer Entscheidung Hitlers beugen —, wegen der Kriegszeit blieb man jedoch vorläufig bei den bisherigen drei Landkreisen⁵². Wie aber waren diese eigentlich zustande gekommen? Sie waren sogleich beim Einmarsch, noch in der Phase der Militärverwaltung, errichtet worden, offenbar nach Weisungen des Reichsinnenministeriums⁵³; sie trugen daher wie vieles andere im Sudetenland den Charakter des Eiligen und Vorläufigen, das vom grünen Tisch aus gemacht worden war. Die Verwaltungsstellen, die noch den Namen „Bezirkshauptmannschaft“ trugen (Landrat und Landkreis erst seit 1. Januar 1939 reichseinheitlich), waren ebenfalls schon bei der Übernahme durch Regensburg besetzt, und zwar durch Reichsdeutsche (Günther aus Kärnten, Krohner aus Stuttgart, Lippert aus München). Daß man das klaglos hinnahm, kennzeichnet ebenfalls das Desinteresse der Münchner Regierung am Böhmerwalddgebiet, zeigt aber auch ihre Zweifel, sich gegen Bayreuth durchsetzen zu können.

Die Partei freilich hatte das neue Gebiet nach ihren Vorstellungen längst gegliedert. Gemäß dem Wunsch, alte Grenzen dadurch auszulöschen, daß man übergreifende Bezirke schuf, wurden die neuen Gebiete bis auf Prachatitz, das eigener Parteikreis wurde, an die angrenzenden Parteikreise angegliedert: Die 11 Gemeinden im Norden kamen an den Parteikreis Oberviechtach-Waldmünchen, der Landkreis Markt Eisenstein (jedoch ohne Markt und Dorf Eisenstein) an Cham-Kötzting-Viechtach (Sitz Cham) und der Landkreis Bergreichenstein (zusammen mit Eisenstein) zu Regen-Grafenau (Sitz Zwiesel). Daß die Einglie-

⁵² Niederschrift der Sitzung in Herzogau in MInn 74033.

⁵³ Am 3. November 1938 berichtete Oberregierungsrat Dr. Anton Schmitt vom Innenministerium in bezug auf seine Besichtigungsfahrt im Böhmerwald: „Die Bezirkshauptmannschaften Prachatitz, Bergreichenstein und Markt Eisenstein sind bereits vom Chef der Zivilverwaltung eingerichtet worden“ (MInn 74033). Chef der Zivilverwaltung war vom Einmarsch bis zum 20. Oktober 1938 Wilhelm Hetzel, Regierungsvizepräsident von Ober- und Mittelfranken (Sitz Ansbach), der dazu ins Sudetenland abgeordnet worden war. Die Zivilverwaltung unterstand dem Heeresgruppenkommando und erhielt die sachlichen Weisungen vom Reichsinnenministerium. Die Tätigkeit der Zivilverwaltung konnte sich, wie Hetzel selbst nach dem Kriege angab, bei der kurzen Zeitspanne von drei Wochen und dem Mangel eines größeren Behördenapparates nur auf die erste Nothilfe für die rein deutsche Bevölkerung erstrecken und ist nach außen nicht in Erscheinung getreten, sondern nur den Ortsbehörden und einigen Vertretern bewußt geworden. Sobald die Voraussetzungen gegeben waren, wurde die Arbeit von der Regierung der Oberpfalz und Linz übernommen (Freundliche Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern). Für die Ermittlung des „Chefs der Zivilverwaltung“ habe ich dem Bundesarchiv-Militärarchiv/Freiburg i. Br. zu danken. — Vgl. auch die Ausführungen von Reichsinnenminister Frick über Entwicklung und Aufbau der öffentlichen Verwaltung in der Ostmark und den sudetendeutschen Gebieten am 3. Juni 1939, in: Dokumente der Deutschen Politik. Band 7: Das Werden des Reiches 1939. Teil 2. Hrsg. von Hans Volz. Berlin 1940, S. 704—72, besonders S. 710 f. — Zur Reise Fricks ins Sudetenland vgl. Groscurth (s. Anm. 36) 145 ff.

derung des Böhmerwaldes in den Parteigau wesentlich stärker war als die staatliche Anreihung an Bayern, erhellt noch daraus, daß für den Gau der Böhmerwald nicht die Ostgrenze bildete, vielmehr zu Bayreuth auch die Parteigenossen im westlichen Protektorat (Pol. Bezirke Taus, Klattau, Schüttenhofen, Strakonitz, Blatna, Písek — die östliche Linie verläuft halbwegs zwischen Prag und Furth i. Wald) geschlagen waren⁵⁴. Das Übergewicht der Partei über die staatliche Organisation wird dadurch nur um so deutlicher.

Nachdem am 1. Juli 1939 Reichsrecht und bayerisches Landesrecht⁵⁵ auf die neuen Gebiete erstreckt worden war, blieb als wichtige Frage noch die kirchliche Zugehörigkeit des sudetenbayerischen Gebietes zu lösen, bei der überwiegenden Anzahl von Katholiken (98,7 %) ⁵⁶ keine unwichtige Sache. Die west- und südböhmischen Gebiete unterstanden, soweit sie an Bayern und Österreich fielen, der Diözese Budweis. Parallel der Errichtung von Generalvikariaten für die deutschen Anteile der Diözesen Prag (Schlackenwerth), Königgrätz, Brünn und Olmütz waren auch hier Bestrebungen im Gange, eine von Budweis unabhängige Verwaltung zu errichten, die sich im Generalvikariat Hohenfurth konkretisierten. Die seelsorglich schwierigen Verhältnisse seit Oktober 1938, die eine Betreuung durch den bayerischen und österreichischen Nachbarklerus erforderten, und der Wunsch des betroffenen sudetendeutschen Klerus in seiner Mehrzahl setzten jedoch einen Anschluß an die umliegenden Diözesen Regensburg, Passau, Linz und St. Pölten durch, die der Vatikan im Rahmen sog. Administraturbezirke⁵⁷ — dabei blieb die kirchenrechtliche Zugehörigkeit zu Budweis erhalten — ab 1. Dezember 1939 auch verfügte. Die Grenze der beiden Administraturen Regensburg und Passau lag etwa auf der Linie Markt Eisenstein-Klattau.

Schon die Organisation von staatlicher, kirchlicher und Parteiverwaltung im Böhmerwald zeigt Ansätze zu jenem Kompetenzchaos, das im untenstehenden Bericht so beklagt wird. War die Partei von Bayreuth aus tätig und wurden die lokalen Entscheidungen von den Kreisleitungen in Cham, Zwiesel und Prachatitz getroffen, so unterstanden die Landkreise, von denen etwa Bergreichenstein nicht einmal mit der Bahn erreichbar war, der Regierung in Regensburg. Völlig neu war die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammer Passau, des Wasserwirtschaftsamts Deggendorf und der Reichspostdirektion Landshut. Für ganz Sudetenbayern mit Ausnahme von 9 Gemeinden war das Hauptzoll-

⁵⁴ Verfügung des Führers Nr. 59/39 und 60/39 (nicht zur Veröffentlichung) vom 21. März 1939 (RStA 29). — Übersicht über Landkreise und Parteikreise bietet das Bayerische Jahrbuch. München, Jahrgang 1938—1942. — Vgl. auch Orlow, Dieter: The History of the Nazi Party. Band 2: 1933—45. Pittsburgh 1973, S. 245 f.

⁵⁵ RGBl. 1939, I, S. 745 § 5. — GVBl. 1939, S. 236.

⁵⁶ Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 bekannten sich von den Einwohnern 88 786 als katholisch, 735 als evangelisch und 450 als Sonstige; hierbei ist an Konfessionslose, Angehörige der tschechoslowakischen Kirche und an Juden zu denken. Vgl. Bohmann 131. — Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamts 73 (1941) 16 ff.

⁵⁷ Vgl. Hüttl, Josef: Bischof Michael Buchberger und der neue Administraturbezirk in Westböhmen 1939—1946. Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 6 (1972) 321 ff.

amt Eger (Sudetengau!) zuständig⁵⁸, für die Waldwirtschaft sogar anfangs die Forstdirektion Reichenberg. Verschieden waren auch Gerichts-, Wehr- und Arbeitsamtsbezirke. Der Grund dafür lag in der Unausgeglichenheit der Gebieteile und der Verschiedenheit der dafür in Frage kommenden Verordnungen, denn seit 1939 mußte man unterscheiden zwischen den Gesetzen, die für die sudetendeutschen Gebiete insgesamt, jenen, die für die ausgegliederten Gebiete und jenen, die für den am 14. April 1939 neu geschaffenen Sudetengau⁵⁹ galten. Dieser mit seinen Regierungsbezirken Eger, Aussig und Troppau und der Gauhauptstadt Reichenberg war der Schwerpunkt im Sudetenland, auf ihn war alles im Bewußtsein der Öffentlichkeit konzentriert, aber auch in der Verwaltung, während auf die Nebengebiete oft nur Zuständigkeiten ausgedehnt wurden. Als dann der Beginn des Krieges eine durchgreifende Ablösung der vorläufigen Anordnungen des Reichskommissars (bis 14. April 1939) zunichte machte, breitete sich in den Randgebieten immer mehr das Gefühl aus, daß man so eigentlich zu keinem Land wirklich gehöre.

Das gilt umgekehrt auch für die Regierung in Bayern, für die der Böhmerwald mit seiner irrationalen Grenzziehung ja sowieso etwas Aufgedrängtes war und angesichts der raschen Veränderungen der europäischen Landkarte und der dauernden Ankündigung der grundlegenden Neuordnung Europas, die zu erwarten sei, auch im Bewußtsein blieb. Bayreuth dagegen war durch den Böhmerwald zum größten Gau Bayerns geworden, sein Vorfeld im Protektorat konnte immerhin jetzt den Gedanken der Selbstbehauptung des deutschen Volkstums⁶⁰ verstärken, hier war — so fürchtete man wenigstens in der Staatskanzlei in München — die Möglichkeit gegeben, ähnlich der Pfalz sich aus den längst lästigen Bindungen zu Bayern zu lösen⁶¹. Bayreuth blieb daher führend, wenn es galt, dem entlegenen Gebiet Aufmerksamkeit zu schenken. Das zeigte sich schon bei der Übernahme der SdP in die Parteiorganisation. Obwohl Heß schon am 7. Januar 1939 die parteimäßige Eingliederung vollzogen hatte, hielt Wächtler am 22. Januar noch eine eigene Feier der Partei in Prachatitz ab. In München erfuhr man davon wieder aus der Zeitung⁶², und in der Staatskanzlei reifte der Gedanke, auch selbst eine solche Feier vorzunehmen; Wagner unterstützte die Idee mit den Worten: „Ich halte die Angliederung dieses alten

⁵⁸ Reichsministerialblatt 1940, S. 268. Weitere Klagen in StaB, M 30 Nr. 675.

⁵⁹ „Sudetengaugesetz“: RGBl. 1939, I, S. 780.

⁶⁰ Wächtler, Fritz: Neue Aufgaben der Bayerischen Ostmark. Bayreuth 1939, S. 40 f.: „Wir dürfen in unserem Gau nie mehr in jene binnenländische Sorglosigkeit zurückfallen, die sich in den letzten Jahrzehnten so bitter gerächt hat! Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Handeln unseres Gau es muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß der *völkisch*-deutsche Bestand des Reichsgefüges so sehr verfestigt wird, daß er allezeit *allein* in der Lage ist, den gesamten Reichsbau zu tragen.“ Wächtler nannte seinen Gau zugleich „Gau der Reichsmitte“ und „Gau an der Volksgrenze“.

⁶¹ Deutliche Anzeichen dafür waren die Errichtung einer Landesbauernschaft und eines Landesfremdenverkehrsverbands jeweils nur für die Bayerische Ostmark, die Wächtler durchsetzte, ebenso die gleichfalls von der Verwaltung bekämpfte Verbindungsstelle der bayer. Polizei bei der Gauleitung in Bayreuth.

⁶² Notiz Sieberts vom 18. Januar 1939 (MA 105171).

bayerischen Stammesgebietes für staatspolitisch so bedeutsam, daß mir die Übernahme der Verwaltung durch die staatlichen Organe des Landes Bayern in einer entsprechend feierlichen Form notwendig erscheint⁶³.“ Die Feier wurde vorbereitet — sie fand am 5. Juni 1939 statt —, und bis in ihre Einzelheiten hinein zeigte sich der politische Zugzwang Bayreuths: Man wollte zuerst bei der Fahrt zur Übernahme des Landes das tschechische Chodengebiet meiden, mußte sich aber dann doch zur Durchreise entschließen, weil „seinerzeit bei Übernahme des sudetendeutschen Gebietes in die Parteiorganisation Gauleiter Wächtler das Chodengebiet besucht und in Klentsch gesprochen hat“⁶⁴. Am deutlichsten wird das Erzwungene an der Tätigkeit Münchens für den Böhmerwald deutlich beim wirtschaftlichen Sonderprogramm für den Böhmerwald, dem sog. Siebert-Programm, das bei dieser Feier in Prachatitz verkündet wurde. Eine Notiz vom 17. November 1938, die dem Ministerpräsidenten vorgelegt wurde, sagt dazu: „Der Gau ‚Bayerische Ostmark‘ hat in einer Presseverlautbarung in der Gauzeitung ‚Bayerische Ostmark‘ die Durchführung eines großen Hilfsprogramms für die neu angegliederten sudetendeutschen Gebiete angekündigt. Die Bekanntgabe des Programms erweckt den Eindruck, als würden die in ihm enthaltenen Maßnahmen, wie Straßenbau usw., auf Initiative und mit Mitteln des Gaues durchgeführt. Es erhebt sich daher die Frage, ob nicht auch von seiten der Bayerischen Landesregierung ein Hilfsprogramm und die für seine Durchführung auszuwerfenden Mittel bekanntgegeben werden sollten. Ein solches Programm ließe sich wohl ohne Schwierigkeiten auf Grund des von den Ministerialräten Sommer und Trassl erstatteten ausführlichen Berichts aufstellen“⁶⁵.“ Freilich, das Siebert-Programm wurde dann durch die einwandfrei arbeitende Verwaltungsmaschine des Wirtschaftsministeriums sauber durchgeplant und begonnen — während die Partei es fast immer bei großen Ankündigungen beließ, etwa als der Gauleiter den Bau einer Höhenstraße von Prachatitz nach Waldmünchen versprach. Sich als politischen Motor verstehend, konnte die Partei das Mißliche des Projektierens, Finanzierens und Durchführens dann leicht dem ungeliebten Staat zuschieben.

*

Die Übernahme des Böhmerwaldgebietes, des ärmsten des ganzen Sudetenlandes (43,6 % der Einwohner in Land- und Forstwirtschaft tätig, 30,8 % in Kleingewerbe und Industrie, 7,5 % in Handel und Verkehr, 6,8 % im öffentlichen Dienst, 11,3 % Sonstige), stellte Bayern und besonders Ostbayern zum zweiten Mal vor das Problem, mit einem Armenhaus an seiner Grenze⁶⁶ fertig zu werden. Die Schwierigkeiten glichen dabei jenen, die Ostbayern im Baye-

⁶³ Wagner an Siebert, Nr. 1003 ae 29 vom 22. April 1939 (MInn 74033).

⁶⁴ Denkschrift vom 6. Juni 1939 (MInn 74033).

⁶⁵ MA 105173. — Am 20. Dezember 1938 bemerkte Siebert zu einer Mitteilung im Völkischen Beobachter, in der der Gauleiter die erbrachten Leistungen seines Gaues hervorgehoben hatte: „Ich halte eine Gegenerklärung nicht nur für erwünscht, sondern für direkt notwendig.“ ... (MA 105929).

⁶⁶ Statistisches Material dazu in StaB, M 30 Nr. 675.

rischen und Oberpfälzer Wald zu lösen gehabt hatte und an die es mit Osthilfe und Ostmarkprogrammen erfolgreich herangegangen war — die Ostmarkstraße (heute Bundesstraße 85 und 22) und die vielen neueren Siedlungen sind noch heute beredtes Zeugnis davon⁶⁷. Zu diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kam hier noch das Erbe des Volkstumskampfes, der sich in bewußter Vernachlässigung der an sich schon abgelegenen Grenzgebiete und bevorzugter Tschechisierungspolitik seit 1918 ausgedrückt hatte⁶⁸. Der Regensburger Regierungspräsident Wimmer schilderte die Ausgangslage am 2. Februar 1940 mit folgenden Worten⁶⁹:

„Beim Anschluß bestand daher, abgesehen von örtlichen Grenzbeziehungen, keinerlei nennenswerter wirtschaftlicher Zusammenhang mit dem Reich, zu dem der Verkehr nur durch einige meist schlechte Verbindungswege und drei eingleisige Bahnlinien führte. Mit dem Anschluß und der Schaffung des Protektorats entstand eine neue Grenze, die dieses Gebiet aus seiner jahrhundertelangen Verflechtung mit Innerböhmen riß und politisch in das Reich eingliederte, wirtschaftlich aber zunächst in einen sozusagen luftleeren Raum stellte. Im Osten verriegelte eine neuentstandene Zoll- und Verkehrssperre den bisherigen Weg und Abfluß ins Protektorat und verschärfte dadurch die ungünstige Standortlage und die Verkehrsferne dieses Landesteils, während im Westen nicht nur ausreichende Verbindungen, sondern auch alle wirtschaftlichen Zusammenhänge zum Altreich fehlten. In dieser Situation befinden sich die sudetenbayerischen Kreise weitgehend auch noch jetzt. Gewerbe, Handel und Industrie kamen mit einigen Ausnahmen, so die Holzindustrie, fast zum völligen Stillstand. Die Ausfuhr, die einen großen Teil der Arbeitskräfte beschäftigte und über die ganze Erde ging, hörte fast vollständig auf. Das hatte zur Folge, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zugehörigkeit zum Großdeutschen Reich in mancher Beziehung ungünstiger wurden, als sie unter der Herrschaft der Tschechen waren. Dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar ...“

Besonders bedrohlich war darüberhinaus die katastrophale Wohnungsnot, die selbst dort, wo man einiges gewohnt war, Schrecken erregte. Die Tuberkulose grassierte, Wasser- und Stromversorgung waren um Jahrzehnte zurück, das Schulwesen in seinen äußeren Bedingungen wie Schulhäusern und Lehrmitteln besonders vernachlässigt. Über die schwierige Verkehrssituation — durch die Protektoratsgrenze wurde eine Reihe von Straßen und Bahnen durchbrochen — mußte wiederholt verhandelt werden. In den Tagen des Anschlusses hatten Partei- wie Staatsstellen eine große Zahl schnellster Hilfsmaßnahmen verkündet, vom Eisenbahnbau bis zu großzügigen Krediten⁷⁰; besonders konkret hatte

⁶⁷ Vgl. Bayern im ersten Vierjahresplan. Denkschrift der bayerischen Staatsregierung zum 9. März 1937. München 1937, S. 289 ff.

⁶⁸ Vgl. Eßler, F. W.: Zwanzig Jahre sudetendeutscher Verlustbilanz. Wien-Leipzig 1938. — Bosl (s. Anm. 1) 66 ff.

⁶⁹ MA 105947. Friedrich Wimmer, geb. 9. Juli 1897 in Salzburg, seit 29. August 1939 von seiner Tätigkeit bei der österreichischen Landesregierung als Regierungspräsident nach Regensburg versetzt, seit 31. Mai 1940 in Den Haag, gest. 2. August 1965.

⁷⁰ Vgl. Bayerische Ostmark 1938, Nr. 257 vom 3. November.

das Siebert-Programm für Anträge sofort 750 000 RM bereitgestellt. Doch der Krieg veränderte auch hier alles. Das Siebert-Programm entfiel ganz, erst im Herbst 1940 konnten aus dem Nachtragshaushalt 1938 250 000 RM für vorrangige Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Trotzdem war das Geld, wie eine Konferenz im April 1940 in München feststellte⁷¹, keineswegs das Hauptproblem. Im Gegenteil: Man versicherte, angesichts der katastrophalen Lage in Sudetenbayern könnten größere Summen aufgebracht werden. Das unlösbare Hindernis aber war die Bereitstellung von Rohstoffen und Arbeitskräften im Krieg. Das zuständige Landesarbeitsamt Nürnberg, das gleich nach der Eingliederung eine große Zahl zeitweise erwerbsloser Arbeiter ins Altreich geholt hatte, erklärte sich jetzt völlig außerstande, irgendwelche der für Kriegszwecke benötigten Arbeitskräfte abzugeben; Rohstoffe, z. B. Eisenrohre für Wasserleitungen, zu erhalten, dafür sah man weder bei Anträgen an die Reichsgruppe Energiewirtschaft noch bei direkter Intervention beim Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft die geringste Chance. Die Bilanz, die durch die weiterhin offensichtliche Abwanderung der Arbeitskräfte ins Reich verschlechtert wurde, erhielt ihre Schärfe durch den Blick auf das wirtschaftlich gut gestellte Protektorat und auf den Sudetengau, für den als Notstandsgebiet eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen worden war⁷², die für den Böhmerwald als Teil Bayerns und damit des Altreichs nicht in Frage kamen. Die für die bayerische Regierung wichtige Konsequenz war, daß auch auf diesem Gebiet, wie alle Berichte besagen, der „Zug nach Reichenberg“ sich laufend verstärkte⁷³. Der Ministerpräsident selbst gab die schwierige Lage am 25. Juni 1940, noch vor dem Eintreffen des untenstehenden SD-Berichts, mit folgenden Worten zu: „Dadurch daß einerseits der Gau damals sehr große Versprechungen machte, die nicht zur Erfüllung kamen, daß andererseits aber auch das von mir vorgesehene Programm infolge der eingetretenen Kriegs- und dadurch bedingten Änderung der finanziellen Verhältnisse sich in seinem ganzen Umfang nicht auswirken konnte, ist begreiflich, daß Mißstimmung herrscht“⁷⁴.

II

Mit der Darstellung der Schwierigkeiten, auf die die bayerische Verwaltung im neuen Gebiet stieß, stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Zeugnisse über die Verhältnisse in Sudetenbayern. Die diktatorisch gelenkte Presse in Deutschland mußte schwarz in schwarz malen, wenn es um das Leben im Sudetenland zur Zeit der Zugehörigkeit zur ČSR ging und den Neuaufbau

⁷¹ Niederschrift in MA 105947.

⁷² Vgl. z. B. die Verordnung über Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter, die nur für die Ostmark und den Sudetengau galt (RGBl. 1939, I, S. 2020).

⁷³ Dadurch ergab sich das Paradox, daß nur aus dem tschechischen Chodenland Zufriedenheit darüber berichtet wurde, daß man an Bayern angeschlossen war — aus Abneigung gegen die Sudetendeutschen: Lage- und Stimmungsbericht Waldmünchen vom 6. Februar 1939 (StaB, M 30 Nr. 675, fol. 62).

⁷⁴ Notiz zu einem SD-Bericht vom 21. Juni 1940 (MA 105947).

seit 1938 entsprechend hervorheben; Publikationen der tschechischen Seite nach dem Krieg stellten nicht minder einseitig die These von nazistischer Okkupation und Terror heraus. Demgegenüber können interne Berichte beteiligter Verwaltungsstellen genaueres Material liefern, wobei freilich jedes Amt das in den Vordergrund zu stellen pflegt, was es selbst erreicht hat oder erreichen will. Dabei ist Objektivität im allgemeinen dort gewahrt, wo materielle Vorgänge, Rechts- und Verwaltungsprobleme im Vordergrund stehen⁷⁵; anders steht es mit der Kennzeichnung der Volksstimmung: durch das Bemühen, den Durchhaltewillen der eigenen Bevölkerung zu zeigen, aber auch wegen des mangelnden Kontakts der Verwaltung mit dem einfachen Mann auf der Straße, sind Bemerkungen darüber vielfach verzerrt oder bleiben an Gemeinplätzen hängen. Dazu kommt, daß sich Meldungen dieser Art meist nur mit dem Teilgebiet, das das jeweilige Verwaltungsressort interessierte, befaßten. Von anderen Voraussetzungen ausgehend intendierte der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD), der im Gau Bayerische Ostmark seit 1936 durch einen Unterabschnitt in Bayreuth vertreten war, eine umfassende, vor allem aber völlig ungeschminkte Berichterstattung, was durch seine Unabhängigkeit von den Behörden und seine Anonymität erleichtert wurde. Die Glaubwürdigkeit solcher SD-Berichte ist an schon veröffentlichten gut nachprüfbar⁷⁶. Bei dem vorliegenden ist neben der einseitig parteilichen Schau, die z. B. religiöse Fragen völlig mißdeutet, und dem Bestreben, die Klagen besonders deutlich zu machen, zu beachten, daß bei einer untergeordneten Dienststelle wie der SD-Außenstelle Regensburg sowohl die Zahl der Informanten als auch deren wie des Redaktors geistiges Niveau wesentlich niedriger waren als bei den großen, ganz Deutschland erfassenden Berichten. Dafür zeigt das Dokument, das mehrere vorhergehende Einzelberichte zusammenfaßt⁷⁷, einen so nahen Bezug zur Lage der Bevölkerung in Sudetenbayern, daß es, bei kritischer Auswertung, als wertvolle Quelle gelten darf. Zusammen mit den aus den Akten entnommenen Verwaltungsberichten, die hier herangezogen wurden, bietet es einen ersten Zugang zur Geschichte dieses kurzlebigen Teils des bayerischen Staates.

*

Der unten abgedruckte SD-Bericht hat nicht zum ersten Mal die Probleme Sudetenbayerns ins Licht gerückt. Neben der laufenden Berichterstattung, zu der seit dem Anschluß an Bayern die Landräte verpflichtet waren⁷⁸, und Einzelschreiben verschiedener Behörden stellte zum ersten Mal am 2. Februar 1940

⁷⁵ Vgl. Witetschek, Helmut: Die bayerischen Regierungspräsidentenberichte 1933—1943 als Geschichtsquelle. Historisches Jahrbuch 87 (1967) 355—372.

⁷⁶ Vgl. jeweils die Einleitung zu Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Neuwied-Berlin 1965. — Ders.: Berichte der SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934—1944. Mainz 1971 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Kath. Akademie in Bayern. Reihe A: Quellen, Band 12).

⁷⁷ Vgl. die unten im Text genannten Sonderberichte.

⁷⁸ Witetschek (s. Anm. 75).

Regierungspräsident Wimmer von Regensburg einen längeren Bericht über die Lage in Sudetenbayern zusammen und sandte ihn an den Ministerpräsidenten⁷⁹. Er forderte darin:

„Erste Voraussetzung für eine Gesundung und Hebung des zu meinem Regierungsbezirk gehörigen sudetendeutschen Gebiets ... wäre wohl ihre *bevorzugte* Beteiligung an allen Stützungs- und Förderungsmaßnahmen des Reiches für die neuen Gebiete, da die Wirtschaft im Sudetengau und in der deutschen Ostmark bei weitem kräftiger ist als in dem völlig verarmten, zu Bayern gekommenen sudetendeutschen Gebiet.“

und schlug im einzelnen vor: Bessere Bedingungen für die Reichswirtschaftshilfe, Durchführung des Siebert-Programms, Anhebung der Milchpreise auf den Stand des Sudetengaues, Maßnahmen zur Wasserversorgung, Errichtung einer durchgehenden Kraftpostverbindung Prachatitz—Winterberg—Bergreichenstein durch das Protektorat, Lockerung der Bausperre, Schulhausneubauten auch im Krieg und eine Reihe weiterer Einzelprojekte. Ministerpräsident Siebert veranlaßte daraufhin zum ersten, daß aus dem Nachtragshaushalt 1938 die oben erwähnten Mittel zur Verfügung gestellt wurden⁸⁰, zum anderen eine Referentenbesprechung in der bayerischen Staatskanzlei unter dem Vorsitz des Freiherrn von Stengel am 22. April 1940, an der Beamte aller bayerischen Ministerien, der Regensburger Regierung, der Zweigstelle Nürnberg des Landesarbeitsamtes und des Landesamtes für Wasserversorgung teilnahmen⁸¹. Auf ihr wurde, wie bereits berichtet, klar, daß zwar Geld, nicht aber Rohstoffe und Arbeitskräfte aufzutreiben waren. Die Abstellung einer Reihe von Klagen wurde jedoch zugesichert, die Errichtung einer Landwirtschaftsschule in Waltern in Aussicht genommen.

In diese Situation platzte der Bericht der SD-Außenstelle Regensburg vom 25. Juli 1940, der am 2. August vom Höheren SS- und Polizeiführer von Eberstein in München an das Innenministerium übersandt und von da aus den einzelnen Ministerien zugänglich gemacht wurde⁸². Obwohl dem Ministerpräsidenten nicht direkt zugeleitet, traf er ihn, auch in der Form, an empfindlicher Stelle. Denn schon 1936 hatte es hinsichtlich der Ostmark eine ähnliche, freilich viel schlimmere Kontroverse gegeben, als Gauleiter Wächtler ohne Rücksprache eine umfangreiche Schrift an Heß gesandt hatte, in der er sich über die angeblich katastrophalen Verhältnisse im Bayerischen Wald beschwert und behauptet hatte, von München aus sei nicht nur nichts dagegen getan, sondern

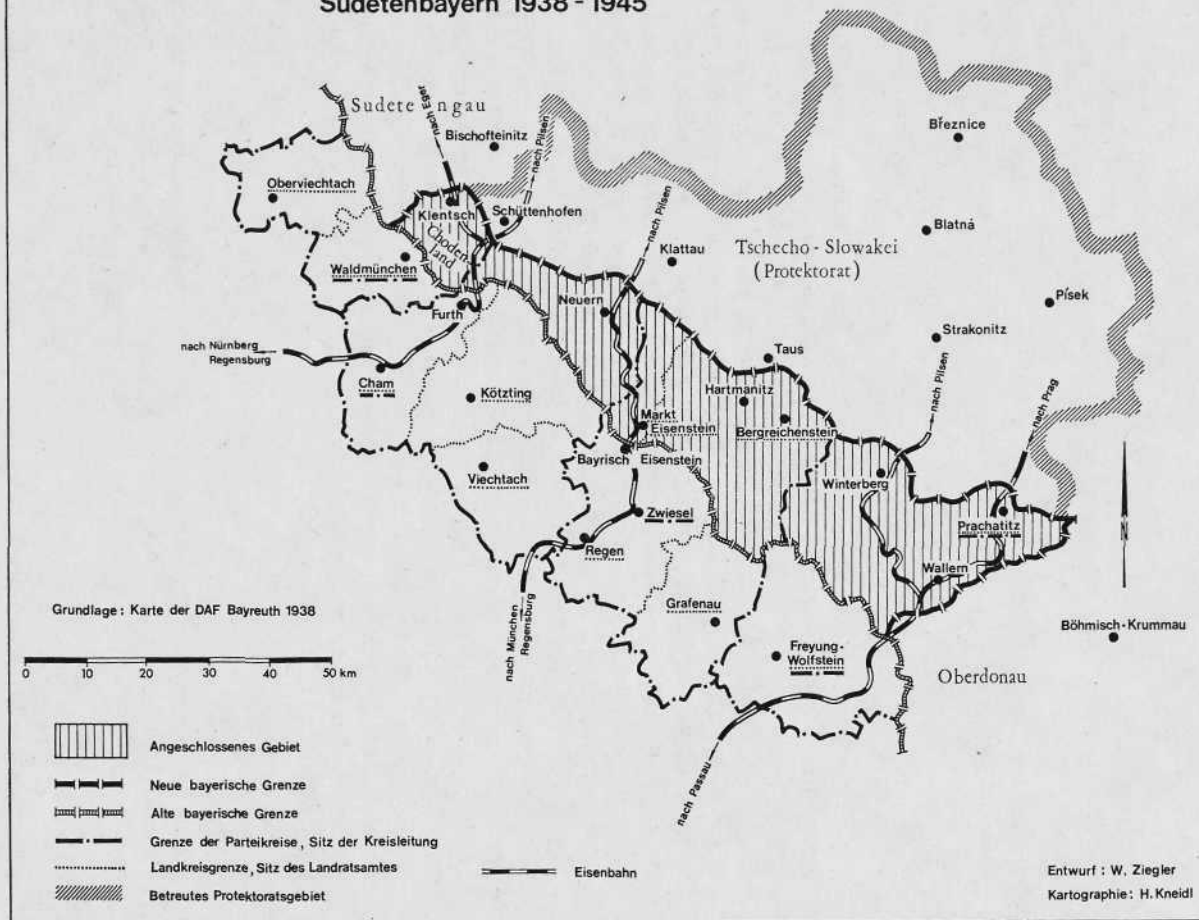
⁷⁹ MA 105947.

⁸⁰ 8. Februar 1940 (e b e n d a).

⁸¹ Niederschrift in MA 105947.

⁸² Nr. 2188 n 1023 2415 f 127 (MInn 74034). Einzelne Vorberichte waren schon ergangen, z. B. am 21. Juni 1940 (MA 105947). Sie wurden sogleich auch im Innenministerium behandelt, da sich der SD darin gegen den „Starrsinn, Bürokratismus und Kompetenzneid“ der Amtsstellen gewandt hatte. Auch der Regensburger Regierungspräsident wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert, doch bat dieser erst um weitere Informationen.

Sudetenbayern 1938 - 1945



auch jede Parteiinitiative sabotiert worden. Der darüber entbrannte Streit hatte praktisch zum Abbruch der Beziehungen zwischen der Staatskanzlei und Bayreuth geführt⁸³. Nun drohte erneut Gefahr, dabei von einer Seite, die nicht so personal faßbar war wie der Gauleiter; freilich war nun auch Krieg, auf den man sich berufen konnte, und der Böhmerwald erst seit kurzem angeschlossen. So formulierte die Staatskanzlei, als die Antworten der Ministerien eingelaufen waren, eine zusammenfassende Antwort, die mit den Sätzen beginnt⁸⁴:

„Der erwähnte Bericht stellt ziemlich wahllos alle möglichen Klagen und Wünsche aus dem an Bayern angeschlossenen Sudetengebiet zusammen, ohne dabei genügend zu berücksichtigen, was in diesem Gebiet von staatlicher Seite bisher bereits geleistet worden ist und welche Schwierigkeiten sich in diesem Gebiet ebenso wie anderwärts aus dem Kriegszustand ergeben.“

An Leistungen werden dann freilich nur drei Krankenhausneubauten, Krankentransportwagen, Feuerlöschgeräte und die Kanalisierung der Prager Vorstadt von Winterberg aufgezählt; dazu kamen für die Förderung des Handwerks 27 000 RM, für die Behebung der Wohnungsnot 31 500 RM; die Grenzlandfürsorge des Reiches stellte 71 500 RM zur Verfügung. Weitaus größere Summen sollten nun aber in Zukunft ausgegeben werden. Am 15. Oktober 1940 schlug Siebert vor, im Sinne dieser Zusammenstellung der SD-Außenstelle Regensburg einen Bericht zukommen zu lassen; dabei solle auch erwähnt werden, daß er selbst tags zuvor 150 000 RM zur Instandsetzung von Bauernhöfen aus der Abteilung für Landwirtschaft angewiesen habe⁸⁵. Eine Notiz vom 18. Oktober läßt jedoch erkennen, daß man im Innenministerium weder selbst dem SD antworten wollte noch eine Antwort des Ministerpräsidenten an denselben wünschte, „da dies als eine Rechtfertigung gegenüber einer ziemlich untergeordneten Stelle (der Bericht stammt von einem SS-Untersturmführer) aussehen könnte“⁸⁶. Wenn damit der SD-Bericht auch keine weitere Auseinandersetzung einleitete, so nahm doch der Regensburger Regierungspräsident am 17. Oktober 1940 detailliert zu einigen dort aufgeworfenen Beschwerden Stellung, was einen wichtigen Kommentar dazu darstellt⁸⁷.

III

Der hier unverändert wiedergegebene Text ist einer maschinenschriftlichen Kopie einer Abschrift entnommen, die sich in den Akten der Münchner Staatskanzlei fand⁸⁸. Er wird, wo zum Verständnis nötig, mit Anmerkungen ver-

⁸³ MA 105903.

⁸⁴ 10. Oktober 1940, MA 105947.

⁸⁵ E b e n d a.

⁸⁶ E b e n d a.

⁸⁷ Nr. 6510 e 93 (e b e n d a).

⁸⁸ MA 105947.

sehen. Orthographie und Zeichensetzung werden im allgemeinen beibehalten⁸⁹, nicht jedoch das Schriftbild. Unterstreichungen und Sperrungen im Text werden durch Kursivdruck wiedergegeben.

Sicherheitsdienst des Reichsführers SS

25. Juli 1940

SD-Außenstelle Regensburg

II-1-2 VA: 184 — 1

W.

An den

SD — Abschnitt Bayreuth,

Bayreuth.

Betr.: Verhältnisse im Bayer. Sudetenland.

Vorg.: Dort FS Nr. 6430 v. 2. 7. 40;

hier Lageberichte: II/1, II/21, II/22, II/23.

Anlg.: -18- (insgesamt 58 Seiten).

In der Anlage werden Berichte über die Verhältnisse im sudetenbayerischen Gebiet (Landkreis Markt Eisenstein, Bergreichenstein, Prachatitz) überreicht.

Gliederung: 1. Allgemeine Betrachtung

2. Partei — Staat

3. Verwaltung

- a) Beamte aus dem Altreich
- b) Post
- c) Bahn-Verkehrsverhältnisse
- d) Finanzwirtschaft
- e) Verwaltung
- f) Recht
- g) Bank- und Versicherungswesen
- h) Volksgesundheit

4. Wirtschaft

- a) Handel
- b) Handwerk
- c) Industrie
- d) Landwirtschaft

5. Schule und Erziehung

6. Kulturelles Leben

7. Einfluß der Kirche

8. Sudetenerinnerungsmedaille

In den breiten Massen ist nur ein Wunsch: „Der Krieg möge siegreich zu Ende geführt werden, denn dann wird und muß sich vieles gewaltig ändern!“

⁸⁹ Da die Berichte von verschiedenen Personen — wie die Maschinentypen zeigen — geschrieben wurden, sind ß und ss und andere Kleinigkeiten vereinheitlicht worden.

Berechtigte Klagen bestehen auf fast allen Lebensgebieten. Schwere *Benachteiligungen* gegenüber dem Sudetengau und der Ostmark sind vorhanden. *Sehr ungünstig* wirkt sich der Einfluß und die Systemarbeit der bayerischen katholischen Geistlichkeit aus.

Einzelne Schreiben aus dem sudetenbayerischen Gebiet berichten immer wieder über *zunehmende Zeichen der Unzufriedenheit*. Charakteristisch für die ganze Lage ist folgende zum Ausdruck gekommene Befürchtung bzw. Anmerkung:

„Eine Erscheinung bedrückt uns sehr, nur kann sie nicht belegt werden.

Bis in die höchsten Stellen hinein scheint man irgendwie Angst davor zu haben, daß in Deutschland soviel Stellen nebeneinander sind, die gegeneinander ausgespielt werden können, die miteinander rivalisieren. Man fürchtet, wenn man sich an einer etwas exponiert, von der anderen eines drauf zu bekommen; man fürchtet zwischen die Räder zu gelangen, man will sich auf nichts einlassen, weil ohnehin Alles vergeblich ist, was an Eingaben, Beschwerden usw. weitergeleitet wird, und man will sich nicht auf eine bestimmte Richtung festlegen, weil man glaubt, daß nach dem Kriege irgendeine Machtverschiebung vor sich gehen wird — innenpolitisch gesehen —. Uns bedrückt diese Erscheinung deshalb, weil man der tschechischen Behörde gegenüber vorsichtig, aber nie ängstlich war, während dieser Zustand eines Deutschen recht unwürdig ist. Wieso es soweit kommen konnte, ist unerklärlich. Sind es ständige Unkereien von Leuten aus dem Altreich, die auch unsere Leute so verdorben haben, sind es wirklich schlechte Erfahrungen, der Sache konnte noch nicht auf den Grund gekommen werden.“

Ein anderes Schreiben lautet u. a.:

„Es kommt einem wie eine furchtbare Undankbarkeit und Treulosigkeit gegenüber dem Führer vor, was jetzt da vor sich geht und wenn man dann die Leute wieder vor sich sieht, wie heute bei der Musterung (22. 7. 40), kann man nur Mitleid haben mit diesen ausgemergelten Skeletten. Es ist ihnen doch früher auch nicht so gut gegangen, wenn sie auch immer wieder davon reden, wie gut es in der Tschechei war gegenüber jetzt, und dabei ist doch unser Bauer so genügsam. Die Ursache muß irgendwie tiefer im Seelischen liegen.“

In den letzten Tagen mußten einige *sehr traurige Beobachtungen* gemacht werden: In einigen Orten (Dörfern) wurde die *Führerrede*¹ gar *nicht angehört*. Begründung: „Wir glauben nichts mehr, das Schlafen ist uns wichtiger.“ Wo sie gehört wurde, waren die Leute sehr gekränkt darüber, daß der Führer Darré nicht erwähnte, während er Dr. Ley als Garanten des deutschen Arbeiters² anführte. Es gibt ja nicht viel Rundfunkgeräte auf den Dörfern, aber das machte wie ein Lauffeuer seine Runde. Ein Bauer gab als Erklärung: „Ich woass,

¹ Am 19. Juli 1940 hielt Hitler zum Abschluß des Frankreichfeldzugs eine große Rede im Reichstag (Druck: Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. München 1965, S. 1540 ff.), in der die Verdienste von Wehrmachts- und Parteiführern hervorgehoben wurden.

² Robert Ley (1890—1945), Reichsorganisationsleiter und Leiter der DAF; Walter Darré (1895—1953), Reichsbauernführer.

warum der Führer die Bauern net gnennt hat: Sie san schon so vazogt und gleichgültig — er gebrauchte einen anderen Ausdruck —, daß der Darré mit ihna a nix mehr ausschafft, und dos siagt da Führer holt“. Selbst ganz alte Bauern, die szť. der DNSAP³ angehört hatten, sind vollauf verzagt. Einer von ihnen: „Nur noch die letzten Trotteln, die gar nirgends anders mehr zu gebrauchen sind, hat man uns gelassen oder bleiben und wir können die Schinderei nicht mehr weiter mitmachen.“

Ein anderer Bericht bemerkt, „daß in der letzten Zeit das Ansehen der Partei rasch im Sinken begriffen ist und daß vielfach die Meinung in der Bevölkerung Fuß faßt, so könne es nicht weitergehen, nach dem Kriege müsse sie überhaupt verschwinden oder es werde der Führer eine ganz gewaltige Reinigung vornehmen, wenn Deutschland bestehen soll“. Es muß zugegeben werden, daß tatsächlich viel geschieht, was solchem Gerede Vorschub leisten kann.

Im April 1940 erhielt, wie in der Zeitung stand, Gebietsstellenleiter X Y Z den Blutorden⁴. Das löste im sudetenbayerischen Gebiet, insbesondere in Prachatitz, wo man ihn allgemein kennt, allgemeine Empörung aus. Ein Bericht sagt: „M. ist seit je ein Schwadronneur gewesen, der als Dichterling in maßloser persönlicher Eitelkeit sich mit einem Zeitschriftenverlag unrühmlich hervortat, der in der Stadt Schulden über Schulden machte, der auch hier und da vor kleinen Diebstählen nicht zurückschreckte, wie in einem Falle mit ‚Orden‘, die er der ‚Schlaraffia‘⁵ entwendete, dessen kriminelle Verfehlungen — Betrug, Verkauf auf Raten gekaufter Waren usw. — schließlich zum Konflikt mit der Polizei führen mußten. Im letzten Augenblick gelang es ihm, auf seinen Schreibtisch Papiere zu zaubern, die eine Verbindung mit dem Deutschen Reich dokumentieren sollten. So wurde die Sache von den Tschechen auf das politische Geleise geschoben und der Mann wurde für die Mitwelt anderwärts ein Märtyrer, während in Prachatitz alles aufatmete, daß der Mann unschädlich war, der den Deutschen im Kampf gegen die Tschechen nur durch sein unsinniges Vorgehen geschadet hatte. Heute hat er den Blutorden und ist außerdem Gebietsstellenleiter⁶. Dieser letztere Umstand trägt auch noch zu der schon sehr

³ Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei. 1904 als Deutsche Arbeiterpartei gegründet, nahm sie im Gefolge der tschechischen Nationalsozialisten 1918 den neuen Namen an; sie wurde am 4. Oktober 1933 aufgelöst, ihre Mitglieder schlossen sich meist der Sudetendeutschen Heimatfront an. Vgl. Cerný, Jaroslav / Cesar, Bohumil: Die nazistische Bewegung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Historica 15 (1967) 183—225.

⁴ Der Blutorden wurde denjenigen verliehen, die am 9. November 1923 am Marsch zur Feldherrnhalle teilgenommen hatten; nach dem Anschluß wurde er auf jene ausgedehnt, die im neuen Gebiet für die NSDAP gelitten hatten. Vgl. Doehle, Heinrich: Die Auszeichnungen des Großdeutschen Reichs. Orden, Ehrenzeichen, Abzeichen. 4. Aufl. Berlin 1943, S. 71 ff. — Da die Vorwürfe mit dem hiesigen Material nicht nachprüfbar sind, wurden Sigel gesetzt.

⁵ Die 1899 in Prag von deutschen Künstlern gegründete Vereinigung zur Pflege der Geselligkeit, Kunst und Humor bediente sich freimaurerähnlicher Zeremonien und wurde deshalb vom Dritten Reich aufgelöst.

⁶ Gebietsstellenleiter ist als Dienstrang oder Dienststellung der NSDAP nicht bezeugt. Er gehört ebenso wie der Ausdruck Ortsleiter (statt Ortsgruppenleiter) der Terminologie

stark bestehenden Tendenz bei, hinter jeder höheren Persönlichkeit des Partei-
lebens einen Nichtskönner und Nichtstuer zu vermuten.“ *Dem Faß schlug die
Verleihung der Medaillen zum 1. Oktober*⁷ im April 1940 *den Boden aus*. Zum
überwiegenden Teile wurden Leute ausgezeichnet, die nicht nur nie im völ-
kischen Leben gestanden waren, die sich vielmehr entweder aus Geiz gewei-
gert hatten, den deutschen Schutzverbänden⁸ auch nur eine Krone Jahresbeitrag
zu leisten; Leute, die als Staatsbeamte mit der Begründung aus den Schutzver-
bänden ausgetreten waren, sie bekämen ihr Gehalt vom tschech. Staate und
könnten demnach nicht gegen ihn arbeiten. Dafür bekam z. B. ein 80-jähriger,
der seit 55 Jahren im *völkischen Leben* steht, einen Turnverein als Obmann
bis zum Schluß energisch vertrat, die Erinnerungsmedaille *nicht*. Leute, die
durch Jahrzehnte den Turnverein⁹, den Bund der Deutschen, den Kulturver-
band usw. gehalten hatten; die die Sudetendeutsche Volkshilfe¹⁰ trotz aller
durch die tschech. Behörde unternommenen Schikanen durchführten, die Grün-
der der alten DNSAP waren usw. bekamen *nicht* die Medaille. Dafür erhielten
sie 100 %ige Christlichsoziale¹¹. Wenn schon einer das Abzeichen verdient er-
hielt, so weigert er sich, es zu tragen, weil er sich dafür schämt.

Bezeichnend ist nun, daß die Betroffenen allenfalls *sehr verbittert* sind, daß
sie aber ihre Arbeit um der Arbeit willen weiter tun, während das Volk sich
darüber doch seine Gedanken macht. (Hier Sonderberichte: III NK — VA: 7.)

Die angeführten Einzelfälle erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit;
es sind nur die markantesten Fälle herausgegriffen, doch können weitere laufend
angeführt werden. Ein Nachtragsbericht¹² wird zum 10. 8. 1940 erstellt.

gez. Unterschrift
SS, Untersturmführer

sudetendeutscher Verbände wie etwa der SdP an. Vgl. Organisationsbuch der NSDAP.
6. Aufl. München 1940.

⁷ Die sog. Sudetenerinnerungsmedaille war am 18. Oktober 1938 gestiftet worden „für
Verdienste um die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen
Reich“ (RGBl. 1938, I, S. 1527); die Vorschlagslisten kamen über das Reichsinnen-
ministerium und über die Wehrmacht. Vgl. auch Doe h l e 61 f.

⁸ Gemeint sind die Selbsthilfeorganisationen der Deutschen in der Tschechoslowakei, vor
allem der Deutsche Kulturverband (Prag), der 1937 537 000 Mitglieder zählte, jährlich
für das deutsche Schulwesen über 6 Millionen Kronen ausgab und 31 Volksschulen
selbst unterhielt; daneben der Bund der Deutschen, die Landeskommission für Kinder-
schutz und Jugendfürsorge in Böhmen (Reichenberg) u. a. Vgl. Sudetendeutsches Jahr-
buch 1938 (2. Aufl. nach Beschlagnahme).

⁹ Die Turnbewegung in den böhmischen Ländern hatte von je stark politische und volks-
pädagogische Ziele. Auf deutscher Seite sind zu nennen der nationale Deutsche Turn-
verband, der Arbeiter- Turn- und Sportverband und die Christlich-deutsche Turner-
schaft. Vgl. J a h n, Rudolf: Sudetendeutsches Turnertum. Frankfurt 1958.

¹⁰ Im Jahr 1934 vom Bund der Deutschen organisiert, kümmerte sie sich vor allem um
Arbeitsbeschaffung, Speisung und Bekleidung der Deutschen insbesondere in den Not-
standsgebieten; ihr Böhmerwaldgau hatte seinen Sitz in Krumau. Vgl. Drei Jahre Ge-
meinschaftsarbeit im Hilfswerk Bund der Deutschen, Sudetendeutsche Volkshilfe. Tep-
litz-Schönau 1937.

¹¹ Anhänger der Deutschen Christlich-sozialen Volkspartei.

¹² Nicht aufgefunden.

VERHÄLTNISSE IM BAYER. SUDETENLAND

1. Allgemeine Betrachtung

Die Heimkehr der sudetendeutschen Gebiete in das Reich wurde von allen völkisch denkenden Volksgenossen mit allen Fasern des Herzens ersehnt und die erste Losung hieß nur: „Heim ins Reich!“ Der ganze Sinn dieses Kampfes war in dieser Losung inbegriffen. Der schwere Volkstumskampf fand immer wieder seine Nahrung in der Hoffnung, daß nach der Heimkehr doch alles wieder gut werden müsse und daß auch verschiedene Mängel der damaligen tschech. Regierung beseitigt werden müßten. Der Glaube an das Reich war so stark, daß es sich lohnte, auch sein Leben für dieses Reich zu geben. In diesem heiß ersehnten Reiche kann es eben nichts anderes geben als Zucht und Ordnung, Gerechtigkeit und wahre Volksgemeinschaft. Wie oft wanderten viele Volksgenossen zur Grenze, um einen SA-Mann nur von der Ferne sehen zu können und sahen in ihm die Verkörperung des Reiches. Und gar wenn über der Grenze Wehrmacht oder SS zu sehen war, da kehrten sie voll Begeisterung heim, diese treuen Volksgenossen und waren glücklich, erzählen zu können, SA, SS oder Wehrmacht gesehen zu haben. Und wie glücklich waren die Jungen und Mädcl, wenn sie am Osser heimlich Gelegenheit hatten, mit Angehörigen der HJ oder des BDM sprechen zu können. Trotz verschiedener Gefahren wanderten viele Volksgenossen Sonntag für Sonntag auf den Osser¹³ usw. und man muß den Glanz ihrer Augen gesehen haben, um zu ermessen wie glücklich sie nach einer Aussprache mit den Reichsdeutschen waren. Dies möge genügen, um sich in die Psyche der sudetenbayerischen Bevölkerung einzuleben.

Und nun kam die heißersehnte Heimkehr! Die ersten Tage waren Tage reinsten Glückes. Nun wird und muß alles gut werden. Doch schon nach kurzer Zeit tauchten die ersten Schatten auf. Die Gliederungen der Partei¹⁴ wurden aufgebaut. Es kamen die Beauftragten der einzelnen Gliederungen und setzten mit der Werbung ein. Da äußerte sich der SA-Mann abfällig über den SS-Mann, der NSKK-Mann¹⁵ über eine andere Formation. Mit einem Schlage tat sich eine Kluft auf, so daß die durch Kampf zusammengeschweißte Mannschaft des Turnerbundes und des Freiwilligen Schutzdienstes (FS)¹⁶ in alle Winde zerflatterte. Frühere feste Freundschaften gingen in Trümmer, der Nimbus wahrer Volksgemeinschaft zerfloß und man war mit der ersten Enttäuschung fertig geworden. Psychologisch wurde der Fehler gemacht, daß die Beauftragten der Partei nun in öffentlichen Kundgebungen erklärten, auch die Sozialdemokraten seien nun deutsche Volksgenossen und müßten in die Gemeinschaft aufgenommen werden.

¹³ Gipfel im Bayerischen Wald, über den die Grenze zwischen Deutschland und ČSR lief.

¹⁴ Gliederungen der Partei waren SA, SS, NSKK und NS-Frauenbereitschaft, dazu die HJ.

¹⁵ Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps.

¹⁶ Am 14. Mai 1938 gegründet, am 15. September aufgelöst, war er eine Vorstufe der nach Grenzübertritt der SdP-Führung gegründeten Sudetendeutschen Freikorps. Vgl. Broszatz, Martin: Das sudetendeutsche Freikorps. VfZ 9 (1961) 30—49.

Alles sollte nun ausgelöscht sein. Verbrüderung mit den größten Feinden von gestern. Der deutsche Sozialdemokrat, der noch vor einigen Tagen in der Uniform der Roten Wehr¹⁷ zu sehen war und Spitzeldienste für die Tschechen machte, war nun stolzer SA-Mann. Sozusagen über Nacht wechselte er die Uniform. Das war eine allgemeine Erscheinung und wurde von allen Stellen gutgeheißen. Es ist nun begreiflich für die Einstellung jener Männer, die dieses Vorgehen der eingesetzten reichsdeutschen Stellen verurteilten. Eine gewisse Probezeit hätte gestellt werden müssen.

Es ist nun auch verständlich, daß sich eine Kameradschaft innerhalb der einzelnen Gliederungen nicht so ohne weiteres bilden konnte. Der ehemalige Sozialdemokrat und Kommunist fühlte sich nicht wohl und auch der FS-Mann sah immer noch einen Feind, mit dem er sozusagen nicht Freundschaft schließen konnte. Noch größer wurde die Enttäuschung der völkisch gesinnten Bevölkerung dadurch, daß die eingesetzten reichsdeutschen Stellen Sozialdemokraten in führende Stellen beriefen und auf ihre politische Vergangenheit gar keinen Wert legten. Das war einmal und käme jetzt nicht mehr in Frage: „Der Sozialdemokrat und der Kommunist seien eben auch Volksgenossen.“

So wurde beispielsweise unter anderem schon mehrmals Stellung genommen gegen den heutigen Stadtinspektor Wenzel Grassl, Neuern. Genannter zahlte im September 1938 noch einen Mitgliedsbeitrag für die Sozialdem. Partei und wurde kurz nach der Eingliederung zum Stadtinspektor ernannt. Trotz vieler Vorsprachen blieb der Genannte in seinem Amte. Auch der damalige Ortsleiter¹⁸ erhob bei der Kreisleitung Cham Einspruch, daß Grassl für die örtlichen Verhältnisse untragbar sei. Man möge ihm einen Posten im Altreich verschaffen, um den berechtigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Vergeblich! Der Bevölkerung erscheint es auch heute unbegreiflich, wie man einen so heftigen Gegner der SdP¹⁹ in solch verantwortlicher Stellung belassen kann. Ein Beispiel für viele!

Im allgemeinen ist man bei der Besetzung der einzelnen Ämter ganz wahllos vorgegangen. Die politische Vergangenheit spielte keine Rolle, ebenso auch nicht die Zugehörigkeit zur damaligen SdP. Wenn die Bevölkerung gerade von den deutschen Stellen eine Gerechtigkeit, wenn nicht eine Bestrafung der ehemaligen Gegner erwartete, so sah sie sich in dieser Hinsicht sehr enttäuscht. Die verschiedensten Elemente waren nun plötzlich 100 %ige Nationalsozialisten.

Aus Markt Eisenstein wird über die unhöfliche und barsche Behandlung der

¹⁷ Die Rote Wehr wurde 1935 als Kampforganisation der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet. Später Republikanische Wehr genannt, stand sie wie die Partei bis zuletzt loyal zum tschechischen Staat. Vgl. Weg, Leistung, Schicksal. Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild. Gewidmet Ernst Paul zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1972, S. 383 ff.

¹⁸ S. Anm. 6.

¹⁹ Sudetendeutsche Partei nannte sich seit 1935 die am 1. Oktober 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront, deren Vorsitzender Konrad Henlein war. Sie erzielte bei den Wahlen 1935 68 % der deutschen Stimmen und drängte seitdem die Parteien des Aktivismus an die Wand.

Flüchtlinge²⁰ seitens der Geschäftsleute im Herbst 1938 berichtet. Ein Fall sei herausgegriffen:

„Eines Tages kam ein FS-Mann nach Vollzug eines Sonderdienstes nach Bayer. Eisenstein zurück und begab sich in den Gasthof Botschafter, um ein Mittagessen einzunehmen. Bei Edmund Botschafter jun. bestellte er. Als er nach längerer Zeit immer nicht bedient wurde — trotzdem andere nach ihm eingetretene Gäste ihr Mittagessen usw. erhielten — erinnerte er dreimal seine Bestellung. Mit irgendeiner Bemerkung wurde er zweimal abgetan. Das 3. Mal bekam er zur Antwort: Herrgott noch einmal, Sie werden es schon noch erwarten können, kommen da herüber und möchten sich vollfressen! Daraufhin verließ der Mann das Lokal.

Der von Bayer. Eisenstein nach Markt Eisenstein versetzte Gendarmeriemeister *Jankerschläger* enttäuschte. Statt der Bevölkerung, die die reichsdeutschen Verhältnisse und Gesetze nicht kannte, mit Rat an die Hand zu gehen, versuchte er zu „regieren“ und ahndete oft kleine unbewußt begangene Fehler mit schärfsten Mitteln. Er wurde unbeliebt. Der allgemeine Wunsch der Bevölkerung, den ehemaligen Gend. Postenführer von Bayer. Eisenstein, Leonhard *Mehlreter*, der als strenges, aber gerechtes „Auge des Gesetzes“ und Freund des Volkes bekannt war, nach Markt Eisenstein zu bekommen, blieb unberücksichtigt.

2. Partei — Staat

Vorneweg erklärt, wohl der heikelste Punkt. Zur Zeit des Aufbaues der Partei waren wohl in bezug auf die Aufnahme gewisse Richtlinien vorhanden. Diese wurden jedoch bald durchbrochen und es wurden Leute in die Partei aufgenommen, die auf Grund ihrer politischen Vergangenheit dazu gar keine Berechtigung hatten. Allgemein wunderte man sich, daß so viele Volksgenossen aufgenommen wurden, da doch die Mitgliedschaft in der Partei als eine Ehre gilt²¹. Auf die psychologische Einstellung der sudetenbayerischen Bevölkerung wurde keine Rücksicht genommen. In weiten Kreisen der Bevölkerung hat dies natürlich große Unstimmigkeiten hervorgerufen. Schon nach kurzer Zeit mußte ferner festgestellt werden, daß die Amtswalter aus dem Reiche infolge ihrer Unkenntnis der Verhältnisse die denkbar schlechtesten Erfahrungen machten. Schon in den ersten Wochen des Aufbaues der Partei wurden viele Amtswalter entschieden abgelehnt. Dazu kam noch, daß ihr persönliches Verhalten nicht der kämpferischen Einstellung der sudetenbayerischen Bevölkerung entsprach. Viele nächtliche Gelage fanden statt. Daß die Bevölkerung diese Gelage verurteilte, war nicht zu verwundern. Während der zwei letzten Kampf-

²⁰ Gemeint sind die Flüchtlinge, die seit Frühjahr 1938 aus dem Sudetenland ins Reich gegangen waren.

²¹ In Deutschland herrschte 1933—1937 Mitgliedsperre für die Partei. Nachher war der Zustrom sehr stark, nun auch im Sudetenland, wo die meisten SdP-Mitglieder den Parteieintritt beantragten.

jahre war es ein ungeschriebenes Gesetz, stets nüchtern zu sein. Betrunkenheit hatte den Ausschuß aus der Kampfgemeinschaft zur Folge. Dieses ungeschriebene Gesetz wurde nach der Eingliederung aber vollkommen mißachtet.

Tatsache ist, daß die Partei heute nicht mehr jenes Ansehen besitzt, welches zur Zeit der Eingliederung vorhanden war. Als Beweis diene beispielsweise folgendes: Als der Kreisleiter Pg. Schlemmer-Cham das erstmal in Neuern sprach, da jubelten ihm die Massen in heller Begeisterung entgegen. Die Bevölkerung war empfänglich für alles, was von der Partei ausging. Heute sind die Veranstaltungen der Partei so schwach besucht, daß mit Strafen gedroht wird, sollten die Veranstaltungen nicht besser besucht werden. „Los von Cham“²² lautet die Losung. Die führenden Persönlichkeiten gaben sich nicht die Mühe, sich in die Verhältnisse überhaupt einzufühlen. Man verglich die sudetenbayerischen Verhältnisse mit denen der Oberpfalz ohne zu bedenken, daß die sudetenbayerische Bevölkerung eine ganz andere politische Kampfzeit hat als die Bevölkerung der Oberpfalz und von Niederbayern.

Hierzu sei bemerkt, daß gerade das Neuerer Gebiet eine Sonderstellung einnehmen dürfte. Rein geographisch gravierte das Gebiet in das tschech. Land. Durch die Eingliederung wurde das Gebiet nicht nur von Eisenstein, sondern durch die Grenzsperr²³ auch von Klattau abgeschlossen. Ganz natürlich verlegte sich nun das Schwergewicht nach Cham (50 km). Groß war die Verwunderung der Chamer bei ihren Besuchen in Neuern, daß ohne Ausnahme mit „Heil Hitler“ begrüßt wurde. Für die Chamer eine ungewohnte Tatsache. Man fand für die Begeisterung nur ein mitleidiges Lächeln. Heute noch werden die Chamer von den Neuerer Leuten spöttisch mit „Grüß Gott“ empfangen!

Erwähnenswert ist ferner noch die weltanschauliche Schulung, die seitens der Partei einsetzte. Festzustellen ist dabei die Tatsache, daß die sudetenbayerische Bevölkerung politisch und weltanschaulich viel weiter ist als die Bevölkerung der Oberpfalz und von Niederbayern. Charakteristisch ist folgender Vorfall bzw. Gerücht, das bei der sudetenbayerischen Bevölkerung große Erheiterung hervorrief:

„Es wurde erzählt, daß in Weiden - Oberpfalz der Ortsleiter eine Versammlung abhielt. Der Ortsleiter sprach auch unter anderem über den Einfluß der Geistlichkeit. Da ertönte das Abendglöcklein. Hierauf nahm der Ortsleiter seine Gesinnung wahr und sprach: Parteigenossen, lasset uns beten! Nach Beendigung des Gebetes setzte der Ortsleiter seine Ausführungen über weltanschauliche Haltung wieder fort. (Angeblich zugetragen in Weiden - Oberpfalz im Jahre 1939).“

Die Stimmung über den Kreisleiter Pg. Schlemmer-Cham kam anläßlich der Einsetzung des neuen Ortsleiters in Neuern im Nov. 1939 zum Ausdruck: Beim Erscheinen des Kreisleiters im Saale herrschte eine kalte Stille. Kein einziger

²² Über die Kreiseinteilung von Partei und Staat siehe die Einleitung.

²³ Gemeint ist die Grenze zum Protektorat.

Zuruf, kein einziger lauter Gruß! Seit dieser Zeit hat der Kreisleiter in Neuern noch nicht gesprochen.

Groß war die Enttäuschung der Bevölkerung, als das Gebiet parteimäßig der Oberpfalz²⁴ zugeteilt wurde (Markt Eisenstein und Bergreichenstein zu Niederbayern = Zwiesel). Immer hoffte man, das Gebiet werde zum Sudetengau kommen. Umso größer war die Enttäuschung, als dies nicht eintrat. Das Neuerer Gebiet hatte z. B. nie irgendwelche Beziehungen zur Stadt Cham, weder wirtschaftlich, geistig oder politisch. Man hat das Gebiet einfach auf der Landkarte getrennt, ohne auf die politischen, wirtschaftlichen und volkstumsmäßigen Gründe Rücksicht zu nehmen. Sitz der Partei in Cham, Sitz des Landrates in Markt Eisenstein. Trotzdem Neuern eine ansehnliche Industrie besitzt, landwirtschaftlich besser ist als die Nachbargebiete, volkstumsmäßig hart an der Sprachgrenze liegt, hat man die Ämter nicht nach Neuern gegeben. Daß verwaltungsmäßig große Schwierigkeiten vorhanden sind, ist einleuchtend.

Auf Grund der Erfahrungen wird heute in den weitesten Kreisen der Bevölkerung der Ruf laut: „Heim in den Sudetengau!“ Parteimäßig sieht man dieser Stimmung weniger hoffnungsvoll entgegen. Einwandfrei wurde festgestellt, daß das Gebiet seit der Eingliederung in jeder Hinsicht benachteiligt wurde.

Bis zum 18. Oktober 1939 befand sich z. B. der Reichsnährstand²⁵ in Neuern. Durch Verfügung wurde der Reichsnährstand nach Cham verlegt. Die Landwirte sind nun gezwungen, in allen Fragen den weiten Weg (50 km) nach Cham zu unternehmen. Auf Grund der bestehenden Verkehrsverhältnisse eine Reise von 1 1/2 Tagen²⁶. Die damalige Verfügung hat unter der Bauernschaft große Erregung hervorgerufen. Eingaben und Vorsprachen blieben erfolglos. Über die parteipolitischen Verhältnisse ist auch die Bevölkerung von Markt Eisenstein verstimmt, die zur Kreisleitung Zwiesel gehört.

Am 10. 12. 1938 ließ die Ortsleitung der NSDAP in Markt Eisenstein durch Plakate verlauten, daß sich die Mitglieder der SdP, welche ihre Überführung in die NSDAP anstreben, sich am Sonntag — 11. 12. 38 — in der Kanzlei der SdP einzufinden haben. Ende dieser Meldungen am gleichen Tage 4 Uhr nachmittags. Jedes Mitglied sollte sich nach der Kundmachung selbst einschätzen, welchen Monatsbeitrag es zahlen kann und will. Diese Verlautbarung war insofern eine Irreführung der Mitglieder, denn bei der Meldung lag bereits ein Verzeichnis auf, nach welchem die Mitgliedsbeiträge schon vorgeschrieben waren. Beispielsweise wurden von den nachangeführten Personen folgende *Monatsbeiträge* verlangt:

²⁴ Gemeint ist die Angliederung an den Parteikreis Cham, das in der Oberpfalz liegt.

²⁵ Der Reichsnährstand war durch Gesetz vom 13. September 1933 (RGBl. 1933, I, S. 626) als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaft geschaffen worden, welche alle die umfaßte, die an der Ernährung des Volkes beteiligt waren. Vgl. auch Bauerntum und Landbau der Sudetendeutschen. München 1963, S. 479 ff. Hier ist die Kreisbauernschaft, Geschäftsstelle des Reichsnährstandes, gemeint.

²⁶ Neuern hatte zwar Bahnverbindung zu Bayerisch-Eisenstein, von dort über Regen nach Cham, nicht aber über Taus, da diese Strecke durch das Protektorat lief.

Zickler Ludwig, Holzhändler	30.30 RM
Gotz Max, Kaufmann	20.00 RM
Pfohl Alois, Händler	10.00 RM
Sperl Eduard, Privatbeamter	6.30 RM
Michel Hans, Schuldirektor	7.30 RM
Sperl Konrad, Amtsrat i. R.	30.30 RM

Zickler, Pfohl, E. Sperl haben die Zahlung der Beiträge in der verlangten Höhe abgelehnt. Einem Mitbegründer der NSDAP²⁷ in Markt Eisenstein im Jahre 1920 (Konrad Sperl), Schriftwart und Propagandaleiter der NSDAP von 1920 bis zur Auflösung am 5. 10. 1933, Mitbegründer und Schriftführer des deutschen Turnvereins auf arischer Grundlage usw., wurde die Antwort auf den Einwand, seine Vermögensverhältnisse gestatten ihm den hohen über 30.— RM liegenden Monatsbeitrag nicht (Einkommen: 250.— RM) gegeben: „Sie brauchen auch gar nicht bei der Partei zu sein!“

Man übergeht heute schon bewußt die Kreisleitung und wendet sich direkt an die Gauleitung, was wieder eine Folge hatte, daß in den einzelnen Tagungen das ausdrückliche Verbot verlautet wurde, sich nicht an die Gauleitung, sondern zuerst an die Ortsleitung zu wenden. Verstärkt treten Klagen über die Verwaltung in der Partei auf. Grundsätzlich wird der Standpunkt vertreten, daß sich die Pg. in allen Fragen an die Partei zu wenden haben. Dies geschieht auch. Viele Fälle geben aber Anlaß zur Klage, daß die eingegebenen Fälle entweder überhaupt nicht behandelt werden oder die Erledigung dauert solange, daß der Pg. gezwungen ist, sich an höhere Stellen zu wenden, was ihm aber wieder eine Rüge seitens der Ortsleitung einträgt. Der Pg. weiß sich nicht mehr zu helfen und meint, daß der Papierkrieg nicht mehr enden will.

a) Der Parteigenosse Josef Pscheidl bewirbt sich im Zuge der Entjudung²⁸ um ein kleines Häuschen (1 Küche, 1 Schlafrum, 1 Stall für 2 Ziegen). Das Häuschen gehört zu den Stahlwerken Bernt, welche vom SS-Mann Zettl erworben wurden. Pscheidl wendet sich an die Partei. Diese erledigt den Fall nicht, trotzdem Pscheidl den entsprechenden Bescheid der Regierung Niederbayern-Oberpfalz schon in Händen hat. Pscheidl wendet sich an die Kreisleitung. Der Fall bleibt auch hier unerledigt. Pscheidl interveniert in Cham, was mit großen Kosten verbunden ist. Nach wiederholten Eingaben wird der Fall an die Ortsleitung abgetreten. Der Ortsleiter gibt im Beisein von Zeugen dem Pscheidl das Versprechen, daß er das Häuschen nun endlich bekomme. Nach weiterem Zuwarten von 3 Monaten schreibt Pscheidl einen Brief an den Ortsleiter, worin er auf das gegebene Wort hinweist. Der Fall ist bis heute trotz vieler Versprechungen unerledigt.

b) Der Bäcker Josef Meier hat im Zuge der Entjudung um ein Haus angesucht, um dort seine Bäckerei zu erweitern. In Unkenntnis übergang er die

²⁷ Offensichtlich mit DNSAP verwechselt. Vgl. oben Anm. 3.

²⁸ Am 12. November 1938 war die Verordnung zur Ausschaltung von Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben in Kraft getreten (RGBl. 1938, I, S. 1580, ebenso S. 1642 und 1902).

Partei und wandte sich sofort an die Regierung in Regensburg. Nach 4 monatigem Warten wurde ihm der Bescheid übermittelt, daß er das Haus bekomme. Meier bemühte sich nun um neue Maschinen für seinen Betrieb. Nun kam die Partei. Vorwürfe, er habe die Partei übergangen: „Wäre der Fall über die Partei gegangen, wäre er schon erledigt.“ Vor 4 Wochen wurde der Preis des Hauses von der Regierung bestimmt. Meier hinterlegte den festgesetzten Preis bei der Sparkasse. Und nun kommt neuerdings die Partei. Im Hause des M. wohnt die Frauenschaftsleiterin²⁹ Josefine Rank. Sie bewohnt 3 Räume. 2 Räume benutzt sie für ihren Betrieb (Steppdeckenerzeugung) und 1 Schlafrum. Da nun Meier für seinen Bäckereibetrieb die Räume benötigt, setzte er sich mit der Partei ins Einvernehmen und verschaffte der Rank 4 Räume in derselben Größe und in günstigerer Lage und in einem schöneren Hause. Rank lehnte ab. Auch die Partei erklärte, sie hätte nun keinen Einfluß, die Rank zum Übersiedeln zu veranlassen. Der Bürgermeister wies Meier an die Partei, die Partei wies ihn zum Bürgermeister. Bis heute ist der ganze Fall nicht erledigt. Meier hat täglich einen effektiven Verlust, da er seinen Betrieb nicht einbauen kann und die neuen, modernen Maschinen unbenutzt liegen. Die Maurer, welche den Umbau vornehmen sollten, wurden anderweitig eingesetzt. Der Fall wird in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen. Man ist der berechtigten Meinung, daß es sich hier um die Frauenschaftsleiterin handelt und hier nicht entsprechend von der Partei gehandelt wird. Einwandfrei steht fest, daß die Ersatzräume besser sind als die im Hause des Meier³⁰.

3. Verwaltung

a) Beamte aus dem Altreich

Es war selbstverständlich, daß die leitenden Stellen der Behörden und Ämter mit Beamten aus dem Altreiche besetzt wurden. Diese Beamten kamen herein und hatten wenig Ahnung vom Leben und Wirken der sudetenbayerischen Bevölkerung. Mit Verwunderung blickten sie auf die Einrichtungen, die bereits bestanden. Gerade in dieser Hinsicht ergaben die geführten Ermittlungen unglaubliche Erkenntnisse. Die reichsdeutschen Beamten namen allgemein an, daß hier Menschen wohnten, die in ihrer kulturellen Entwicklung noch sehr weit zurück seien. Man staunte über die Villen und großen Häuser der Orte.

²⁹ Die NS-Frauenbereitschaft (NSF) war eine Gliederung der Partei.

³⁰ Zu beiden Fällen, die sich in Neuern abspielten, nahm die Regensburger Regierung am 17. Oktober 1940 Stellung. Es handelte sich einmal um den jüdischen Betrieb Gabelwerke Neuern. Die Bewerber Brüder Zettl hatten sich danach schon für eines der Arbeitshäuser einem Gabriel Pruchner verpflichtet, der sein Anwesen wegen wirtschaftlicher Bedrängnis an den Betrieb hatte verkaufen müssen; mehr konnte man aber nicht entbehren. — Im Fall des Bäckers Meier schob Regensburg die Schuld auf die Gauleitung, gegen die man sich jedoch durchgesetzt habe. Wann freilich die Frauenschaftsleiterin die Wohnung verlasse, sei eine zivilrechtliche Streitsache. — Der Bericht der Regensburger Regierung, auf den künftig mehrfach Bezug genommen wird (Nr. 6510 e 93; Referent: Oberregierungsrat Dr. Fritsch), ist erhalten in MA 105947.

Man staunte über den Menschenschlag, den sie vorfanden. Sie staunten vor allem über die tiefe und treue Gesinnung und die große Liebe zum Führer. Nach den Äußerungen vieler Beamten zu schließen, stellten sich diese das Gebiet ungefähr folgendermaßen vor: Lehmhütten, überaus schlechte Straßen, nur ungebildete Bauern, keine Schulen, keine Bahn, ein von Tschechen unterwandelter Volksstamm, hinterlistig, in ihrem Charakter den Tschechen verwandt, kurz eine Gegend in jeder Hinsicht am Tiefstande. Umso größer war das Erstaunen, als das alles nicht zutraf.

Anfangs war das Verhältnis zwischen den Beamten aus dem Altreiche und der sudetendeutschen Bevölkerung das denkbar schlechteste. Es dauerte 2 Jahre bis sich das Verhältnis änderte. Heute ist dieser Zustand noch nicht ganz überwunden. Von vielen Reichsdeutschen, seien es die Beamten der Post, Bahn, Zoll oder auch Partei, werden die sudetenbayerischen Volksgenossen teilweise als „Staatsbürger zweiter Klasse“ betrachtet. Was von der Bevölkerung besonders verurteilt wird, das ist die Tatsache, daß die Beamten aus dem Altreiche mit wenigen Ausnahmen nicht Angehörige irgendeiner Gliederung sind. Auch in der Partei sind sie nicht tätig. Ihre Frauen sind mit wenigen Ausnahmen auch nicht bei der NSF. Es herrscht in der breiten Masse die Meinung vor, daß sich die Reichsdeutschen bewußt von der sudetenbayerischen Gesellschaft ausschließen. Sie zeigen sich in der Tat den Volksgenossen gegenüber abgeschlossen, teilweise „überheblich“, was zu einem guten Verhältnis nicht führen kann. Bei der überdies stammesgemäßen Verschlossenheit der Bevölkerung kann ein richtiges Vertrauensverhältnis nicht zustandekommen. Es herrscht die allgemeine Meinung vor, daß gerade die Beamten aus dem Altreiche in jeder Hinsicht vorbildlich sein sollen. Dies kann gegenwärtig nicht angenommen werden. Das Benehmen der Beamten der Bevölkerung gegenüber läßt jedenfalls zu wünschen übrig. Sei es auf der Post, Bahn und dgl. die Kunden werden bei verlangten Auskünften nicht immer gerade freundlich behandelt. Dies führte schon zu verschiedenen Klagen. Vielfach entschuldigt man das mit der sprichwörtlichen „Bayerischen Grobheit“. Es wird aber festgestellt, daß sich in letzter Zeit das Verhältnis der Beamten aus dem Altreich und der Bevölkerung wesentlich gebessert hat. Bei gegenseitiger Akklimatisation dürfte ein ganz erträgliches Verhältnis zustande kommen. Der allgemeine Wunsch geht nur dahin, daß sich die Beamten aus dem Altreich auch am Aufbau durch tatkräftige Mitarbeit in allen Gliederungen betätigen sollten.

b) Post

Allgemein wird Klage geführt, daß bei der Post wenig geschulte Kräfte vorhanden sind und daß die Abwicklung der Geschäfte sehr viel Zeit braucht. Viele Schalterbeamte verfügen über eine erstaunende Unkenntnis der Vorschriften. Bei kleinen Auskünften werden zuerst Bücher hervorgebracht und dann erst das Richtige gefunden. Geographie scheint bei den Postangestellten überhaupt ein Übel zu sein. So wurde ein Brief nach „Ecuador“ aufgegeben. Der Beamte hatte keine Ahnung, wo das Land überhaupt liege. Der Postmei-

ster mußte zur Hilfe gerufen werden. Ein anderer war im Zweifel, ob Amberg³¹ in Preußen oder in Bayern liege. Als eine neuere Firma mehrere Pakete aufgab, sagte ein Postbeamter: „Himmelherrgott, schon wieder soviele Pakete. Müßt Ihr denn soviele Pakete immer schicken?“ Nachdem der Postbeamte belehrt wurde, daß er kein Recht habe, solche Äußerungen zu tun, entspann sich ein Wortwechsel, bei dem zu sehen war, daß dieser Postbeamte von einem Dienst am Kunden keine Ahnung hat.

Als großes Übel wird empfunden, daß der Markenverkauf teilweise nur auf der Post stattfindet³². Wegen oft einer Briefmarke stellen sich eine Menge von Leuten an und der Postbeamte wird in seiner anderen Arbeit nur aufgehalten. Oft kommt es natürlich vor, daß sich der Schalterbeamte in seiner Ruhe nicht stören läßt und ruhig die Leute vor dem Schalter warten läßt und er inzwischen seine Rechnungen vollendet. Erst auf ein Murren der Wartenden entschließt er sich, die Kunden zu bedienen. Diesbezügliche Vorstellungen beim zuständigen Postmeister haben an diesem Zustande noch wenig geändert.

c) Bahn

Das Fehlen von Fahrplänen auf einzelnen Bahnhöfen wird allgemein beanstandet. Will ein Reisender Auskunft über die Zugverbindung nach Prag und Pilsen haben, muß zuerst das Bahnamt in Klattau (Protektorat) angerufen werden. Ferner wird allgemein die Unsauberkeit der reichsdeutschen Wagen bemängelt. Im Verhältnis zu den Wagen des Protektorates sind die deutschen Wagen mehr als schmutzig³³. Die Ursachen dieses Mangels konnten nicht ermittelt werden.

Die *Verkehrsverhältnisse* müssen auch unter Berücksichtigung des Kriegszustandes als sehr ungünstig bezeichnet werden. Von Passau nach Prachatitz³⁴ und umgekehrt benötigt der Zug ungefähr 5 1/2 bis 6 Stunden. Diese Saumseligkeit dürfte nur darauf zurückzuführen sein, daß die Fahrzeiten nach ganz alten Berechnungsgrundlagen festgestellt sind und daß auf jeder Station lange gewartet werden muß, um mit dem Fahrplan zurecht zu kommen. Dabei muß auf Anschlüsse keine Rücksicht genommen werden, weil es ja selber eine Nebenstrecke ist und weil die Sackanschlüsse nach Krumau, Winterberg, Freyung von dieser Strecke abhängen. Alle bisherigen Ansuchen und Vorhaltungen wurden von der zuständigen Bahnstelle rigoros abgelehnt. So kommt es, daß möglichst viel mit dem Postauto gefahren wird, was hier wieder zu furchtbaren Überlastungen und zu ständigen Unzuträglichkeiten führt. Andererseits ist die

³¹ Amberg, kreisfreie Stadt in der Oberpfalz. — Die Reichspostdirektion Landshut erklärte, ihr lägen keine Beschwerden vor (Anm. 30).

³² In der Tschechoslowakei war das österreichische System des Markenverkaufs an Traffiken übernommen worden.

³³ Die Reichsbahndirektion Regensburg erklärte ebenfalls, ihr lägen keine Beschwerden vor (Anm. 30).

³⁴ Ca. 100 km. Die Reichsbahn erklärte dies mit der Eingleisigkeit der Strecken und deren schlechtem Zustand. Doch seien verschiedene Verbesserungen bereits erfolgt, die erwünschte Abendverbindung (s. unten) hergestellt. Der Krieg lasse aber Verbesserungen nur beschränkt zu (Anm. 30).

Postautoquerverbindung von Prachatitz mit dem oberen Böhmerwaldgebiet — Bergreichenstein, Eisenstein bsw. — so, daß man ohne Übernachtung nicht auskommt, während Fahrten durch das Protektorat nicht in Frage kommen. Als sehr zurücksetzend wird es empfunden, daß der Abendzug von Passau nur nach Waldkirchen geht und man dort übernachten muß, während als Anschluß daran auf der kleinen Flügelstrecke nach Freyung ein Motorzug weitergeht. Über die Post- und Frachtzustellung selbst kann nicht geklagt werden, außer wieder in Querrichtung durch den Böhmerwald. (Prachatitz = Bergreichenstein, Mkt. Eisenstein, Neuern und umgekehrt.)

Sehr unangenehm ist es, daß auf Grund von Vorschriften Durchlaßscheine³⁵ für die Fahrt z. B. von Prachatitz ins Egerland oder ins obere Böhmerwaldgebiet grundsätzlich nicht ausgestellt werden können. Dadurch werden die Leute gezwungen, den Umweg über Passau—Plattling, Eisenstein oder womöglich über Passau—Regensburg—Eger mit Übernachtung daselbst zu machen. Dafür wird der Umstand weidlich ausgenützt, daß man mit Grenzschein nach Husinec gehen und von dort ungehindert und unkontrolliert nach Prag, Budweis usw. fahren kann. Diese Zwiespältigkeit in den Bestimmungen wirkt sich moralisch sehr schlecht aus, weil die Leute sozusagen bewußt schwindeln. Für das Bergreichensteiner Gebiet wäre eine direkte Verbindung mit Passau von großer Bedeutung. Dies dürfte nicht unüberbrückbare Schwierigkeiten kosten, da die Autolinie bis Außergefild geht und brauchte diese nur über Innergefild, Haidl, Unterreichenstein nach Bergreichenstein verlängert werden³⁶. Die Fahrten über Eisenstein nach Passau sind für die Wirtschaft zeitraubend und jetzt fast unmöglich. Für Bergreichenstein ist Passau die wirtschaftlich wichtigste Stadt.

Seitens des Fremdenverkehrsverbandes Bayerische Ostmark in Bayreuth wurde szts. versprochen, das bayerische Sudetengebiet für den *Fremdenverkehr* ganz groß aufzuziehen und zu fördern, weil dasselbe ja sehr industriearm und auf den Fremdenverkehr angewiesen ist. Geschehen ist aber heute soviel wie gar nichts. Im Gegenteil wird nun die Sache so betrieben, daß eine Förderung keinesfalls zu erblicken ist. So sollte beispielsweise die Gemeinde Markt Eisenstein an den Fremdenverkehrsverband in Bayreuth einen Beitrag für das Jahr 1939 von rund 1 000.— RM leisten, trotzdem die Gemeinde in diesem Jahr an Sommergästen nichts hatte als die KdF-Besucher³⁷, die von der Fremdenabgabe befreit sind, und trotzdem das Wirtschaftsministerium nahegelegt hatte, diese Beiträge von den Böhmerwaldgemeinden vorerst nicht zu erheben. Der Bürgermeister hat auch den Beitrag bis heute noch nicht bezahlt. Weiter wurde das einzigartige Hotel „Rixi“ in Mkt. Eisenstein vom Finanzministerium an-

³⁵ Zur Fahrt durch das Protektorat. — Husinec ist 5 km von Prachatitz entfernt und liegt ebenfalls an der Bahn.

³⁶ Die Kraftpostverbindung Bergreichenstein—Prachatitz, die zweimal durch das Protektorat führte, war im September 1940 eröffnet worden, ließ die Reichspostdirektion Landshut wissen. Eine direkte Verbindung Bergreichenstein—Passau sei besonders im Winter kaum durchführbar, doch denke man an eine Linie Bergreichenstein—Schüttenhofen, die allseits gewünscht werde (Anm. 30).

³⁷ Das Werk „Kraft durch Freude“ in der DAF vermittelte günstige Pauschalreisen.

gekauft und als Erholungsheim für Finanzbeamte und -Angestellte erklärt. Für den allgemeinen Verkehr wurde dasselbe geschlossen. Da es sich hier um das einzige wirklich erstklassige Hotel handelt, wäre es nur am Platze gewesen, dieses Hotel wenigstens noch für solange dem öffentlichen Verkehr offen zu halten, bis in Mkt. Eisenstein etwas ebenbürtiges geschaffen ist³⁸.

d) Finanzwirtschaft

Das *Steueraufkommen* in den Bezirken Mkt. Eisenstein, Bergreichenstein und Prachatitz ist befriedigend. Das Aufkommen liegt beispielsweise beim Finanzamt Mkt. Eisenstein wie folgt:

	Einkommensteuer	Kriegszuschlag	Umsatzsteuer
April 1940	25 500	27 000	84 000
Mai 1940	31 000	29 000	44 000
Juni 1940	30 000	28 500	31 500

Vergleichszahlen aus dem Vorjahre stehen nicht zur Verfügung (das Amt besteht erst seit 1. August 1939). Die *Steigerung* gegenüber dem tsched. Staat beträgt mindestens um 300 % mehr. Das Aufkommen an Einkommensteuer dürfte infolge der Kriegsverhältnisse geringer sein als ursprünglich erwartet werden konnte; das Umsatzsteueraufkommen wird voraussichtlich gleich bleiben, da hier durch Verlagerung ein Ausgleich geschaffen ist.

Die *Steuermoral* ist gut. In der Tschechoslowakei war die Steuermoral³⁹ auf sehr tiefem Stande. Viel vermögende Leute nützten das *Decknamenssystem* aus und bezahlten oft von ihren beträchtlichen Einkommens- und Vermögenswerten fast überhaupt keine Steuern, weil sie eben die Erklärungen dementsprechend abfaßten. Die *Steueramnestie*⁴⁰ hat die lästigen Rückstände der früheren Jahre verschwinden lassen. Es ist daher eine gewisse Bereinigung der alten oft lange Jahre währenden Steuerangelegenheiten erfolgt. *Mehreinkommensteuer*⁴¹ ist im bayerischen Sudetenland noch nicht eingeführt. Die Wirkung der *Einkommensteuerbescheide* muß erst abgewartet werden (Bescheide sind z. Zt. noch nicht zugestellt).

³⁸ Die Regierung in Regensburg bestätigte, daß in Eisenstein über die Schließung des Rixi große Erregung herrsche, „zumal man die Schließung des Hotels auf die Wettbewerbsbestrebungen der Osseg, die Eigentümerin des Hotels Prokop und des Hotels am Spitzberg (Böhmerwaldhotel) ist, zurückführt“. Im übrigen begründete man den Niedergang des Fremdenverkehrs damit, daß den Böhmerwald früher vor allem die Prager und andere Besucher aus der Tschechei aufgesucht hätten. Man hoffe deshalb auf baldige Aufhebung der Zollgrenze (vgl. Anm. 45).

³⁹ Vgl. Schreitter-Schwarzenfeld, Julius: Die Finanzwirtschaft der sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938. München 1965, S. 99 f. (Wissenschaftliche Materialien zur Landeskunde der böhmischen Länder 6).

⁴⁰ Zweite Verordnung zur Einführung steuerrechtlicher Vorschriften in den sudetendeutschen Gebieten vom 5. November 1938 (RGBl. 1938, I, S. 1556).

⁴¹ Zur Mehreinkommensteuer, die zur Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben gedacht war und am 21. August wieder abgeschafft wurde, vgl. das Gesetz vom 20. März 1939 (RGBl. 1939, I, S. 561).

Der *reichsdeutsche Steuertarif* liegt um ein Vielfaches höher als der tschechische. Die Folge werden große Nachzahlungen und gewaltig erhöhte Vorauszahlungen für 1940 sein. Bei den Steuerzahlern wird eine große Enttäuschung befürchtet. Im bayerischen Sudetengebiet wäre eine *langsamere Angleichung* politisch angebracht gewesen. Mit zunehmender Unzufriedenheit auf steuerlichem Gebiet muß in nächster Zeit gerechnet werden. Zur Beruhigung kann evtl. den Pflichtigen nur entgegengehalten werden, daß das Reich durch den Krieg einen höheren Finanzbedarf hat als in Friedenszeiten. „Große Zeit — große Opfer usw.“.

Die Frage der Zuständigkeit ist bisher nicht geklärt. In Finanzsachen untersteht das sudetenbayerische Gebiet dem Oberfinanzpräsidenten in Karlsbad (Sudetengau); in wirtschaftl. Hinsicht gehört das Gebiet zur Industrie- und Handelskammer sowie zur Handwerkskammer Passau. *Zum Beispiel:*

„Bevor der Beschluß über die Einziehung des Vermögens des Juden Leopold Goldbach in Neuern seitens der Staatspolizeistelle Regensburg gefaßt wurde, ist Rücksprache mit dem Oberfinanzpräsidenten in Karlsbad genommen worden, welches Oberfinanzpräsidium zur Durchführung der Verwertung des beschlagnahmten Vermögens zuständig ist. Das Oberfinanzpräsidium Karlsbad erklärte, für das gesamte einschließlich das dem Lande Bayern angegliederte sudetendeutsche Gebiet zuständig zu sein. Eine Entschließung des Staatsministeriums der Finanzen in München bezeichnet den Oberfinanzpräsidenten in Nürnberg — Zweigstelle Regensburg — als die Behörde, die für die Verwertung des beschlagnahmten Vermögens zu verständigen ist. Andererseits herrscht aber völlige Unklarheit darüber, ob das Oberfinanzpräsidium Nürnberg *grundsätzlich* für die Verwertung von beschlagnahmten Vermögen in den dem Bayer. Staat angegliederten sudetendeutschen Gebieten zuständig ist. Nach Mitteilung der Zweigstelle Regensburg ist der Oberfinanzpräsident Nürnberg u. a. für die Oberpfalz, der Oberfinanzpräsident München u. a. für Niederbayern zuständig.“

Ein weiterer *charakteristischer Fall* aus der Praxis sei herausgegriffen:

Der Landwirt *Urban* aus Holletitz suchte um ein *Stipendium* für seine Tochter an und mußte verschiedene Unterlagen vom Finanzamt haben. Das Finanzamt teilte ihm mit, daß dieses Stipendium nur für Angehörige der „B. O.“⁴² gelte und er als Sudetendeutscher keinen Anspruch auf dieses Stipendium habe. Auf die Erklärung des Urban, daß er doch zur „B. O.“ gehöre, wurde ihm neuerdings der Bescheid gegeben, daß er Sudetendeutscher sei.

e) Verwaltung

Die Arbeit in der Verwaltung (Landrat, Gemeinde) wickelt sich im großen und ganzen reibungslos ab: Große Arbeitsüberlastung und Personalmangel wie im Altreich. Unruhe brachte ein Erlaß, wonach Anwärter und jüngere Beamte

⁴² Bayerische Ostmark (Gau der Partei, mehrfach auch allgemein als Bezeichnung für Ostbayern gebraucht).

später nicht auf Beförderung oder auf führende Stellen in der Partei rechnen könnten, die nicht zur Wehrmacht einberufen werden. Der Geheim-Erlaß wurde überall bekannt; über ihn debattierte man am Wirtshaustisch. Die als unabhkömmlich erklärten Anwärter drängten nun zur Truppe ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Ämter. Der Frick-Erlaß brachte wieder die Beruhigung: Der Heimatdienst im Fall der Unabhkömmlichkeit wurde als gleichwertig in beamtenpolitischer Hinsicht erachtet.

Das Verhalten der Beamten gegenüber der Bevölkerung ist im allgemeinen einwandfrei. Das gilt mit wenigen Ausnahmen auch von dem Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Beamten.

Im Winter 1939/40 wurden in der Ostmark und im Sudetengau *Zusatzpunkt-karten* für den Teil der Bevölkerung eingeführt, der infolge der Not in den vergangenen Jahren sich selbst mit dem Notwendigsten nicht hatte eindecken können. Erst auf Betreiben der Partei wurde die Angelegenheit auch im sudetenbayerischen Gebiet in Angriff genommen. Bei einer Besprechung in Mkt. Eisenstein wurde in Gegenwart der Vertreter der drei in Frage kommenden Landkreise von einem Mann des Bez. Wirtsch. Amtes Fürth, welcher mit den Verhältnissen und mit der Materie nicht im Geringsten vertraut war, die Forderung gestellt, in aller kürzester Zeit alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Termin war der 15. Mai. Die Partei schaltete sich mit allen ihren Amtswaltern ein und es gelang, in ca. 10 Tagen für jeden Menschen die Fragebögen auszufüllen, den Grad der Bedürftigkeit festzustellen und danach und nach der Einkommensgrenze (200—250 RM) die Anträge auf 30, 50 oder 70 Zusatzpunkte weiterzugeben. Seither herrschte Stillschweigen! Wirtschaftskreise sind der Ansicht, daß kaum mehr Hoffnung auf Verwirklichung der Zusatzpunkte besteht, obwohl im Sudetengau und in der Ostmark die ganze Angelegenheit längst erledigt ist⁴³. Erfolg: Verärgerung, Lächerlichmachung der Partei und teilweise schwere Unzulänglichkeiten in der Versorgung.

Das Kaufhaus Sperl, Mkt. Eisenstein, hat sich neuerdings — 15. 7. 40 — mit folgendem Schreiben an das zuständige Wirtschaftsamt gewandt:

„In unserem Geschäft hören wir *tägliche Klagen* über den großen Mangel an Wäsche und Kleidung, welcher sich besonders bei den Holzhauern und landwirtschaftlichen Arbeitern sehr nachteilig auswirkt.

In den Zeiten der Arbeitslosigkeit konnten sich die Leute nichts anschaffen und besaßen viele nur noch Lumpen. Andere wurden bekanntlich in den Tagen vor dem Anschluß an das Reich von den Tschechen geplündert und ausgestohlen. Da der strenge Böhmerwaldwinter unbedingt wärmste Kleidung erfordert, haben viele Leute Bezugscheine auf warme Wäsche und Wolle zum Stricken von dicken Socken und Fäustlingen angefordert, diese auf Bezugschein genommenen Waren wurden bekanntlich von der Kleiderkarte in Abzug gebracht. Für einen Holzhauer ist der Mindestbedarf an Wolle für 2 Paar Socken, 1 Paar Fäustlinge und 1 Paar Schneestrümpfe = 1 Kilogramm, das sind 70

⁴³ Nach dem Bericht der Regierung wurde inzwischen die Erwartung erfüllt (Anm. 30).

Punkte! Logischerweise braucht er diese Fäustlinge, Socken und Schneestrümpfe in größerer Anzahl, da diese von Schnee und Eis auch trocknen müssen. Ebenso braucht der Holzhauer warme Wäsche und auch einmal ein Kleidungsstück, ebenso Stücke Spinnstoff zum Ausbessern der sehr in Mitleidenschaft gezogenen Kleidung. Ähnlich verhält es sich bei unseren Waldbauern.

In Erwartung der Kleiderzusatzkarte hat sich die hiesige arbeitende Bevölkerung bisher mit Lumpen beholfen, welche aber in den meisten Fällen nicht mehr zu gebrauchen sind. Wir weisen darauf hin, daß uns der größte Teil unserer Sommerware durch den Mangel an Punkten liegen bleibt und wir nicht in der Lage sind, die Punkte zur Warenbeschaffung für die kalte Jahreszeit aufzubringen. Die Winterbestellungen sind, wie Ihnen bekannt sein dürfte, jetzt schon aufzugeben, wenn ein den Verhältnissen entsprechender Wareneingang erfolgen soll. Wir weisen auf diesen Übelstand dringend hin, weil wir uns für die Spinnstoff-Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit verantwortlich fühlen. Es ist uns unerklärlich, warum gerade in unserem Gebiet die Zusatzkarten nicht ausgefolgt werden, während im Sudetengau auch an weniger Bedürftige bis zu 70 Zusatzpunkte ausgefolgt wurden. In diesem Gebiet, wo die Textil-Industrie zuhause ist⁴⁴ und keine Plünderungen seitens der Tschechen stattfanden, hat die Bevölkerung einen solchen Mangel an Spinnstoff nie empfunden als der hier *so sehr benachteiligte Böhmerwäldler*. Wir bitten das zuständige Amt, die Zusatzkarten ehemöglichst auszugeben, resp. die hier verantwortlichen Stellen von dem großen Übelstand zu unterrichten.“

Ein Landrat sah sich auf Grund vieler Anfragen hinsichtlich „Zusatzkarte zur Reichskleiderkarte für Sudetendeutsche“ veranlaßt, an die Bürgermeister u. a. folgende Aufklärung zu geben — 15. 7. 40 —:

„Die Zusatzkleiderkarte wurde vom Reichswirtschaftsminister genehmigt. Die Ausgabe derselben kann jedoch erst nach Gewährung von Punktzuschüssen an die Textileinzelhändler erfolgen. Die Gewährung von Punktzuschüssen ist in die Wege geleitet und von der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete *in Aussicht gestellt*.“

Die *Aufhebung der Grenzen* gegen das Protektorat⁴⁵ wird dem bayerischen Sudetenland wirtschaftliche Vorteile bringen. Das Grenzgebiet verspricht sich folgendes: Die Gastbetriebe in den Fremdenverkehrsorten erhoffen sich eine Belebung des Fremdenverkehrs, der 1939 trotz aller Förderung äußerst schwach war. Dies gilt besonders für den Wintersport. Es ist aber anzunehmen, daß der Fremdenzustrom aus dem Protektorat nie auch nur entfernt die frühere Höhe erreichen wird. Die Kaufleute und Gewerbebetriebe können wieder mit ihren früheren Lieferanten in Verbindung treten und teilweise tatsächlich viel schneller und einfacher beliefert werden. In vielen Fällen wird dadurch wirtschaftlich die tschechische Stellung gestärkt.

⁴⁴ Gemeint ist das Gebiet um Reichenberg.

⁴⁵ Die Aufhebung der Zollgrenze gegenüber dem Protektorat erfolgte am 16. September 1940 (RGBl. 1940, I, S. 1238).

Auf volkspolitischem Gebiet ist größte Vorsicht von Nöten, da zu beobachten ist, daß sich das sudetenbayerische Gebiet immer mehr und mehr entvölkert. Wenn es auch keine tschechischen Minderheiten gibt, so können doch die nächsten Jahre eine langsame Unterwanderung vom Protektorat her bringen, wenn im sudetenbayerischen Gebiet nicht Arbeitsmöglichkeiten für die heimische Bevölkerung geschaffen werden⁴⁶. Den größten Nachteil auf volkspolitischem Gebiet wird die *geplante neue Kreiseinteilung* bringen, wo an der Sprachgrenze Mamutkreise mit Kreisämtern in Zwiesel und Cham, also sehr weit von der Grenze weg geschaffen werden sollen. Auf tschechischer Seite stehen diesen beiden abgelegenen Kreisstädten sehr nahe an der Sprachgrenze die Kreisämter Taus, Klattau, Schüttenhofen und Strakonitz gegenüber, also eine weit bessere Position.

An der Sprachgrenze sollten kleine, *nur das Grenzgebiet umfassende Landkreise* geschaffen werden. Unbedingt muß durchgesetzt werden, daß die Landratsämter in Mkt. Eisenstein und Bergreichenstein erhalten bleiben. Sollte der Landkreis Bergreichenstein auf die Dauer zu klein sein, so kann er mit dem Landkreis Mkt. Eisenstein zu einem Kreis von mehr als 50 000 Einwohnern vereint werden, es fragt sich aber, ob selbst ein solcher Kreis hier an der Grenze nicht zu groß sei. Die Verlegung der Kreisämter nach Zwiesel oder Cham bringt unabweislich eine Entvölkerung der Sprachgrenze und ein Vordringen des nationalen Gegners mit sich. Immer wieder zeigt es sich, daß die *Aufteilung des Böhmerwaldgebietes* auf 3 Gaue (Bayer. Ostmark, Ober- und Niederdonau) sich wie in mancher anderen Hinsicht *vor allem in grenzpolitischer Hinsicht sehr nachteilig auswirkt*. Unbedingt notwendig wird es sein, die Frage der Sprachgrenze von Taus bis Neubistritz in *eine Hand* zu legen, unabhängig von Gaurücksichten⁴⁷.

f) Recht

Die Aufbauarbeit im sudetenbayerischen Gebiet ist so gut wie beendet, wenigstens nach außen hin. Die Grenzen zwischen dem Protektorat Böhmen sind noch nicht endgültig fest gezogen und sind deswegen die Grundbücher noch nicht sämtlich überführt. Die Anlegung des neuen Grundbuches nach Altreichsrecht ist noch nicht durchgeführt. Die sudetendeutschen Richter haben sich die materiell-rechtlichen Vorschriften des Altreichsrecht mit großem Fleiß angeeignet, daß die Überleitung ohne Stockung vor sich ging (das Altreichsrecht ist seit 1. 3. 1939 auf dem Strafrechtsgebiet, seit 1. 7. 1939 auf dem Zivilrechtsgebiet mit VO

⁴⁶ Regensburg verwies hierzu auf die Besprechung in der bayerischen Staatskanzlei (s. Einleitung), wo diese Fragen bereits behandelt wurden. Am 22. Mai 1940 wandte sich Regierungspräsident Wimmer erneut an die Staatskanzlei und wies auf die Gefahr der völligen Entvölkerung des Böhmerwaldes hin. So seien vor kurzem die Sodaliefernungen für die Kristallglasfabriken eingestellt worden, was 2500 Arbeiter bedroht habe (mittlerweile abgestellt). Dabei wandte er sich auch gegen Untersuchungen, die im Böhmerwald der Reichskommissar für die Wiederbesiedelung des deutschen Ostens anstelle (MA 150947).

⁴⁷ Von Taus bis Neubistritz reichten die Bayern und Österreich einverleibten sudetendeutschen Gebietsteile. — Zur Landkreisgliederung vgl. die Einleitung.

v. 16. 1. 39 RGL. I S. 38 bzw. VO v. 24. 6. 39 RGL. I S. 1049 eingeführt). In formalrechtlicher Beziehung fehlt den sudetendeutschen Richtern noch eine gewisse Schulung infolge des Fehlens jeglicher Praxis und Vorbilder; die tageweise Zuteilung von Richtern und auch von Kanzleibeamten zu Altreichsgerichten hilft diesem Mangel gut ab. Den zugeteilten Altreichsrichtern (3) fehlt nur die genauere Kenntnis des bisherigen Rechts, welches in Grundbuch-, Vormundschaftssachen und teilweise auch noch in den nurmehr wenigen Überleitungssachen anzuwenden ist und die Kenntnis der tschechischen Sprache (besonders im Amtsgerichts-Sprengel Neuern, welcher für das tschechische Gebiet im Chodenland zuständig ist), sowie ein gewisses Einfühlungsgefühl für die schwerfällige in entlegenen Gebirgsdörfern abgeschieden und weltfern lebende Bevölkerung. Dieser ist das neueingeführte Altreichsrecht größtenteils noch unbekannt und innerlich fremd. Sie steht noch mit einem gewissen Mißtrauen abseits; dies ist ein Überbleibsel der Zersetzungsarbeit der Juden und Tschechen, die sich auf Verschleierung des wirklichen Tatbestandes, politischen Druck auf Parteien, Zeugen und Richter und auf Verschleppung der Streitsachen (aus Gewinnabsichten) konzentrierte.

Die Urteile werden zum weitaus größten Teil in der Bevölkerung gut und mit Verständnis für die allgemeine Lage aufgenommen. Der Gnadenerlaß des Führers⁴⁸ vom 9. 9. 1939 RGL. I S. 1753 hat sich besonders unter Berücksichtigung der eingangs geschilderten Verhältnisse sehr gut ausgewirkt und brachte bei den Amtsgerichten eine fühlbare Abnahme der Strafsachen.

Die Kriminalität übersteigt nicht das gewöhnliche Maß, auch nicht bei den Jugendlichen, doch überwiegen Sittlichkeitsdelikte die Eigentumsdelikte. Sehr selten sind Delikte gegen Staat und Partei. (Sondergerichtsfälle⁴⁹ sind fast unbekannt und betreffen fast ausschließlich Protektoratsangehörige).

(Hier Sonderberichte: II/22 — VA: 7 v. 17. 6. u. 1. 7. 40.)

g) Bank- und Versicherungswesen

Der *Geldumlauf* und die damit verbundene Preisentwicklung ist als normal zu bezeichnen. Eine Flucht in Sachwerte ist nicht gegeben, da die Gegenstände des täglichen Bedarfs durch das Karten- und Bezugsscheinsystem rationiert sind, während Realitäten fast überhaupt nicht verkauft werden. Es besteht weder die Notwendigkeit zu verkaufen, noch die Absicht dazu. Der Grundbesitz wird zurückgehalten; während im Protektorat befindliche abgewanderte Tschechen nicht verkaufen. Der Landwirt investiert — soweit möglich — in seine Landwirtschaft. Zu erklären ist das auf den Umstand, daß die Bauernwirtschaften während der Tschechenzeit verschuldet waren und der Bauer 20 Jahre lang nichts anschaffen konnte. Das Verhältnis von *Ein- und Auszahlungen* ist

⁴⁸ Die Amnestie zu Kriegsbeginn erließ Strafen oder Strafverfahren bis zu einem Wert von 1000 RM oder 3 Monaten Haft.

⁴⁹ Die Sondergerichte, die an den Landgerichten gebildet wurden, waren zuständig für Vergehen nach dem Heimtückegesetz (RGL. 1934, I, S. 1269), gegen das Radioabhörverbot (RGL. 1939, I, S. 1683) und verschiedene andere Vergehen (Verordnung vom 21. Januar 1940, RGL. 1940, I, S. 405).

absolut normal. Bemerkenswert ist, daß die Sparguthaben der Banken und Sparkassen in stetem Anwachsen begriffen sind (Neuern, Mkt. Eisenstein, Bergreichenstein, Winterberg, Wallern, Prachatitz). Zu einem Teil ist dieses Anwachsen auf die fehlende Möglichkeit der Anlage in Sachwerte zurückzuführen, zum größten Teil aber als Beweis für das Vertrauen in die Sicherheit des Geldmarktes zu werten.

Kreditnachfrage ist fast gar nicht vorhanden. Durch die verschiedenen Reichshilfen, Reichszuschüsse usw. wurde dem sudetenbayerischen Gebiet im Jahre 1939 doch wesentlich unter die Arme gegriffen⁵⁰. Kreditgewährung wäre bei Vorhandensein der entsprechenden Sicherheiten jederzeit möglich, sie wird aber praktisch nur sehr wenig in Anspruch genommen. Vielleicht auch, weil wegen der Kriegsumstände Neuanschaffungen, Bautätigkeit usw. nur ganz beschränkt möglich ist. *Aktien- und Rentenkäufe* kommen für das sudetenbayerische Gebiet kaum in Frage.

Folgendes Vorgehen hat in betroffenen Kreisen ziemlich Verstimmung hervorgerufen: Die Sparkasse in Prachatitz erhielt vor einigen Monaten von ihrer übergeordneten Stelle den Auftrag, für die *Zeichnung von 4 %igen Schatzanweisungen*⁵¹ zu werben. In einem einzigen Fall allein gelang es z. B. bei der Kundschaft 10 000 RM unterzubringen. Später hieß es, daß der Kurs — noch während der Subskriptionsfrist — von 99 ⁴/₈ auf 99 ⁵/₈ gestiegen sei. Auch trotz dieser etwas merkwürdigen Handlungsweise ging die Zeichnung weiter. Eines Tages kam dann die kurze Verständigung, daß die Zeichnung der 4 %igen Schatzanleihe überhaupt eingestellt und daß die Notiz gestrichen sei. Selbstverständlich werden ein andermal, wenn wieder eine Zeichnung unterzubringen ist, bei der Kundschaft Widerstände zu überwinden sein, und es werden sich auch die zuständigen Stellen der Sparkassen kaum mit demselben Eifer einsetzen. Erklärung oder Begründung ist keine erfolgt. Fachkreise vermuten, daß Großbanken wegen der Geldflüssigkeit und der Unmöglichkeit ihre Bestände auf dem Geldmarkt unterzubringen, die Schatzanleihen aufgekauft haben und sich diesbezüglich sozusagen eine Art Monopolstellung ausbauen wollen.

Versicherungen entwickeln sich gut. Infolge der Einführung der deutschen Pflichtmaßnahmen⁵², wie Handwerksversicherung usw. machen die verschiedenen Gesellschaften recht gute Abschlüsse, wenn auch nicht im Einzelfall in hohen Summen.

h) Volksgesundheit

Die *ärztliche Versorgung* ist gesichert und genügt den Anforderungen. Die *Arzneimittel-Versorgung* ist ausreichend. Der *Krankenstand* ist durchwegs normal. Klagen kommen aus Prachatitz, daß von den 2 Kassenärzten keiner *vertrauenswürdig* sei. Der eine wäre ein Säufer und der andere außer seinem Alter

⁵⁰ Dagegen betonte die Regierung erneut, die Reichswirtschaftshilfe sei ein Fehlschlag gewesen (Anm. 30). Vgl. auch unter „Wirtschaft“.

⁵¹ Vgl. dazu RGBl. 1940, I, S. 686.

⁵² RGBl. 1938, I, S. 1437.

auch infolge seiner Vergangenheit nicht vertrauenswürdig. So kommt es, daß vielfach trotz Mitgliedschaft zur Kasse die Arztkosten selber getragen werden müssen, wenn man auf ernsthafte Behandlung Wert legt. Hier wirkt sich der Ärztekassenzwang sehr ungünstig aus.

In der Glasfabrik Kralik in Eleonorenhain sind sehr *unhygienische Verhältnisse* — Abortanlagen —, ebenso im „Elendsviertel“ der Fabrik. Der Zustand der *Einzelwasserversorgung* — im besonderen im Landkreis Bergreichenstein — ist als sehr schlecht anzusprechen. Es handelt sich um Grundwasserquellen, die nur notdürftig mit Holzbrettern gefaßt und unzureichend gedeckt sind, so daß jederzeit Oberflächenwasser hinzutreten kann. Oftmals befinden sich die Anlagen in unmittelbarer Nähe von Jauchegruben.

Das *Wohnungselend* ist ungeheuer (hier wieder in erster Linie im Landkreis Bergreichenstein). Es gibt Wohnungen, wo abends in der Wohnstube auf dem Boden die Strohsäcke aneinander gereiht und auch die Sitzbänke mit solchen belegt werden müssen, damit alle Familienangehörigen Schlafgelegenheiten haben. Tagsüber werden dann im gleichen Raum die hauswirtschaftlichen Arbeiten verrichtet. Kinder liegen zu 3 und 4 in einem Bett. Vielfach hat man die Einzimmerwohnung, teilweise auch Wohnungen mit einer größeren Wohnstube und einer kleinen Kammer; die Wohnstube gehört der jungen Generation mit den Kindern, in der kleinen Kammer wohnen die Eltern. Es sind ohne Zweifel große ethnische und gesundheitliche Schäden damit verbunden. Viele Beamte wohnen immer noch in Untermiete; viele kinderreiche Familien haben nur einen einzigen Wohnraum (Markt Eisenstein, Bergreichenstein, Waltern).

Außerordentlich störend macht sich der *Mangel eines Fernsprechanschlusses* in der Nebenstelle des Gesundheitsamtes Bergreichenstein bemerkbar.

4. Wirtschaft

a) Handel

Die Lage ist für Kriegszeiten nicht schlecht. Die Lebensmittelversorgung ist hinreichend. Schlecht ist die Zuteilung an Gemüse und Obst, was für Sommerfrische-Orte doppelt erschwerend ist. Für Kriegszeiten sind viel Sommergäste da (Mkt. Eisenstein). Durch die Eingliederung hat das sudetenbayerische Gebiet wirtschaftlich nur verloren.

a) Die natürlichen Handelsbeziehungen nach Klattau, Schüttenhofen usw. sind durch die Zollgrenzen⁵³ wesentlich erschwert worden. Dieses natürliche Wirtschaftsgebiet wurde auseinandergerissen. Cham und Zwiesel haben für das sudetenbayerische Gebiet — Neuern, Mkt. Eisenstein, Bergreichenstein — keine wirtschaftliche Bedeutung. Auch heute sind die wirtschaftlichen Beziehungen zur Oberpfalz und zu Niederbayern als äußerst gering zu bezeichnen. Für Bergreichenstein machen sich die Verkehrsverhältnisse außerordentlich hemmend

⁵³ S. Anm. 45.

und hinderlich bemerkbar. Der ganze Landkreis ist ohne Eisenbahn. Die wenigen Omnibusse der Reichsbahn und Reichspost genügen nicht den Anforderungen. Den Winter über führte z. B. die Postverbindung Innergefilde—Bergreichenstein (15 km) über Passau, Plattling, Eisenstein und dauerte durchwegs 5 Tage! (Verhältnisse, die in Großdeutschland wohl nur selten noch angetroffen werden).

b) Die Kaufleute waren infolge der Eingliederung in die „B. O.“ gezwungen, sich neue Bezugsquellen im Reiche zu suchen, was außerdem durch die Kriegslage noch erschwert wurde. Suchte der Kaufmann in Fragen der Kontingentierung⁵⁴ im Sudetengau nach, so wurde ihm bedeutet, daß er doch zur „B. O.“ gehöre. Andererseits geschah es auch, daß Stellen der „B. O.“ sich für die Belange der sudetenbayerischen Kaufleute nicht zuständig erklärten. Einige Klärung trat erst in den letzten Monaten ein.

Ein vollkommenes Einbauen der sudetenbayerischen Wirtschaft in die Bayer. Ostmark kann erst nach dem Kriege langsam vor sich gehen. In erster Linie müssen natürlich die Bayer. Stellen dem sudetenbayerischen Handel und Gewerbe mehr Verständnis entgegenbringen und dürfen sich nicht vom Konkurrenzneid leiten lassen. Der sudetenbayerische Handel hat durch Jahre hindurch infolge der tschech. Regierung schwer gelitten und es bedarf einer gründlichen Hilfe, um dem Kaufmannsstand wieder auf die Beine zu helfen. Entscheidungen, die lediglich auf eine *Bevorzugung der altreichsdeutschen Firmen* hinauslaufen, müssen unter allen Umständen vermieden werden. Die Aufzählung von Beispielen würde einen zu großen Umfang einnehmen. Angeführt sei:

„Die Gedeka (Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufleute) in Neuern suchte um Bewilligung der Obst- und Gemüseverteilung bereits zweimal an und wurde jedesmal abgewiesen. Der Gartenbauwirtschaftsverband erteilte diese Bewilligung jedoch der Firma Schwecke & Haas - Cham, welche erst seit der Eingliederung eine Zweigstelle in Neuern eröffnete. Die Gedeka ist eine Gründung des Bundes der Deutschen in Böhmen und der seinerzeitigen SdP und hatte zur Aufgabe, den jüdischen Einfluß bei den Kleinhändlern auszuschalten. Die Gedeka hat sich in der Kampfzeit vollkommen bewährt und die Kaufleute sehen in der Verweigerung der Obst- und Gemüseverteilung eine Bevorzugung der Firma Schwecke & Haas. Diese Zurückstellung der Gedeka wird sehr ungünstig beurteilt, weil es eine offensichtliche Bevorzugung der Firma Schwecke & Haas bedeutet.“

Der Landrat Bergreichenstein berichtet:

„Die vom Gartenbauverband für das hiesige Gebiet zugelassene Großfirma Schwecke & Haas - Cham ist nicht gewillt und nicht in der Lage, das hiesige entferntgelegene Gebiet zu versorgen, da sie ja bei der Knappheit des zugewiesenen Materials dieses ohne erhebliche Betriebsunkosten in nächster Nähe des Firmensitzes leicht absetzen kann. Auf der anderen Seite hat diese Firma aber die Gruppenausweise der hiesigen Geschäftswelt, so daß diese sich ander-

⁵⁴ Gemeint ist die Größe der Zuteilungen für Handel und Gewerbe.

weitig zulässigerweise gar nicht versorgen könnte. Um seinen Kunden wenigstens etwas hier und da bieten zu können, fährt z. B. ein Bergreichensteiner Kaufmann — angesichts der derzeitigen Betriebsstoffknappheit ein grotesker Zustand — nach Prachatitz, Krummau und Budweis, um von dort mit seinem Personenwagen einige Kilo Gemüse, Kartoffeln und Obst hereinzubringen; dabei ist gerade jetzt im nahegelegenen Protektorat, von dem aus das Gebiet Bergreichenstein seit jeher ausschließlich versorgt wurde, soviel Gemüse vorhanden, daß es dort nicht abgesetzt und verbraucht werden kann. Trotz ständiger Hinweise auf diesen unhaltbaren Zustand hat der Gartenbauwirtschaftsverband bisher noch keine befriedigenden Entscheidungen getroffen⁵⁵.

b) Handwerk

Die Gewerbetreibenden klagen über Mangel an Arbeitskräften und an Rohstoffen. Bei den Schustern häufen sich z. B. die zu flickenden Schuhe zu Bergen. Die Bestimmung, wonach für die *Kontingentierungsgrundlage* für das Sudetenbayerische Gewerbe das Jahr 1938⁵⁶ angegeben wird, wird für das Gewerbe als sehr schwer empfunden. Die Zeit ist gerade die schlechteste Geschäftszeit unter der Tschechenzeit gewesen (Mobilisierung, gespannte Lage im allgemeinen). Selbstverständlich sind die sudetenbayerischen Gewerbetreibenden gegenüber den Altreichsdeutschen sehr im Nachteile, da sie bei weitem nicht jene Mengen erhalten wie diese.

c) Industrie

Die Industrie im bayerischen Sudetengebiet ist gut beschäftigt, teilweise mit größeren Exportaufträgen (Opt. Werke Neuern). Die Schwierigkeiten liegen wie im Altreich auf dem Gebiete der Rohstoff- und Kräftebeschaffung.

Das *Gesetz zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft*⁵⁷ wurde mehrmals

⁵⁵ Zum Fall der Dedeka bemerkte die Regensburger Regierung, daß von einer Bevorzugung der Chamer Firma keine Rede sein könne. Sie sei in den Tagen des Anschlusses in die Bresche gesprungen, daher auch besonders zu unterstützen gewesen. Da aber jetzt die Reichsstelle für Garten- und Weinbauerzeugnisse eine ausgesprochene Obst- und Gemüsefirma mit dieser Arbeit betreuen möchte, werde die Firma Gebrüder Bischof in Regensburg die Großverteilung übernehmen. Dann seien Schwewe & Haas/Cham, Kindermann/Wallern und Kral/Prachatitz nur noch Unterverteiler, was die Gedeka ja auch beantragen könne. Im übrigen habe der Referent bei seinem letzten Besuch in Prachatitz festgestellt, „daß der dortige Gemüsemarkt aus den benachbarten Protektoratsgemeinden gut und reichlich mit Gemüse beschickt wird“ (Anm. 30).

⁵⁶ In Wirklichkeit wurde jedoch die erste Hälfte des Jahres 1939 als Grundlage genommen, so daß Sudetenbayern dem Altreich gleichgestellt sei, „mit ihm aber naturgemäß nun auch alle Einschränkungen teilen“ müsse (Anm. 30).

⁵⁷ Auf Grund der Verordnung zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft vom 15. Oktober 1938 (RGBl. 1938, I, S. 1059) durften Altreichsangehörige ohne Genehmigung im Sudetenland keine Unternehmen errichten oder aufkaufen. Das Gesetz wurde am 27. Juni 1939 (RGBl. 1939, I, S. 1059) nur für den Sudetengau verlängert, nicht für die übrigen Gebiete, „da man die Wirtschaft der 3 verhältnismäßig schwachen Kreise nicht auf sich allein beruhen lassen konnte, eine Verschmelzung mit der bayerischen Wirtschaft vielmehr unter allen Umständen anzustreben war“ (Anm. 30).

umgangen bzw. durchbrochen. Altreichsangehörige haben immer wieder versucht, Häuser und Wirtschaftsobjekte anzukaufen. In vielen Fällen wurden sie durch das entschiedene Auftreten einheimischer Interessenten abgewiesen. Es wurde beispielsweise das Sägewerk „Freilismühle“ 1939 durch die Firma Bauer & Bachl aus dem Altreich angekauft. Durch den Reichsforstmeister⁵⁸ wurde der Betrieb zum 20. 7. 40 stillgelegt. Gründe sind hier unbekannt. Zur Auflage wurde gemacht, das Sägewerk bis zum 1. 10. 1940 zwecks Verwendung zu einem anderen Zweck zu veräußern (AZ III 9 h 5931 F-B 235 — Reichsforstmeister — 10. 7. 40). Gegen die Stilllegung hat der Bürgermeister der Gemeinde Mkt. Eisenstein am 18. 7. 1940 Einspruch aus folgenden Gründen eingelegt:

„Es ist allgemein bekannt, daß der Böhmerwald und besonders das hiesige Gebiet sehr industriearm ist. Nach dem Anschluß versprochen uns bei den verschiedensten Besuchen Minister, Gauleiter, Regierungsstellen usw., daß nunmehr eine tiefgreifende Förderung der Industrie, der Einbau neuer Werke usw. erfolgen würde, um der hiesigen Bevölkerung in der Heimat Arbeit zu geben und den Böhmerwald als Sprachgrenzland auch völkisch zu stärken.

Bisher ist nichts davon eingetreten, man schließt im Gegenteil noch unsere letzten Betriebe, wie der vorliegende Fall kraß beweist. Es ist daher kein Wunder, daß niemand hier für diese Maßnahmen Verständnis aufbringt, im Gegenteil sehr enttäuscht ist. Dabei ist der Zustand, der sich hier nach dem Jahre 1938 entwickelt hat, auf die Dauer *untragbar*. Fast $\frac{2}{3}$ der arbeitenden Bevölkerung sind nicht bei ihrer Familie, sondern weit in der Fremde, wurden mehr oder weniger zwangsweise verschickt, da hier keine Arbeit ist. Dies war bereits vor dem Kriege d. h. vor 1. 9. 40 so. Nun sollen auch noch die Arbeiter der Freilismühle zwangsweise die Heimat verlassen und weisen darauf hin, daß es doch möglich wäre, hier in dieser Gegend, wo 95 % des Landes Wald ist, diese kleine Säge, die sogar die Tschechenzeit überdauerte zu erhalten. Mit allem Nachdruck muß aber auf die Gefahren hingewiesen werden, die diese *bewußte Entvölkerung des Grenzlandes* in völkischer Hinsicht mit sich bringt. Eine starke Sprachgrenzstellung kann jedenfalls auf diese Weise nicht erreicht werden.

Für die Gemeinde ist die Schließung des Sägewerkes ein arger Ausfall an Einnahmen, denn es sind hier dann nur noch eine kleine Brauerei und eine zweite kleine Säge. Dabei wären die Aufgaben der Gemeinde riesengroß, da der Ort und alle Anlagen durch die Krise der Jahre 1930—1938 arg vernachlässigt wurde. Die hiesige Landwirtschaft braucht dringend Sägespäne als Einstreu, da es hier praktisch keinen Getreidebau, d. h. kein Stroh gibt und die Entnahme von Waldstreu mit gutem Recht verboten wurde. Das Sägewerk Freilismühle wird nur mit Wasserkraft betrieben. Es ist in der heutigen Zeit, wo mit Brennstoffen aller Art gespart werden muß, *doppelt widersinnig*, wenn diese Wasserkraft nunmehr brach liegen soll und die Nachbarsäge, die Sägen in Bayer. Eisenstein und Zwiesel mit Dampfbetrieb weiter laufen können.

Aus all den angeführten Gründen wird daher nur angenommen, daß die

⁵⁸ Vorstand des Reichsforstamts, Hermann Göring. Vgl. RGBl. 1934, I, S. 534.

Schließung des Sägewerkes eine vorübergehende Maßnahme ist und die Ansicht besteht, auf diese Weise die Säge in neue Hände überzuführen. Es ist dabei zu hoffen, daß der neue Besitzer ein Einheimischer ist, denn in erster Linie soll nunmehr doch die eingeborene, sudetendeutsche Bevölkerung, die die vergangenen 20 Jahre zusehen mußte, wie sich Tschechen und Juden Besitz und Einkommen aneigneten, dabei auch heute noch ganz arm ist, berücksichtigt werden. Für beide Sägen sind und waren geeignete sudetendeutsche Bewerber vorhanden⁵⁹.“

Als zweites Objekt kam das *Sägewerk* des Juden *Edmund Adler* in Mkt. Eisenstein in den Besitz eines Konsortiums von 5 Leuten aus dem Altreich, trotzdem sich einheimische Interessenten energisch dagegen stellten. Von einem dieser Interessenten wurde szt. im internen Kreise davon gesprochen, daß der in Aussicht genommene Besitznachfolger ein höherer Parteileiter, alter Kämpfer⁶⁰ und Ehrenzeichenträger sei und deshalb in erster Linie berücksichtigt werden müsse. Fest steht, daß die Angelegenheit von der Kreisleitung Regen-Grafenau unterstützt wurde. Gegen diese Besitzübertragung hat der Bürgermeister in Mkt. Eisenstein am 14. 6. 1940 ohne Erfolg Einspruch erhoben, u. a. führte er aus:

„Ich habe mich in der Zwischenzeit erkundigt, wie es zu diesem Verkaufe kam, da mir bekannt war, daß sich auch einheimische, sudetendeutsche Bewerber gemeldet hatten und ich als selbstverständlich annahm, daß diese Bewerber bevorzugt werden, umsomehr, da ja die *Verordnung zum Schutz der sudetendeutschen Wirtschaft vom 15. 10. 1938 RGBl. I S. 1431* existiert. Diese Verordnung bestimmt ausdrücklich, daß in erster Linie sudetendeutsche Bewerber zu berücksichtigen sind.

Die Gründe, die zu einer Vergebung an ein Konsortium von 5 hier unbekannten Leuten aus dem Altreich führten, sind mir unbekannt. Wohl aber sind mir die eingeborenen Bewerber bekannt, die ich in jeder Richtung für würdig erachte, berücksichtigt zu werden. Es handelt sich durchwegs um gute Fachleute, die im Holzfach und auf Sägen aufgewachsen sind und die auch *nennenswerte politische und völkische Verdienste* haben. Zwei davon sind alte Kämpfer, Mitglieder der DNSAP. Der eine davon war gut genug, obwohl er bei einem Juden sein Brot fand, für die ‚DNSAP‘ öffentlich zu kandidieren und Fraktionsführer der DNSAP in der hiesigen Gemeindevertretung zu werden. Der andere war, nach Auflösung der DNSAP, gründendes Mitglied der SdP in Neuern. Ein dritter Bewerber war von Jugend auf — obwohl auch

⁵⁹ Nach dem Regensburger Bericht gehörte die Säge einem Tschechen namens Benesch, von dem sie die Firma Bauer & Bachl/Passau ohne Genehmigung des Reichsforstmeisters kaufte. Dieser schritt nach mehreren Fristüberschreitungen ein und verlangte am 24. Juli 1940, daß das Sägewerk stillgelegt und an einen anderen Interessenten verkauft wurde. In Markt Eisenstein würden keine Bedenken gegen die Passauer Firma erhoben, wohl aber vom Passauer Kreisleiter Moosbauer (Anm. 30).

⁶⁰ Alte Kämpfer waren Parteimitglieder mit Nummern unter 300 000 und SdP-Mitglieder, die schon vor 1938 der Partei angehörten.

er bei einem Juden angestellt war — in der völkischen Turnbewegung tätig, erwarb sich hier große Verdienste, da er in entscheidenden Zeiten durch Jahre Turnführer war.

Ich betrachte es als meine Amtspflicht, bekanntzugeben, was die hiesige Bevölkerung über diesen Fall denkt und spricht: Allgemein bringt niemand hier für diesen Verkauf ein Verständnis auf. Es wird darauf hingewiesen, daß die hiesige Bevölkerung arm wie eine Kirchenmaus ist und scheinbar auch weiterhin arm bleiben soll. Schon im alten Österreich war der Böhmerwald *ein sehr vernachlässigtes Gebiet*. Er konnte die Bevölkerung nicht ernähren und heute findet man in der ganzen Welt Auswanderer aus dem Böhmerwald, dazu kam, daß die fürstl. Herrschaft⁶¹ nach und nach einen Bauernhof um den anderen aufkaufte und zumeist aufforstete, so daß hier auch eine große Bodennot besteht, da der Waldanteil groß und 90 % des Bodens in den Händen des Fürsten Hohenzollern oder des Staates ist. Unter tschechischer Herrschaft wurden nur Tschechen und Juden berücksichtigt, die einheimische Bevölkerung mußte 20 Jahre untätig zusehen, teilweise in großen Massen hungern. Im Gemeindegebiet liegen 2 Sägewerke; vor 1938 betrieb das eine ein Jude, das andere ein Tscheche, jetzt gehören beide Werke Leuten aus dem Altreich, die Einheimischen gingen in beiden Fällen leer aus.

Nach der Befreiung hoffte jeder, daß nunmehr auch der Unternehmungsgeist der Böhmerwäldler sich insofern entfalten konnte, daß die bestehenden tschechischen und jüdischen Unternehmungen in deutsche Hände übergeführt werden. Freilich war bekannt, daß der Eingeborene in der Regel kein Geld hatte und die Gefahr bestand, daß Unternehmer aus dem Altreich, die durch 20 Jahre ungestört wirtschaften konnten, seit dem Jahre 1933 eine hohe Konjunktur erlebten und bekanntermaßen nach hiesigen Begriffen in Geld schwimmen, alles erreichbare aufgreifen würden und wenn es nur ein Filialbetrieb wurde. Um das zu verhindern wurde eben die Verordnung zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft erlassen, die *in diesem Falle glatt übergegangen* wurde. Es wäre Pflicht des Reichsforstmeisters gewesen zu prüfen, ob nicht auch sudetendeutsche Bewerber vorhanden sind und nicht schon am 6. 4. 1939, also noch keine 6 Monate nach dem Anschluß, mitzuteilen, daß das Sägewerk bereits an einen reichsdeutschen Bewerber vergeben wurde. Hier betrachtet man diesen Vorgang als *Protektionswirtschaft* ersten Ranges, man ist vor den Kopf gestoßen, hielt dergleichen im dritten Reich für unmöglich und ich betrachte es wieder als meine Pflicht, gerade dies mitzuteilen.

Volksgenossen aus dem Altreich sind hier allgemein gerne gesehen, sei es als Beamte, als Kaufleute, aber auch als Unternehmer, wenn sie neue Erwerbsmöglichkeiten schaffen, neue Industriezweige einrichten oder stillliegende Werke, für die den Einheimischen die Eignung oder das Geld fehlt, in Betrieb bringen. Sie sind aber nicht gerne gesehen, wenn sie darauf ausgehen, sich die fettesten Pfründe anzueignen und dabei den *Einheimischen* brotlos zu machen. Um einen

⁶¹ Fürst Hohenzollern zu Sigmaringen war hier begütert.

solchen Fall handelt es sich hier. Weiterhin verstößt die ganze *Art der Vergabung* gegen alle nationalsozialistischen Grundsätze. Es hat keinen Sinn von der Stärkung des Einzelunternehmers, von der Volksverbundenheit des Unternehmers, von der Fürsorge für kleine Unternehmer usw. zu reden, um dann in der Praxis Betriebe an eine anonyme Gesellschaft von 5 Leuten zu vergeben. Erschwerend wirkt weiter, daß in diesem Falle auch die sudetendeutschen Bewerber über ausreichende Geldmittel verfügten, um den Betrieb nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch erweitern zu können. Am 25. 5. 1939 und am 11. 11. 1939 erklärt der Reichsforstmeister, daß die Säge an die Firma Mohring & Fichtner vergeben wurde. Die Verfügung vom 30. 3. 1940 enthält nichts davon, da treten als Käufer fünf Gesellschafter auf, darunter sogar ein Sägewerksbesitzer. Es steht daher fest, daß dem Reichsforstmeister selbst am 11. 11. 1939 noch nicht bekannt war, wer eigentlich diese Säge kaufen wird, denn die Firma Mohring & Fichtner ist zweifellos nicht der Käufer. Es steht weiter fest, daß der Betrieb augenblicklich als eine Art Filialbetrieb des Graf'schen Sägewerks in Schwarzenberg (Erzgeb.) geführt wird, während die einheimischen Bewerber, deren Existenz durch den Anschluß arg geschmälert, teilweise sogar unmöglich wurde, in einen anderen Beruf überwechseln müssen⁶².

Ich habe mit Vorstehendem in kurzen Umrissen geschildert, wie sich die hiesige Bevölkerung zu diesem Kauf einstellt. Bis heute fand die einheimische Bevölkerung auch nach dem Anschluß hier nicht genügend Verdienst, mehr als die Hälfte der Werkstätigen meiner Gemeinde muß auswärts Arbeit suchen und ist im ganzen Reich verstreut. Es wirkt daher doppelt abstoßend, wenn gerade die einträglichsten Betriebe der Gemeinde an Fremde vergeben werden. Als Bürgermeister der Gemeinde erhebe ich gegen Person und Art der Vergabung Protest.“

Die szt. mit großem Propagandaaufwand eingeleitete Unternehmung der *Reichswirtschaftshilfe*⁶³ hat sich im sudetenbayerischen Gebiet als vollkommener

⁶² Dazu schreibt die Regierung: „Bei der Entjudung der Adlersäge in Markt Eisenstein ist eingehend erwogen worden, ob nicht auch dieses jüdische Unternehmen sudetendeutschen Bewerbern überlassen werden könnte. Die Gauleitung Bayerische Ostmark äußerte jedoch den dringenden Wunsch, dem Bewerber Mohring aus Deggendorf, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, den Vorzug zu geben, da Mohring in Deggendorf seinen Betrieb in gepachteten Räumen, der sogenannten Streichersäge, ausübe und dort nicht verbleiben könne ... Außerdem habe Mohring ein holzsparendes Verfahren erfunden, an dem die deutsche Reichsbahn stark interessiert sei ... Entgegen dem Wunsch der Gauleitung, die am Entjudungsverfahren förmlich beteiligt ist, und entgegen der Entscheidung des Reichsforstmeisters einem anderen Bewerber die Genehmigung zur Übernahme des Sägewerks zu erteilen, war rechtlich und praktisch nicht möglich, selbst wenn ich mich dem Vorbringen der Gauleitung verschlossen hätte. Eine solche Entscheidung wäre somit unhaltbar gewesen und hätte die Regierung in die schwierigste Lage gebracht.“ Der Sägewerksbesitzer Johann Graf in Schwarzenberg sei nur Teilhaber, um die Kapitalbasis zu verstärken (Anm. 30).

⁶³ Vgl. zur Reichswirtschaftshilfe RGBl. 1938, I, S. 1531; 1940, I, S. 445. — Am 2. Februar 1940 hatte Regensburg dazu vermerkt: „Die Reichswirtschaftshilfe (reichsverbürgte Darlehen) hat im großen und ganzen den Erwartungen der Bevölkerung nicht

Schlag ins Wasser erwiesen. Die Gewerbetreibenden und die Kleinindustrie hatte ihre Hoffnungen darauf gesetzt, weil sie einerseits durch die Wirtschaftskrise der vergangenen tschechischen Jahre oft aller Reserven beraubt waren, während andererseits erhöhte Mittel zur Neuanschaffung von Maschinen benötigt wurden, um mit dem Altreichstempo mitzukommen. Durch die Partei war im besten Glauben im ganzen Gebiet eine große Aufklärungstätigkeit entfaltet worden, die Leute klammerten sich wie an einen letzten Strohalm an diese Hoffnung und dann wurde es praktisch so, daß der weitaus überwiegende Teil davon wegen der harten Bedingungen gar keinen Gebrauch machen konnte. Es werden Sachen verlangt (hypothekarische Sicherstellungen, zusätzliche Bürgschaften usw.), die den ursprünglichen Sinn der Reichshilfe verfälschten und die Kreditgewährung teurer und umständlicher machten als dies auf privatwirtschaftl. Wege der Fall ist. Wo trotzdem diese Schwierigkeiten in Kauf genommen wurden, brauchte die Sache oft nahezu ein halbes Jahr zur Erledigung⁶⁴.

d) Landwirtschaft

Allgemeine Lage und Stimmung: Die Stimmung unter den Bauern ist so: Man trachtet mit allen Mitteln, den Betrieb zu erhalten, um so das deutsche Volk und seine Führung während des Krieges nicht im Stich zu lassen. Das bringt einen gewaltigen Überverbrauch an Energie mit sich und man muß feststellen, daß in einigen Betrieben aus dem Grund ein Nachlassen zu bemerken ist. Hierzu kommt noch die Tatsache, daß sich der Bauer auf seinem Posten sehr vereinsamt sieht und bei den übrigen Volksgenossen gar kein Verständnis findet. Der Hauptgrund für eine gewisse Enttäuschung der Bauern besteht darin, daß ihnen vor der Eingliederung durch Rundfunk und Presse eine schönere Zukunft ausgemalt worden war als sie tatsächlich eingetroffen ist. Die

entsprochen. Diese hatte auf zinslose Zuschüsse oder wenigstens gering verzinsliche Darlehen gerechnet. Sie war daher sehr enttäuscht darüber, daß die Reichswirtschaftshilfe grundsätzlich nur in Darlehen besteht, die von den Kreditanstalten zu dem gewöhnlichen Zinssatz gegeben werden und für die das Deutsche Reich lediglich die Ausfallbürgschaft übernimmt. Nur bei reichsverbürgten Darlehen bis zu 2000 RM wurde eine Zinsverbilligung um 3 v. H. gewährt. Diese ist aber auf das Haushaltsjahr 1939, also auf die Zeit bis zum 31. März 1940 beschränkt.“ (MA 105947)

⁶⁴ Völlig fehlt in diesem Bericht eine Übersicht über die Probleme der Industrie. Die bedeutendsten Betriebe waren die Optischen Werke Eckstein in Neuern gewesen, die Stahlhütte (Gabelwerke) Bernt ebenda, die Holzwarenfabriken Jungbauer und Watzlawik, die Glasfabriken Kralik (Eleonorenhain) und Lötze, die Buchdruckerei Steinbrenner in Winterberg und einige kleinere Wäschefabriken. Nur einem Teil dieser meist äußerst exportintensiven Industrie (Jungbauer, ca. 200 Arbeiter, exportierte 90 % nach England und Holland) glückte die Umstellung aufs Altreich, wo Export- und Devisenbestimmungen, aber auch die Erhöhung von Löhnen und Preisen (sie waren vorher äußerst niedrig gewesen) die Betriebe beeinträchtigten. Teilweise waren auch Arbeiter geflohen, so in Prachatitz, das vorher 45 % Tschechen gezählt hatte. Besonders sei noch auf den berühmten Gebetbuchverlag Steinbrenner hingewiesen, der vor dem Anschluß bis zu 1000 Arbeiter beschäftigt hatte und neben Devotionalien aller Art Gebetbücher in 26 Sprachen (jährlich 6 Millionen Stück) druckte (im Dezember 1938 hatte er nur noch knapp 400 Arbeiter). Material dazu in Stab M 30 Nr. 675; MA 105172.

bisher durchgeführten Maßnahmen beschränkten sich lediglich auf die Einführung der Tarif- und Marktordnung⁶⁵. Dies brachte nur eine Hebung des Lebensstandards der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Jene Maßnahmen jedoch, die eine Hebung des Lebensstandards der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Folge gehabt hätten, wie arbeitssparende Einrichtung der Gebäude, Maschinen, Grundzusammenlegungen, Meliorationen, Entschuldung, kurzinvestitionen aller Art, die eine höhere Rentabilität der einzelnen Betriebe gewährleisten, traten bis heute nicht auf. Da die Tarif- und Marktordnung auf diesen Voraussetzungen beruht, kann man sich die derzeit unhaltbare Lage der sudetenbayerischen Bauern gut vorstellen. Wenn in aller kürzester Zeit auf diesem Gebiete nicht etwas unternommen wird, — oder zu mindest entsprechend bindende Zusagen erfolgen —, so ist zu erwarten, daß nach dem Kriege viele Bauern gezwungen sein werden, ihre Höfe ganz einfach zu verlassen.

Besonderes: (Maßnahmen bzw. Unterlassungen aus der letzten Zeit, die nicht stimmungsförderlich waren). Für Anfang Februar 1940 waren z. B. für das Kreisgebiet Prachatitz 170 polnische Kriegsgefangene angefordert und zugesagt -!- worden. Anfang Juni 1940 sind 50 Mann eingetroffen. Der Einsatz der belgischen Kriegsgefangenen ist unzulänglich und die Unterbringung von mindestens 20 Mann in Gemeinschaftslagern bewährt sich schlecht. Ein Kriegsgefangener kostet täglich 1.80 RM, wenn er vom Bauern verpflegt wird (also zusätzlich), dazu kommt das entwürdigende Verlangen der DAF, daß Kriegsgefangene nur 8 Stunden täglich arbeiten dürfen (die Bauern und die anderen dürfen sich bis zu 14 Stunden und mehr betätigen). Laut Intervention des Prachatitzer Bürgermeisters wurde diese Verfügung erst am 16. 7. 1940 aufgehoben. Der Kriegsgefangeneneinsatz würde sich besser auswirken, wenn der Bauer den Mann ins Haus bekäme, da beim Vorwiegen der Viehhaltung im sudetenbayerischen Gebiet die Hauptarbeit abends und früh erfolgen muß. Das Abholen vom Lager und die Zurückführung ist ein großer Zeitverlust.

Grundstückverkehr. In Prachatitz kamen Grundstückskäufe durch Tschechen zustande — Heß-Mohn —. Die Einstellung des Sachbearbeiters beim Landrat geht dahin, daß die Tschechen nun auch Reichsbürger sind und daß demnach gegen solche Käufe nichts einzuwenden ist. Auch die Kreisbauernschaft in Waltern hat dagegen keinen Einspruch erhoben.

Von *landwirtschaftlichen Entschuldungen* ist bisher noch keine gänzlich durchgeführt worden. Bezeichnend ist folgender Fall: Ein großer Betrieb ist mit 40 000.— RM verschuldet. Der Entschuldungsrichter erklärt ganz offen, daß er diesen Fall auf 2—3 Jahre ad acta legen werde, da die derzeitigen Bestimmungen bloß Entschuldungsfälle gestatten, bei denen Reichsablösungen bis 6 000.— RM in Betracht kommen.

Die Sieberthilfe⁶⁶ ist nahezu vollkommen ausgeblieben. Es ist wohl wahr, daß durch den Krieg unvorhergesehene Materialschwierigkeiten aufgetreten

⁶⁵ Vgl. RGBl. 1939, I, S. 1483 und 1492.

⁶⁶ Vgl. Einleitung.

sind, derentwegen z. B. die drei Schulbauten in Elendbachl, Fürstenhut und Obermoldau (Landkreis Prachatitz) zurückgestellt werden mußten, aber man hat kein Verständnis dafür, warum die Mittel auch für Bauten bzw. Vorhaben zurückgestellt wurden, für die Material und Arbeitsplätze immer noch vorhanden sind, wie z. B. die unbedingt notwendigen Straßeninstandsetzungen. Aus dem Siebertprogramm wurden der Landwirtschaft des Kreisgebietes Prachatitz 15 000.— RM zugesagt. Selbst von diesem geringen Betrag sind erst 4 000.— RM für Maschinen ausgezahlt, der Rest bis auf 1 000.— RM zugeteilt, aber noch nicht ausgezahlt, weil die entsprechenden Maschinen noch nicht geliefert sind.

Schweinemast-Aktion: Dafür wurden 600—700 Schweine erstellt (Prachatitz). Diese müssen nun nach Regensburg abgeliefert werden, wodurch den Bauern große Transportkosten und Gewichtsverluste entstehen, während andererseits vielleicht die doppelte Menge an Schweinen aus Osterhofen, also aus der Nähe von Regensburg, wieder in das Kreisgebiet eingeliefert werden. In der Zeit vom 1. 10. 1939 bis zum 30. 4. 1940 wurden allein über 1 000 Schweine in das Kreisgebiet eingeliefert, obwohl die Schweinezutreibung bloß 25 % der ganzen Fleischzuteilung betrug. Die Bauern betrachten nun diese Art Gebarung des Viehwirtschaftsverbandes⁶⁷ als unwirtschaftlich und rücksichtslos, da so doppelte Transportkosten und Gewichtsverluste entstehen, die immer auf ihre Kosten gehen. Der Erfolg der Aktion ist demnach so, daß nun die ohnehin schwach betriebene Schweinemast noch mehr eingestellt wird.

Haferumlage: Bei der Berechnung der Haferumlage wurde beispielsweise für das Kreisgebiet Prachatitz vom Getreidewirtschaftsverband ein Durchschnittsertrag von 15 dz errechnet, was nicht der Wirklichkeit entspricht. Der Durchschnittsertrag beträgt — hoch genommen — 12 dz pro ha. Als Abzugsposten wurden 18 dz pro Pferd und 5,5 dz pro Zugrind gewährt. Um das Liefersoll zu erreichen, müßte die Kreisbauernschaft für ein Zugrind bloß 2 dz gewähren. 10 % des Ertrags werden als Saatgut und Wintergetreide zurückgelassen und die gesamte restliche Haferernte müßte abgeliefert werden, so daß buchstäblich nicht einmal zum Füttern der Hühner etwas übrig bliebe. Bei Berücksichtigung der obigen Sollsätze wäre das Gebiet sogar Zuschuß-!-gebiet. Außerdem vergißt man ganz, daß es in besseren Gegenden Gerste zum Zufüttern gibt, während in sudetenbayerischen hohen Gebirgslagen bestenfalls ärmlicher Hafer gedeiht. Der Bauer findet es in diesem Zusammenhang auch als ungerecht, daß er den Hafer um 15.— RM pro dz abliefern muß, während er andererseits z. B. minderwertiges Schweinefutter um 23,75 RM pro dz zukaufen muß, dessen wertvollster Bestandteil gemahlener Roggen ist. Wenn unvorhergesehene Unglücksfälle hinzukommen, wie z. B. die katastrophale Witterung der letzten Wochen, äußert sich die Sache sofort sehr stark, so in einem Absinken der Milchanlieferung von 8 000 auf 6 000 l binnen 3 Wochen (Pracha-

⁶⁷ Viehwirtschafts- und Getreidewirtschaftsverband waren Verbände der Landesbauernschaft. Osterhofen ist ca. 80 km von Regensburg entfernt.

titz) oder in revolutionären Briefen und Zuschriften der Ortsbauernführer, die von Rechts wegen strafrechtlich verfolgt werden müßten, wenn nicht von der Kreisbauernschaft⁶⁸ in Wallern immer wieder mit Beruhigungsmitteln vorgegangen würde. *Allgemein ist festzustellen, daß die Landwirte mit der Eingliederung in die „B. O.“ nicht zufrieden sind, da für sie eben die Gesetze des Altreiches gelten und sie den Landwirten in der Ostmark und im Sudetengau gegenüber im Nachteile sind.* Ein Musterbeispiel sei angeführt:

Kunstdüngerabsatz für 1940/41: Der Absatz von Phosphorsäuredüngemitteln ist für die Zeit vom 1. 5. 1940 — 30. 4. 1941 in der Weise geregelt, daß Verteiler (Händler und Genossenschaften) nur 25 % ihres Bezuges bzw. Absatzes in der Zeit vom 1. 5. 1938 — 30. 4. 1939 (Vergleichszeit) beziehen und absetzen können. Diese Maßnahme gilt auch für die Ostmark und den Sudetengau, jedoch mit dem Zusatz, daß an Stelle von 25 v. H. ein Satz von 40 v. H. tritt. Die Erzeuger bzw. die Landwirte des sudetenbayerischen Gebietes sind daher benachteiligt, nachdem die an die „B. O.“ angegliederten sudetendeutschen Gebiete mit den Altreichsbestimmungen gleichgestellt werden und nicht die Vorzugsbestimmungen genießen. Ähnlich verhält es sich mit der Zuteilung von Stickstoffdünger. Das sudetenbayerische Gebiet wird wieder mit den Altreichsbestimmungen gleichgestellt, d. h. die sudetenbayerischen Landwirte bekommen nur 85 v. H. des Bezugs vom 1. 7. 1938 bis 30. 6. 1939, während die Verteiler des Sudetenlandes (Reichsgau Sudetenland) 100 v. H. für diese Zeit (Vergleichszeit) zugeteilt erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß das sudetenbayerische Gebiet unter der Tschechenherrschaft genau so zu leiden hatte, die Landwirtschaft genau so verkürzt wurde wie im Sudetengau, empfindet man die Angleichung an die Maßnahmen der „B. O.“ als ungerecht und drückend. Das sudetenbayerische Gebiet trägt schließlich für die Durchführung und den Erfolg der Erzeugungsschlacht dieselbe Verantwortung wie der Reichsgau Sudetenland. Dadurch, daß die Landwirte zur Bayer. Ostmark gekommen sind, sollten ihnen zu mindest keine Nachteile entstehen.

In Kreisen der Landwirtschaft spricht man von kommenden Maßnahmen des Reichsnährstandes, wonach sich das sudetenbayerische Gebiet vollkommen auf *Vieh- und Weidewirtschaft* umstellen soll. Nach Ansicht der Landwirte läßt sich diese Umstellung nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten durchführen, da die meisten Bauernwirtschaften nicht darauf eingestellt sind und mehr Schaden als Nutzen entstehen würde. Außerdem leiden die Landwirte sehr stark unter dem *Mangel an Arbeitskräften* und sie sind nicht gerade erbaut von den Versprechungen, die man ihnen bezüglich der Zuteilung von polnischen Gesindekräften gemacht hat. Das sudetenbayerische Gebiet hat sehr wenig polnische Arbeitskräfte zugeteilt erhalten. Die Bauern wären um jede Arbeitskraft sehr froh gewesen. Nach Aussagen der Landwirte hat die „B. O.“ im Verhältnis zur sudetenbayerischen Gegend viel mehr polnische Arbeiter bekommen und man

⁶⁸ Orts- und Kreisbauernschaften waren Untergliederungen der Landesbauernschaften im Reichsnährstand.

fühlt sich auch hier gegenüber dem Sudetengau sehr benachteiligt. Auch unter den Landwirten wird der Ruf nach dem Sudetenlande immer stärker, da auch die Betreuung der Landwirte seitens des Reichsnährstandes zu wünschen übrig läßt.

5. Schule und Erziehung

a) Allgemeines

Die Eingliederung des sudetenbayerischen Gebietes in die Bayer. Ostmark hat sich für das Schulwesen nicht gerade günstig ausgewirkt. In erster Linie wird als sehr schwer das Fehlen von Schulgesetzen für das sudetenbayerische Schulwesen empfunden. Bald gelten die tschechischen Gesetze, bald die bayerischen. Erst in der allerletzten Zeit kamen Richtlinien für den Unterricht an Volksschulen heraus, die zum Teil den unterrichtlichen Erfordernissen nicht entsprachen. In den einzelnen Klassen wird das Lehrziel als zu hoch angesehen, in den anderen Klassen fehlt die Einheitlichkeit des Unterrichts. Auf die Konzentration von Unterricht und Erziehung wird überhaupt weniger Rücksicht genommen. Im Verhältnis zu den abgeänderten Lehrplänen, die von der Lehrerschaft teilweise selbst auf die Erfordernisse des Großdeutschen Reiches umgearbeitet wurden, bedeuten die neu herausgegebenen Richtlinien keine wesentlichen Verbesserungen. Für die Belange der sudetenbayerischen Schulen hat man bis heute wenig Interesse aufgebracht. Besonders schlecht sind die Schulen mit Lehrmitteln, Anschauungsbildern und anderen Unterrichtsmitteln ausgestattet. Die alten Lehrmittel, die noch unter Österreichs Zeiten angeschafft wurden, mußten laut Auftrag der tschechischen Regierung ausgeschieden werden. Neue Lehrmittel wurden selbstverständlich von den Tschechen für die deutschen Schulen nicht angeschafft. So sind die deutschen Schulen heute beinahe von allen Lehr- und Lernmitteln entblößt. Die armen Gemeinden sind gegenwärtig auch nicht in der Lage, für die Schule größere Aufwendungen zu machen, vom Reiche ist die Unterstützung bis heute sehr schwach gewesen. Lediglich der NSLB⁶⁹ hat eine größere Spende von Geschichtsbildern gemacht, die aber bei weitem für das sudetenbayerische Gebiet nicht ausreicht. Die Inneneinrichtungen der Schulen lassen sehr zu wünschen übrig. Fußboden, Tafeln, Schränke, u. dgl. befinden sich in einem sehr schlechten Zustand.

b) Schulbücherbeschaffung

An den Schulen fehlen größtenteils sämtliche Schulbücher. Lediglich die vom NSLB geschenkten Geschichtsbücher sind im Gebrauch. Die Schüler sind nicht im Besitze von Schulbüchern. Die meisten Eltern sind nicht in der Lage, Schulbücher zu kaufen. Neuanschaffungen können die Gemeinden nicht leisten. Zum Teil müssen die ganz alten Lehrbücher noch erhalten, die aber dem Geiste der Zeit bei weitem nicht entsprechen. Dieselben Verhältnisse treffen für die

⁶⁹ Nationalsozialistischer Lehrerbund (Sitz Bayreuth); Führer des Bundes war Gauleiter Wächtler.

Schülerbibliothek zu. Alles in allem, ein trostloser Zustand. Man hat allgemein das Gefühl, daß in den der Bayer. Ostmark angegliederten Gebieten für das Schulwesen überhaupt nichts getan werde.

c) Zur Lage der Bürgerschule in Neuern

Nachdem dieser Schultyp⁷⁰ in Bayern nicht besteht, hat diese Schule bis jetzt ihren schwersten Stand. Sowohl in ihrer Organisation als auch in ihren Lehrplänen bringt man diesem Schultyp gar kein Verständnis entgegen. In der Ostmark und im Sudetengau ist man im Begriffe, diesen Schultyp auszubauen und zu fördern. Nur in der Bayer. Ostmark will man von der Bürgerschule aber gar nichts wissen. Erst die letzten Verhandlungen vor 4 Wochen ergaben, daß man die Neuerner Bürgerschule in eine Mittelschule verwandeln will. Vorhanden ist allerdings erst das Versprechen. Auch seitens der Gemeinde kann die Bürgerschule nicht gefördert werden, da die Gemeinde nicht über die nötigen Mittel verfügt.

d) Berufsschulwesen

In der gleichen Lage befindet sich die Berufsschule. Bis heute wurde auch diese Schule als Stiefkind behandelt. Die Organisation und die Lehrpläne der Berufsschule haben sich bis jetzt nicht geändert. Was aus eigener Initiative seitens der Lehrkräfte geschehen konnte, wurde gemacht. Trotz vieler schriftlicher Eingaben und auch persönlicher Vorsprachen des Leiters bei der Regierung in Regensburg wurde für diese Schule (Neuern) gar nichts gemacht. Den Personenaufwand trägt die Gemeinde. Erst auf Ansuchen bei der Handelskammer Passau spendete diese einen Betrag von 500.— RM zur Deckung des Sachaufwandes. Wäre diese Spende nicht in der höchsten Not gekommen, hätte die Schule gesperrt werden müssen. An Lern- und Lehrmitteln ist die Berufsschule in Neuern noch schlechter bestellt als die Bürgerschule. Mit gewissem Neid wird auf das Sudetenland und die Ostmark hingewiesen, die bereits die Umorganisation der genannten Schulen durchgeführt haben. Nur die Schulen des der Bayer. Ostmark angegliederten Gebietes sind in der Schulreform noch sehr weit zurück. Man ist hier der Meinung, daß der Krieg kein Grund sein kann, die Umorganisation in entsprechendem Maße durchzuführen. Lehrpläne und Lehrstoff entsprechen nicht den Anforderungen der Zeit und es wäre hoch an der Zeit, daß auch in den angeschlossenen Gebieten für die Schule etwas getan werde.

⁷⁰ Der österreichische Typ der Bürgerschule, der noch über der reichsdeutschen Mittelschule (heute Realschule) rangierte, war in Bayern unbekannt. Fiedler, Rudolf: Volks- und Bürgerschulen — Sonderschulen. In: Die deutsche Schule in den Sudetenländern. Hrsg. von Theo Keil. München 1967, S. 112: „Einen ausgesprochenen Rückschritt brachte der Anschluß an die beiden bayerischen Bezirke, zumal man sich beeilte, die Bürgerschulen so rasch als möglich in Volksschulen umzuwandeln.“ Vgl. auch Eichholz, Ludwig: Die Neugestaltung des sudetendeutschen Schulwesens. Reichenberg 1940, S. 13 f. (Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Reichenberg 3).

e) Gehaltsfragen

Sämtliche Lehrkräfte des Landkreises Markt Eisenstein haben noch Gehaltsforderungen, die ihnen gesetzlich zustehen. Auf Verfügung des Landrats wurde ihnen der Kurs seinerzeit nur mit 10 umgerechnet⁷¹. Ferner wurden die gesetzlich festgelegten Bezüge hier nicht zur Auszahlung gebracht. Nachdem der Landrat erklärte, daß gegenwärtig die Kräfte zur Durchrechnung der Gehälter fehlen, rechneten die Amtsverwalter des NSLB die Gehälter für die einzelnen Lehrkräfte selbst durch und übergaben sie dem Landrat. Dieser versprach, die Durchrechnung persönlich nach München zu bringen, um eine rasche Erledigung zu gewährleisten: Dies geschah vor ungefähr einem Jahre. Bis heute ist an eine Regelung der Angelegenheit nicht zu denken.

f) Gehälter der Bürgerschullehrer

Die Bürgerschullehrer wurden im sudetenbayerischen Gebiet den Volksschullehrern gleichgestellt. In der Ostmark und im Sudetenland bezieht jeder Bürgerschullehrer eine Zulage in der Höhe von 25.— RM im Monat. Diese Zulage erhalten die Genannten seit 1. November 1938. Die Bürgerschullehrer der Bayer. Ostmark erhalten diese Zulage bis heute nicht und man hat ihnen auch nicht eine solche Zulage in Aussicht gestellt. In interessierten Kreisen ist man der Auffassung, daß man eben für diese Mehrleistung Anspruch auf die Zulage habe oder man müsse diesen Bürgerschullehrkräften die Möglichkeit einer Abwanderung in die Ostmark oder in den Sudetengau geben. Es wird nicht eingesehen, daß gerade die Bürgerschullehrer im sudetenbayerischen Gebiet (Bayer. Ostmark) gegenüber den Bürgerschullehrern der anderen genannten Gaue im Nachteil sein sollen. Es sei selbstverständlich, daß den Bürgerschullehrern kein materieller Nachteil entstehen soll aus dem Grunde, weil sie das Schicksal an die Bayer. Ostmark gekettet habe. In dieser Frage wurden schon alle in Frage kommenden Stellen unterrichtet; auch die Gauverwaltung des Sudetenlandes⁷² interessierte sich in dieser Angelegenheit, bis heute ist aber gar nichts unternommen worden. Die Bürgerschullehrer hoffen weiter!

g) Gymnasium Prachatitz

Der Direktor des Prachatitzer Gymnasiums (Titel: prov. Leiter der Oberschule), Michael Wurdak, bezieht immer noch nur den seiner ehemals tschech. Professoren Pension in Reichsmark entsprechenden Betrag (Professor = Studienrat), obwohl sich der Bürgermeister der Stadt Prachatitz bei der Regierung Niederbayern-Oberpfalz dafür einsetzte, daß der Mann seiner Leistung entsprechend bezahlt würde, zumal er auch das zugehörige Schülerheim geschaffen hat und erhält. Außerdem wird ihm für die Wohnung ein Betrag von ungefähr 50.— RM abgezogen, so daß er praktisch im besten Falle so gestellt ist,

⁷¹ Die Krone, die im September 1938 auf 8,5 Rpf. stand, wurde für die Sudetendeutschen mit 12 Rpf. umgerechnet (RGBl. 1938, I, S. 1430).

⁷² Gemeint ist offenbar die Gauverwaltung Reichenberg des NSLB.

wie seine jüngsten Lehrkräfte. Dabei handelt es sich um einen nimmermüden Menschen, einen seit je im besten Sinne des Wortes völkischen Menschen, der den ganzen Weltkrieg vorne als Hauptmann mitgemacht und eine schwere Verschüttung davongetragen hatte.

h) Lehrerbildungsanstalt Prachatitz

Vom Reichserziehungsministerium wurde die Durchführung von Einschreibungen in den I. Jahrgang der Lehrerbildungsanstalt in Prachatitz⁷³ untersagt unter gleichzeitiger Ankündigung der Aufhebung dieser Anstalt. Diese Maßnahme ist nicht nur unverständlich, sondern geeignet, sich auf die künftige Aufrechterhaltung des Lehrernachwuchses im sudetenbayerischen Gebiet als katastrophal auszuwirken. Unverständlich ist diese Maßnahme, weil sie angeblich mit Rücksicht auf eine kommende Erziehungsreform erfolgt, während derselbe Anstaltstyp im Sudetengau, in der Ostmark und im Protektorat bleibt. Die Belange der Sprachgrenze fanden keine Berücksichtigung. Man muß hier bedenken, daß das sudetenbayerische Schulwesen nicht wegen Lehrermangel abfallen darf, während das Schulwesen im angrenzenden tschechischen Gebiet wegen der dort vorhandenen, zum Großteil geistig auf das vorbildliche alt-österreichische Reichsvolksschulgesetz⁷⁴ zurückgehenden ausgezeichneten Organisation kräftig wie je dasteht. Es muß im Gegenteil alles zur Kräftigung des Schulwesens an der Protektoratsgrenze getan werden. Die sudetenbayerische Bevölkerung sieht im Lehrerberuf immer noch ein erstrebenswertes Ziel für die Kinder, daher wird es an Schülern nie mangeln.

(Hier: Sonderbericht II/21 — VA: 7 v. 5. 6. und 15. 6. 1940.) Die Aufnahmeprüfungen werden über persönliche Verantwortung des Gauleiters und des Kreisleiters durchgeführt, irgend eine Genehmigung oder Bestätigung der vorgeordneten Stellen ist noch nicht eingelangt. Am 10. 7. 1940 kam ein Telegramm des Bayer. Ministeriums — gez. Kolb —, daß der Entscheid des Reichsministeriums in Kürze eintreffen werde, in welchem Sinne, wurde jedoch nicht gesagt. Trotz der Unsicherheit und der teilweisen Abwanderung nach Oberdonau⁷⁵ sind bisher wieder 30 Neuanmeldungen erfolgt. Im Falle der Zusage erfolgt dann den Sommer über eine Gutmachung des notgedrungen Versäumten, betr. Aufklärung über Lernmöglichkeiten.

⁷³ Im Dezember 1938 war die Lehrerbildungsanstalt von Budweis samt Lehrkörper nach Prachatitz verlegt und im Gebäude des ehemaligen Studentenheimes von Gauinspektor Ganninger feierlich eröffnet worden (Bayerische Ostmark 1938, Nr. 285 vom 7. Dezember). Offenbar betrachtete die Partei diese Anstalt als ihr eigenes Werk, da neben den hier genannten Berichten auch noch ein SD-Bericht vom 21. Juni 1940 vorliegt (MA 105947). Vgl. auch Eichholz 42.

⁷⁴ Erlassen am 21. April 1869, in Böhmen durchgeführt am 24. Februar 1873; vgl. Prinz, Friedrich: Das Schulwesen der böhmischen Länder von 1848—1939. In: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1969, S. 53 f.

⁷⁵ Oberösterreich hieß seit 14. April 1939 Oberdonau.

6. Kulturelles Leben

Es muß festgestellt werden, daß das kulturelle Leben seit der Eingliederung beinahe vollkommen eingeschlafen ist. Mit Ausnahme von einigen Rednern, die immer aus besonderen Anlässen aus dem Reiche kommen, haben noch wenig kulturelle Vorträge stattgefunden; lediglich im Gebiet Prachatitz liegt die Sache etwas günstiger, wo sich die Spielscharen der HJ und des BdM hierfür einsetzen. Das gleiche gilt für Bergreichenstein. In den interessierten Kreisen ist man der Meinung, daß während des Krieges für kulturelle Belange weniger Zeit bleibt. Gegen früher ist das kulturelle Leben tatsächlich in erschreckendem Maße zurückgegangen. Z. B. besitzt Neuern ein herrliches Waldtheater. Seit der Eingliederung ist die Laienspielschar nicht mehr in Tätigkeit. Es getraut sich heute kein Verein mehr, eine eigene Veranstaltung zu machen, sobald er die Partei nicht hinter sich hat. Die Partei selbst hat für kulturelle Angelegenheiten in diesem Gebiet (Landkreis Mkt. Eisenstein, insbesondere Neuern) bis jetzt wenig Interesse gezeigt. Man ist der Anschauung, daß die Partei eben alle Veranstaltungen in Pacht habe. Musikalische oder gesangliche Veranstaltungen in eigenem Namen haben seit der Eingliederung wenig stattgefunden (Ausnahme Kreis Prachatitz), in Neuern überhaupt nicht. Beim Gesangverein in Neuern zeigt sich eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen dem Ortsschulungsleiter⁷⁶ und dem Bestreben des Sängerbundes. Der Ortsschulungsleiter lehnt jeden mehrstimmigen Gesang ab. Der Musikverein leidet gegenwärtig unter dem Mangel an geeigneten Kräften, die bei der Wehrmacht sind. Außer dem Kino finden keine kulturellen Veranstaltungen statt. Es müßte sich hier die Partei in erster Linie für diese Angelegenheit mehr interessieren, denn ohne Mitwirkung der Partei ist jede Veranstaltung in Frage gestellt. Allerdings besteht die Gefahr, daß besonders befähigte Leute, z. B. Musiker, Laienschauspieler u. dgl., zur Mitarbeit nicht herangezogen werden. In kleineren Orten ist eben alles von der Partei abhängig. Für den Neuerner Gesangverein wurde in letzter Zeit seitens der Partei ein Vereinsobmann bestellt, der gar nicht Mitglied des Vereines ist (Verstimmung).

Allgemein ist man der Meinung, daß sich nach dem Kriege dieser Zustand ändern wird. Vor allem ist eine Zusammenarbeit aller in Frage kommender Stellen hierzu Vorbedingung. Das Recht der Partei, die kulturellen Veranstaltungen zu überwachen, wird anerkannt. Größere Veranstaltungen, wie Konzerte oder Theaterstücke wurden seit der Eingliederung nicht durchgeführt. Man schreibt dies aber dem Kriege zu. Auch der in Neuern lebende Schriftsteller Watzlik⁷⁷ zeigt sich am kulturellen Leben des Ortes sehr uninteressiert. Unter seiner Leitung wäre vieles zu machen. Er steht aber ziemlich abseits, was schon verschiedentlich bemängelt wurde. Zusammenfassend kann berichtet werden, daß das kulturelle Leben insbesondere in Neuern und Mkt. Eisenstein fast vollkommen darniederliegt. Ganz besonders empört war die Bevölkerung von

⁷⁶ Der für Schulung verantwortliche Mann in der Ortsgruppe der NSDAP.

⁷⁷ Hans Watzlik (1879—1948), Volksschriftsteller des Böhmerwaldes.

Mkt. Eisenstein über die Einstellung des Kinobetriebes. Gerade in einer Zeit, wo die Kriegswochenschauen gedreht wurden (mehrmals berichtet — Lagebericht: II/21 — VA: 7). Seit 4 Wochen ist die Sache geregelt und abgestellt.

7. Einfluß der Kirche

Schon einige Monate nach der Eingliederung trafen im sudetenbayerischen Gebiet katholische Prozessionen aus Deggendorf und Passau ein. Die Prozessionen waren für die Bevölkerung eine ganz ungewöhnliche Erscheinung. Seit zwei Jahrzehnten waren solche Prozessionen nicht zu sehen. Um die Einstellung der sudetenbayerischen Bevölkerung zu dieser Frage zu kennzeichnen, wird gemeldet, daß diese Prozessionen direkt als Provokationen aufgefaßt wurden. Man wunderte sich, daß es so etwas noch im Reich gebe. Solche Einflüsse seitens des Altreiches werden von der Bevölkerung aber ganz entschieden abgelehnt. Es wird festgestellt, daß sich im Laufe des letzten Jahres der Einfluß vom Altreiche in dieser Beziehung sehr ungünstig auf das sudetenbayerische Gebiet ausgewirkt hat. Das Gebiet gehörte früher zur Diözese Budweis (Protektorat) und wurde erst seit einem Jahre der Diözese Regensburg und Passau eingegliedert. Seit dieser Zeit ist eine Versteifung in dieser Frage eingetreten und man nimmt mit Recht an, daß die Regensburger und Passauer intensiver arbeiten als die Budweiser⁷⁸. Bezeichnend hierfür ist die Feststellung, daß in Hirschau sich die NSF sogar dafür einsetzte, das Gebet vor dem Unterrichte und das Aufhängen des Kreuzes in der Schulklasse zu gestatten. In Hirschau waren derartige Bestrebungen während der Tschechenzeit nie vorgekommen. Gerade im Gebiet von Hirschau macht sich der Einfluß der reichsdeutschen katholischen Geistlichkeit besonders bemerkbar (Hirschau b. Neumarkt). Der Einfluß von der Oberpfalz und von Niederbayern ist sehr schwer zu unterbinden.

Von seiten der jungen sudetendeutschen Geistlichkeit war 1938 beabsichtigt gewesen, sich unter gar keinem Fall unter die Botmäßigkeit der von ihr selbst als „schwarz“ bezeichneten Bischöfe von Passau und Regensburg und Linz zu begeben. So weit waren sie in ihrer revolutionären Einstellung, daß ihr geistiges Haupt, Dr. Eduard Winter⁷⁹ in Prag, exkommuniziert wurde. Es bestand die Absicht, ein Generalvikariat des südl. Sudetenlandes (Böhmerwald) zu schaffen. Das wäre eine sehr wesentliche Entlastung des Kirchenkampfes gewesen, da man hier einen sehr beachtlichen Spaltpilz gehabt hätte. Dieser Plan der Schaffung eines Generalvikariats wurde damals vereitelt. Heute ist die Sache so, daß Regensburg und Passau mit Hochdruck arbeiten. Nun können auch schon bayerische Kapläne in die Dörfer und überall entfalten sie sofort eine sehr rege außerkirchendienstliche Tätigkeit und zwar nach einem System: Ständige Hausbesuche und persönliche Bearbeitung der in Frage Kommenden, rege

⁷⁸ Vgl. Hüttl (s. Anm. 57 der Einleitung).

⁷⁹ Dr. Winter wurde aus persönlichen Gründen exkommuniziert, die mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben; für die freundliche Mitteilung habe ich Herrn Erzdekan Dr. Hüttl, Haselbach, zu danken.

„Betreuung“ der Jugend durch Singstunden und zwar Lieder der neuen Zeit, sogar aus „Wir Mädel singen“; Blockflötenspiel und gemeinsame Schulausflüge, so z. B. von Sablat auf den Dreisessel. Dieser Frage ist nicht genug Beachtung zu schenken. Das letzte Jahr hat entschieden Vorteile für die kath. Kirche zu verzeichnen. Von maßgebenden Stellen wurde bis heute noch nichts unternommen und umsomehr blickt die sudetenbayerische Bevölkerung mit gewisser Sorge in die Zukunft. Festgestellt wird, daß der größte Teil der Bevölkerung kirchlich *nicht* gebunden ist, daß aber auch der Einfluß von der reichsdeutschen Geistlichkeit auf das entschiedenste abgelehnt wird⁸⁰.

8. Sudetenerinnerungsmedaille

Wohl kaum ein Ereignis hat die Gemüter so erregt wie die Verteilung der genannten Medaille⁸¹. Die Enttäuschung war allgemein. Was man sich hier geleistet hat, ist einzig dastehend. Einige Fälle seien angeführt:

a) Ein Volksgenosse erhält die Medaille, der gar nicht Mitglied der Partei ist und seinerzeit auch nicht in die Partei aufgenommen wurde. Er ist heute noch im Opferring⁸².

b) Die Medaille erhielt der frühere Abgeordnete und Vizepräsident des tschechischen Parlamentes Wolfgang Zierhut⁸³. Einer der heftigsten Gegner der SdP und Mitschuldiger an der Auflösung der ehem. DNSAP in der Tschechei, der treue Begleiter des Benesch nach Genf, wo er erklärte, den Sudetendeutschen gehe es in der Tschechei sehr gut und sie hätten alles, was ihnen nach dem Friedensvertrage zustehe, der treue Paladin des ehem. Ministerpräsidenten Hodscha usw. usw.

c) Einige erhielten die Medaille, die erst im Mai 1938 zur SdP stießen und sich nie vorher irgendwie völkisch betätigten.

d) Die Medaille erhielt der Lehrer Skalitzky⁸⁴ aus Markt Eisenstein. Der Bürgermeister Mkt. Eisensteins (in der Systemzeit), von Gottes- und der Tschechen Gnade. Der Mann, der aus Angst über die Grenze flüchtete und dort erklärte, nun bekämen die Sudetendeutschen doch ihr Selbstbestimmungsrecht. In einer Zeit, wo jeder Deutsche „Heim ins Reich“ rief, sprach er noch von einer Selbstbestimmung der Sudetendeutschen (27. Sept. 1938 in Zwiesel). Der Mann, der Masaryk als den „leuchtenden Stern“ der Demokratie pries!

⁸⁰ Ein völlig unhaltbares Urteil.

⁸¹ Vgl. Anm. 7. Im ganzen wurden 1 162 617 Medaillen verliehen.

⁸² Wer von der SdP nicht in die Partei aufgenommen wurde, konnte sich dem Opferring anschließen, der wie überall im Reich die Partei finanziell unterstützte.

⁸³ Wolfgang Zierhut (1886—1945), Vertreter des Bundes der Landwirte im Prager Parlament.

⁸⁴ Der Schriftsteller Sepp Skalitzky, geb. 1901. Vgl. K a r e l l, Viktor: Die Dichter des Böhmerwaldes von Adalbert Stifter bis zur Gegenwart. O. O., o. J., S. 20.

e) Personen, die seit 1939 im Volkstumskampf in vorderster Front standen, wurden übergangen bzw. nicht berücksichtigt. Hieb- und stichfeste Fälle können jederzeit angeführt werden; beispielsweise Otto *Ertl*, Prachatitz.

f) Einige Bescheidene erklärten, sie hätten diese Medaille nicht verdient.

Nach welchen Grundsätzen die Verleihung erfolgte, ist unbekannt. Tatsache ist, daß diese Verleihung im sudetenbayerischen Gebiet einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat und daß man sich buchstäblich an den Kopf griff, daß solche Fehler gemacht werden konnten. Nach der Verleihung herrschte eine drückende Stille. Man konnte das Unglaubliche einfach nicht fassen. Allgemein hörte man: „Unmöglich!“ Die wirklichen Verdienten äußerten sich, es sei keine Ehre, diese Medaille zu tragen, denn sie könnten sich mit diesen „alten Kämpfern“ nicht messen. Zusammenfassend wird berichtet, daß diese Verleihung wohl die stärkste Enttäuschung überhaupt hervorrief.

Regensburg, den 25. Juli 1940.